D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 35
Juli/August '72 DM 1,20

Foto Kleinhans

Gemeinsame Aktion:

Neue Linke auf dem Angela-Davis-Kongreß

In dieser Ausgabe:

Kommentare: Schäfer: Hexenjagd 3 · Carl/Elmenhorst: Sicherheitsgesetze 4 SBK-Kollektiv: Betriebsratswahl 4 · Hauser: IG-Metall-Vorsitzendenwahl 5 Krippendorff: Italien 6 · Senghaas: Rüstungskontrolle 7 · **Neue Linke:** Vack: Angela-Davis-Solidaritätskongreß 9 · Borsch/Jäger: Brief aus der Provinz 13 **Strategie:** Negt: Sozialistische Politik und Terrorismus 15 · **Presse:** Megerle: Pressefreiheit und Gewerkschaft 18 · **International:** Moos: Israel 20 · Brasilien-Interview mit Carvalho 22 · Moskauer Geheimbericht 24 · Werning: Japans Vormarsch 26 · **Organisationen:** Verband des linken Buchhandels 28 Pabst/Sprenger: Georg-von-Rauch-Haus 29 · **Linker Digest:** Vincent: KPF 31

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 2956 80

Informationen

Mehr Aussperrung als Streik

Im vergangenen Jahr gingen der deutschen Wirtschaft durch Arbeitskämpfe rund 4,5 Millionen Arbeistage verloren. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, bedeutet dies einen Rekord seit Einführung einer Streikstatistik im Jahr 1950. Rund 536 000 Arbeitnehmer beteiligten sich nach Angaben der Statistiker 1971 an Arbeitskämpfen. Von den ausgefallenen Arbeitstagen waren 1,5 Millionen reine Streiktage und 1,9 Millionen reine Aussperrungstage. 1,1 Millionen Ausfalltage wurden sowohl durch Streiks der Arbeitnehmer als auch durch Aussperrungen der Arbeitgeber verloren.

„Schwarze Listen" gegen Arbeiter

Wie die „Stuttgarter Nachrichten" berichteten, hat die „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber" (BDA) damit begonnen, einen Spitzeldienst gegen politisch aktive Arbeiter aufzubauen. Der BDA hat seine Mitglieder aufgefordert, in ihren Betrieben entsprechendes Material zu sammeln und zur Auswertung in die Zentrale des BDA weiterzuleiten. Nach Ansicht der BDA haben sich „radikale Tendenzen in den Betrieben verstärkt". Daher gelte es, „die Aktivitäten linker und sonstiger Gruppen in den Betrieben stärker zu beobachten." „Besonderes Augenmerk" wollen die Arbeitgeber auf Kollegen richten, die sich bereits in Betriebsgruppen organisiert haben.

Wieder mehr Fusionen

Im laufenden Jahr hat sich der Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft wieder verstärkt. Wie das Bundeskartellamt mitteilt, sind im ersten Quartal nach Paragraph 23 Kartellgesetz 99 Firmenzusammenschlüsse bei der Behörde angezeigt worden. Damit ist sogar das „Rekordjahr" 1970, in dem 95 Zusammenschlüsse gezählt wurden, übertroffen worden. Im letzten Jahr sind im vergleichbaren Zeitraum 51 Fusionen gemeldet worden. Die Banken und die Versorgungsbetriebe sind abermals mit je 19 Zusammenschlüssen die fusionsfreudigsten Wirtschaftsbereiche. Es folgt die Elektroindustrie mit 15 Fusionen.

Deutsche Entwicklungshilfe in Chile

Aus Protest gegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen haben Arbeiter das Trevira-Werk der chilenischen Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst besetzt. Die Lohnforderungen sollen nach Angaben der Geschäftsleitung eine Mehrbelastung von 350 Prozent bedeutet haben. Die Firma habe 150 Prozent Lohnerhöhung angeboten – wie niedrig muß da der Lohn gewesen sein! – was jedoch als unzureichend abgelehnt worden sei. Das Werk, in dem Chemiefasern hergestellt werden, deckt in Chile einen Marktanteil von mehr als 60 Prozent ab. 60 Prozent des Kapitals halten die Farbwerke Hoechst, je 20 Prozent die Deutsche Entwicklungsgesellschaft für Lateinamerika.

... und in Namibia

Vor 300 Delegierten aus 79 Ländern und 28 internationalen Institutionen, die sich in Brüssel zu einer zweitägigen Namibia-Konferenz getroffen hatten, bezeichnete der Beauftragte der Vereinten Nationen für Südwestafrika (Namibia), Lord Caradon, die heutige Situation in Südwestafrika als einen Testfall: Gegen Beschlüsse der Vereinten Nationen, des Weltgerichtshofes und des Weltsicherheitsrates herrsche die südafrikanische Regierung als illegale Besatzungsmacht. Vor den Augen der Welt negiere eine Minderheitsregierung die politischen Rechte der Mehrheit und die Entscheidungen der UN. Nach Meinung von Lord Caradon wird dies durch die Unterstützung der westlichen Industriemächte, besonders durch die Bundesrepublik Deutschland, ermöglicht. An die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) wurde die Aufforderung gerichtet, ihre Zustimmung zur Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen von der Haltung Bonns gegenüber der südafrikanischen Republik und speziell in der Namibia-Frage abhängig zu machen.

Kirchenkampf in Griechenland

Neben öffentlichen Diensten und der Rechtspflege bildet die orthodoxe Kirche den wichtigsten Faktor im öffentlichen Leben Griechenlands. Die fortschreitende Faschisierung kann deshalb vor dieser Institution nicht Halt machen. In einem Rundschreiben des Kultusministeriums an alle Metropoliten steht, daß künftig auch die Priester der orthodoxen Kirche auf ihre politische Gesinnung hin geprüft werden sollen. Das Rundschreiben dürfte eine große Spannung provozieren, denn etwas mehr als die Hälfte aller Metropoliten stehen in mehr oder weniger offener Opposition zum Regime.
Hinter dieser Maßnahme steht ohne Zweifel der regimehörige Erzbischof Hironymos, Primas der orthodoxen Kirche Griechenlands. Er will den Konflikt, der seit dem Staatsstreich innerhalb der griechischen Kirche schwelt, mit drakonischen Maßnahmen einer „Endlösung" zuführen. Gegen ihn richtet sich denn auch primär der Protest der 18 opponierenden Metropoliten. Hinter ihnen dürften schätzungsweise etwa 5000 Priester stehen.

Türkische Bilanz

Enttäuscht über die Wirtschaftsentwicklung in der Türkei in den letzten eineinhalb Jahren äußern sich die Experten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in ihrem Jahresbericht über dieses Land. Sie stellen fest, daß die von der Abwertung des türkischen Pfundes im August 1970 erwartete Rückkehr zu stabileren Wirtschaftsverhältnissen und einer Besserung der Zahlungsbilanz nicht eingetreten ist. Im Gegenteil habe sich die Inflationskrise erheblich verschärft. Die Lebenshaltungskosten in Ankara seien in 1971 im Durchschnitt um 21,8 Prozent gestiegen. Gleichzeitig habe sich das Warenbilanzdefizit ausgeweitet. Das zunehmende Defizit des Staatshaushaltes werde, so stellen die Experten fest, durch die Notenpresse finanziert.

Mehrheit der PSIUP für Eintritt in die KPI

Die Führung der PSIUP hat sich in ihrer Mehrheit für den Zusammenschluß der Partei mit der KPI ausgesprochen. Dies geht aus einem Kommunique über die Arbeiten des Führungsgremiums der PSIUP hervor. Es ist noch nicht bekannt, wie die KPI diesen Schritt beurteilen wird. Natta schrieb in der „Rinascita", „die KPI bleibt ein einheitliches Becken für die Linkskräfte, auch für jene, die trotz einer gewissen Stimmenanzahl keine parlamentarische Vertretung erhielten". Die überzeugtesten Anhänger dieser Richtung gruppieren sich um Vecchietti, den Vorsitzenden der PSIUP. Dem gegenüber ist der Sekretär der Partei, Valori, nicht für diese Lösung. Ausgesprochene Gegner einer Verschmelzung mit der KPI sind Gatto und Avolio.

Schwedens sozialdemokratische Minderheitsregierung stützt sich auf Kommunisten

In den beiden derzeit wichtigsten Fragen der schwedischen Politik – der Steuerreform und der Verteidigungspolitik – stützt sich die Minderheitsregierung Palme auf die Hilfe der Kommunisten und lehnt den Kompromiß mit den nichtsozialistischen Oppositionsparteien ab. Zum ersten Mal in den vierzig Jahren der sozialdemokratischen Regierung Schwedens bindet sie ihre Verteidigungspolitik an die Unterstützung durch die Kommunisten, obgleich das bäuerliche Zentrum und die Liberalen zum Entgegenkommen an die Vorstellung der Regierung bereit waren.

Hexenjagd

Herbert Wehner löste im Bundestag einen Tumult aus, als er die unglaubliche, feige Hetze sehr ehrenwerter Mitglieder dieses Hohen Hauses (auch seiner eigenen Partei natürlich) mit totalitären Praktiken verglich; er war in ein Wespennest getreten. Nicht allein Heinrich Böll lief es „eiskalt den Rücken herunter", als er am 7. Juni die Bundestagsdebatte über „innere Sicherheit" verfolgte. Der „liberale" Innenminister erklärte im Fernsehen: „Jene sind noch da, die für alles eine Erklärung suchen". Stichworte wie Humanitätsduselei, an der die „permissive Gesellschaft" schuldig sei, gehören noch zum vornehmen Wortschatz der Reaktion. In den Wirtshäusern heißt es Vergasen, Erhängen, Kopfab — die es sagen, können es meist nicht anders wissen. Böll hat auch Recht, wenn er bedenkt, welch „einer Einschüchterung Tausende oder gar Zehntausende von Lehrern, Redakteuren, Autoren, Professoren, Rechtsanwälten" usw. usw. ausgeliefert sind. Die Reaktion will sich rächen für die Schmach, als unbefragte Autorität vor Jahr und Tag verunsichert worden zu sein. Wie üblich ist ihr keine Schäbigkeit zu schade; sie zielt teils auf offene Gewalt, teils auf Rufmord, stets darauf, zumindest die „bürgerlichen" Positionen derer zu treffen, die sie als Verräter an ihrer eigenen Klasse immer blindwütiger haßt. Kein Grund für uns zu klagen. Wir konnten nichts anderes erwarten. Jeder, der die Traditionen des deutschen Bürgertums kennt und eine Sensibilität für faschistisches Potential entwickelt hat, muß sich eher wundern, daß blanker Terrorismus der „radikalen Mitte" bisher ausblieb.

Wir haben den Prozeß der versuchten Illegalisierung, Kriminalisierung und Diffamierung grundsätzlicher Opposition in „links" immer wieder dargestellt. Die politisch wie persönlich fatalen Aktionen der „RAF" erwiesen sich als wahrhaft vortreffliches Mittel, eine Hexenjagd einzuleiten. Die Technik der Einschüchterung, Verfolgung und Denunziation ist altvertraut. Zunächst erfolgen sensationelle, pauschale Anschuldigungen. Zweiflern, „Differenzierern" werden Inkompetenz, Ignoranz, Radikalismus oder Sympathisantentum vorgeworfen; sie sind die Helfershelfer, der Humusboden. Wir werden uns das Wort Sympathisantentum gut einprägen müssen; es ist ein vortreffliches Vehikel politischer Sippenhaft. Sodann wird das Interesse auf einen oder mehrere individuelle Fälle gelenkt, wobei die Vorwürfe so unglaublich oder vage zu sein pflegen, daß Widerlegung oder Entwirrung selbst von Teilaspekten zu einer Sisyphusarbeit wird. Das ist die Technik der verschachtelten Lüge, die sich von Haß, Vorurteilen, Projektionen und kärglichen Teilwahrheiten nährt. Die Bedenkenlosigkeit dieser versuchten Hexenjagd nimmt rapide zu. Die Haßerfüllten pflegen sich damit zu rechtfertigen, daß sie auf den „Terror" der Linken verweisen.

Es wäre töricht zu leugnen, daß es aus den Reihen der Linken genug Anlaß gegeben hat, der zur projektiven Begründungen taugt. Doch müssen wir uns die Proportionen und die Verteilung der Machtmittel vergegenwärtigen; die alte Erfahrung, daß die Gewalt der Reaktion feige ist und mit der Schwäche des Gegners wächst, bewahrheitet sich einmal mehr.

Die öffentliche Heuchelei ist unübersehbar. Hannah Arendt hat einmal bemerkt, daß „unter den Ursachen einer zur Gewalttätigkeit reizenden Empörung historisch die Heuchelei an erster Stelle steht". Das mag einiges zur Erklärung von unverantwortlichen Verzweiflungsaktionen beitragen, wohl auch zur Übernahme von Verhaltensweisen, in denen politische Gegner als Tiere, das heißt als verfügbare Untermenschen erscheinen (es kann keine unmarxistischere Einschätzung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft geben). Jedoch gehören wir zu denen, die „für alles eine Erklärung suchen". Wir halten es für eine unmenschliche, heuchlerische, feige Selbstgerechtigkeit, sich derart über Menschen, auch über kriminell gewordene, zu erheben, wie es nicht nur hierzulande zum politischen und gesellschaftlichen Brauch gehört. Wenn Herr Strauß und die Seinen von Tieren reden, für die menschliche Gesetze nicht geschaffen seien, wenn Herr Genscher (im Hohen Hause unter allgemeinem Beifall) ausruft: „die Anarchisten haben sich mit ihren Aktionen völlig außerhalb jeder denkbaren Form von Gesellschaft gestellt", so handelt es sich nicht nur um Worte, sondern um ein politisches Moment, das wir mit einem historisch zutreffenden Namen belegen können: Faschismus (ich sage ein Moment, denn es ist nicht eine bestimmende Wirklichkeit).

Der unsägliche westdeutsche „Linksliberalismus" beruft sich auf Plato und empfiehlt ratlosen Eltern und Anhängern linker Phantasten" dessen „Staat" zur Lektüre: „Je größer die Freiheit, die eine Demokratie ihren Bürgern einräumt, um so totaler und schneller endet diese Demokratie in der Diktatur" (Frankfurter Rundschau, 7. 6. 72). Hilft nichts: „Abgestempelt als Ziehväter der Terroristen werden die Bölls und liberale Zeitungen, Teile der SPD und der Bundespräsident" (ebenda, 2. Juni 1972). Die „Besonnenen" aber, die „Liberalen, die ehrlichen Mahner, die mehr Sicherheit anstreben, ohne die Freiheiten des Bürgers zu beschränken ..., kämpfen längst mit dem Rücken an der Wand" (ebenda, 9. Juni 1972). Diese wackren Kämpfer sind die würdigen Nachfahren des deutschen Liberalismus. Erscheint es eigentlich keinem merkwürdig, wenn reifere Herren ständig davon sprechen, sie seien kein schlapper Staat? Erscheint es niemandem bekannt, wenn aus den berufensten Mündern von einer dekadenten Bourgeosie die Rede ist, vom Humusboden der intellektuellen Helfershelfer, einer privilegiensüchtigen Gelehrtenkaste, die sich politischer und rechtlicher Verantwortung entziehe? Ist es nicht absurdes Theater, wenn ein Polizeipräsident (Herr Hübner, Westberlin) einem Theologen (Helmut Gollwitzer), den er in unglaublicher Selbstgerechtigkeit — noch dazu fälschlich — beschuldigt, vorhält: „Gewalt ist nicht teilbar"? Wundert sich denn niemand, wenn ein Innenminister, der Befehlshaber von Bundesgrenzschutz und Polizeistreitkräften, biedermännisch versichert, Gewalt sei kein Mittel der Politik? Der sich für die „vorbehaltslose und uneingeschränkte Ablehnung der Anwendung von Gewalt" erklärt weiß doch, daß die klassische Definition des „modernen Staates" lautet: „Der Staat ist ein auf das Mittel der legitimen (das heißt als legitim angesehenen) Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen" (Max Weber). Aber so wenig diese Herren „für alles eine Erklärung suchen" wollen, so sehr fürchten sie die öffentliche Diskussion der Legitimitätsgründe jener Gewalt, die sie vertreten. Sie sind gegen Gewalt, das heißt gegen „illegitime" Gewalt. Die Gewalt des Gewalthabers ist keine politische Gewalt, basta: „Hier kann es keinen Kompromiß, keine Beschönigung, keine Bagatellisierung und keine Relativierung geben", denn „wer zuläßt oder daran mitwirkt, daß die Frage der Gewaltanwendung in der Demokratie relativiert wird, wer auch nur ganz bestimmte Einschränkungen und Ausnahmen vom Prinzip zuläßt, der wird mitschuldig, wenn die Gewalt dann später ihre Opfer fordert" (Minister Genscher im Bundestag). Abgesehen davon, daß diese Herren ständig mit ihrer Gewalt drohen und sich in der Autorität der Gewalt sonnen, müßten sie, dächten sie auch nur einen Augenblick über das nach, was sie selbstgerecht verbreiten, sich selbst Lügen strafen oder den Staat abschaffen, um von anderem zu schweigen. Max Weber, der es noch nicht nötig hatte, das Augenfälligste zu verdrängen, sagte: „Wenn nur soziale Gebilde beständen, denen die Gewaltsamkeit als Mittel unbekannt wäre, dann würde der Begriff ‚Staat' fortgefallen sein, dann wäre eingetreten, was man als Anarchie bezeichnen würde." Herr Genscher ein Anarchist — Gott behüte.

Wenn im Ernst diskutiert werden soll, muß über die Begründung und Rechtfertigung der Staatsgewalt gesprochen werden und über die Frage, wann welche Formen der Gewalt unvermeidlich sind. Es besteht kein Zweifel, daß Rechtsstaatlichkeit eine zivilisierte Form der Gewalt ist. Wer sich den Unterschied zwischen einem Terrorsystem, einem KZ usw. und tatsächlich rechtsstaatlich bestimmten Gewaltapparaten vor Augen hält, wird Formunterschiede der Gewalt zu schätzen wissen. Daß aber die Problematik gesellschaftlicher Gewalt aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, daß die damit zusammenhängenden Fragen gesellschaftlicher Herrschaft insgesamt tabuiert werden, gehört zur öffentlichen Heuchelei eines Regimes, das es zur Staatsgefährdung erklärt, wenn die Legitimitätsgründe des politischen „Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit" befragt werden.

Der entscheidende politische Vorgang ist gegenwärtig der Versuch einer schleichenden Illegalisierung sozialistischer Opposition. Es geht darum, den Kernbestand des Grundgesetzes so umzuinterpretieren, daß sich „freiheitlich-demokratische Grundordnung" und sozialistische Demokratie ausschließen. Die bestehenden Formen „parlamentarischer Demokratie" und kapitalistischer Herrschaft sollen als verfassungsmäßig unveränderlich abgesichert werden, so daß jede über den Kapitalismus hinausdrängende politische Bewegung präventiv illegalisiert und formell verboten werden kann, wenn es den politischen Machthabern opportun erscheint. Wer sich diesem Kurs des schleichenden Verfassungsbruchs widersetzt, ist ein „Sympathisant": nicht allein in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ihm in würdiger Verdrehung

„totalitäre Schlagseite“ (24. 5. 72, hier auf den linken Flügel der SPD gemünzt) bescheinigt.
Carl Schmitt hat einst die Lehre von den ordentlichen und außerordentlichen Prämien auf den legalen Besitz der Macht entwickelt. Wir können heute eine neue außerordentliche Prämie hinzufügen: die Chance ungeschmälerter Heuchelei. Nahezu vollkommen wirksam ist diese Chance, wo sich ein nahezu vollständiges Monopol an Massenkommunikationsmitteln in den Händen der ‚privaten‘ oder ‚öffentlichen‘ Hüter der Ordnung befindet; in der Bundesrepublik beträgt das quantitative Verhältnis von „staatstragenden“ zu „sozialistischen“ Massenkommunikationsmitteln ungefähr 1:50 Millionen ... Ekelhaft, widerwärtig.

GERT SCHÄFER

Die Sicherheitsgesetze

Die Bundesregierung, Koalition und Opposition beabsichtigen, vor der parlamentarischen Sommerpause ein Paket von vier Gesetzen, die sogenannten Sicherheitsgesetze, zu verabschieden. Die Machtbefugnisse von „Staatsschutzorganen“ (Bundesgrenzschutz, Bundesverfassungsschutz) sollen erweitert oder erst geschaffen, das Haftrecht verschärft und der freie Handel mit Waffen eingeschränkt werden.
Das Verfassungsschutzgesetz von 1950 hat die Befugnisse des Verfassungsschutzes auf die Sammlung von Auskünften über Tätigkeiten erstreckt, die eine Aufhebung der verfassungsmäßigen Ordnung zum Ziele haben. Diese Generalklausel bot eine willkommene Rechtsgrundlage für die unterschiedlichsten Bespitzelungsmethoden: So entfalteten agile Verfassungsschützer eine intensive Werbetätigkeit an Schulen und Hochschulen, um dort Spitzel in fortschrittliche Organisationen einzuschleusen. Die feststehende, im einzelnen ungeklärte Beteiligung des Verfassungsschutzes an der Erschießung von Georg von Rauch zeigen, daß auch der Verfassungsschutz — nach dem Gesetz ausdrücklich verbotene — polizeiliche Aufgaben wahrgenommen hat.
Nach dem neuen Gesetz soll der Verfassungsschutz auch auf die Sammlung von Daten über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Bundesgebiet und über Bestrebungen von Ausländern, die geeignet sind, die innere oder äußere Sicherheit oder auswärtigen Belange der BRD zu beeinträchtigen, ausgedehnt werden. Ein Anlaß zu dieser Neuregelung war die „Panne“ bei der Verschleppung südkoreanischer Studenten. Mit den neuen Bestimmungen soll ein reibungsloses Funktionieren und effektives Zusammenarbeiten zwischen Verfassungsschutz und ausländischen Geheimdiensten ermöglicht werden. Durch die generalklauselartig formulierte Neuregelung läßt sich mühelos jede Tätigkeit ausländischer Gruppen erfassen, die in irgendeiner Form die politischen Verhältnisse des jeweiligen Heimatlandes zum Gegenstand hat. In diesem Zusammenhang ist auch die geplante Verschärfung des Ausländergesetzes zu sehen, durch die die politische Betätigungsfreiheit weiter eingeschränkt werden soll (vgl. links, Nr. 34, S. 10). Ausländische Arbeiter dürfen in der BRD zwar arbeiten, um den Mangel an billigen Arbeitskräften zu beheben. Politisch dürfen sie sich jedoch nur regimekonform und übereinstimmend mit den inneren und äußeren Sicherheitsinteressen der BRD betätigen; andernfalls verstoßen sie gegen die „auswärtigen Belange“ der BRD, die in diesen Fällen mit den Handelsinteressen des Großkapitals, insbesondere der Exportindustrie, übereinstimmen.
Auch der Bundesgrenzschutz soll neue Aufgaben erhalten: Nach dem alten Gesetz sollte der Bundesgrenzschutz das Bundesgebiet gegen Sicherheit der Grenzen gefährdende Störungen der öffentlichen Ordnung sichern. Dabei erschien eine paramilitärische Ausrüstung erforderlich. Nach dem neuen Gesetzentwurf soll der BGS zu einer „Polizei des Bundes“ werden, die als Reserve für „polizeiliche Notlagen“ zur Verfügung steht. Der BGS kann im Notstandfall nach „pflichtgemäßem Ermessen“ polizeiliche Maßnahmen wie Verhaftungen (§ 20), Durchsuchungen (§ 23), Haussuchungen (§ 25) und Beschlagnahmungen (§ 27) durchführen. Zugleich steht dem Einsatz des mit Maschinengewehren, Handgranaten, Panzerkraftwagen und Granatwerfern bewaffneten BGS bei Massendemonstrationen oder „wilden“ Streiks nichts mehr im Wege. Damit kann der BGS im polizeilichen Notstandsfall die Aufgaben übernehmen, die nach der Notstandsverfassung der Bundeswehr im Falle des inneren Notstandes zugedacht worden sind. Die Bundesgrenzschutznovelle erweitert außerdem die exekutiven Machtbefugnisse des Bundes auf Kosten der Länder, wogegen sich z. B. der hessische Ministerpräsident Osswald gewandt hat (FR v. 14. 6. 72).
Für die Einführung des neuen Waffengesetzes ist eine Grundgesetzänderung geplant. Das Waffenrecht soll nun Bundesrecht werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß der Erwerb von Gewehren und scharfer Munition von einer behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht wird. Mit diesem Gesetz sollen die Möglichkeiten des illegalen Waffenhandels eingeschränkt werden. Die Erwartung, mit dem neuen Gesetz „die Gewaltkriminalität einzudämmen“, wird sich jedoch als falsch erweisen: durch das Gesetz werden lediglich die Möglichkeiten des legalen Waffenerwerbs erschwert, nicht jedoch die den verschiedenen Formen der Gewaltkriminalität zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse verändert.
Die wichtigste Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet die Ausdehnung der Haftgründe nach §§ 112, 113 StPO. Der bisherige Haftgrund der „Fluchtgefahr“ war

Vorbild Amerika: Sicherheit für wen? dpa

einerseits ein Haftgrund des fehlenden Wohnsitzes, andererseits, wenn ein Wohnsitz nachzuweisen war, ein Haftgrund des „ungeordneten Lebenswandels“ (vgl. Kritische Justiz 1971, H. 4, S. 404). Dieser Haftgrund wird dahingehend „präzisiert“, daß der Haftgrund der Fluchtgefahr auch dann besteht, wenn „trotz eines festen Wohnsitzes oder Aufenthaltes im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Fluchtneigung besteht“ (so der Vorschlag des Bundesrats, BR-Drucks. 490/71 und 504/71). Damit wird jeder objektive Anhaltspunkt für die Feststellung der Fluchtgefahr beseitigt. Die Entscheidung über den Erlaß eines Haftbefehls wird insoweit weitgehend von Willkür und Belieben des Haftrichters abhängig.
Weiterhin soll ein Haftgrund bei einer Person gegeben sein, die nach bereits einmal erfolgter rechtskräftiger Verurteilung — innerhalb der letzten fünf Jahre — unter dem dringenden Verdacht steht, wiederholt eines der folgenden Delikte begangen zu haben: gefährliche und schwere Körperverletzung, Diebstahl, Raub und Erpressung, gewerbsmäßige Hehlerei, Betrug, Rauschgiftdelikte, Brandstiftung. Es muß „aufgrund bestimmter Tatsachen“ die Gefahr drohen, „daß der Beschuldigte vor rechtskräftiger Aburteilung ein weiteres Verbrechen oder Vergehen gleicher oder ähnlicher Art begehen wird und die Haft zur Abwendung der drohenden Gefahr erforderlich ist“. Läßt sich die Einführung dieser Vorbeugehaft schon nicht rational begründen, so ist ihre Wirkung um so einschneidender: Das Prinzip, daß jeder Angeklagte bis zum Nachweis seiner Schuld in einem ordentlichen Gerichtsverfahren als unschuldig anzusehen ist, wird aufgehoben. Der wiederholt vorbestrafte Angeklagte wird „aufgrund bestimmter Tatsachen“, die der Richter im einzelnen noch garnicht kennen kann, auf Verdacht in U-Haft genommen. Diese Gesetzesänderungen ermöglichen es, „Verdächtig(t)e“ rasch einzusperren; zugleich ist damit ein Instrument sowohl der Einschüchterung als auch der Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafe auf kaltem Wege geschaffen.
Die Sicherheitsgesetze sind somit nur in dem weiteren Zusammenhang mit den Bemühungen der Herrschenden zu sehen, den ökonomischen und politischen status quo mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und abzusichern (Notstandsgesetze, Ministerpräsidentenbeschlüsse über Berufsverbot usw.).

E. CARL, W. ELMENHORST

Betriebratswahl 1972

In fast allen Industriezweigen sind inzwischen die Betriebsratswahlen 1972 durchgeführt worden. Wenn es auch heute noch nicht möglich ist, eine abschließende Einschätzung der Wahlen vorzunehmen, so gibt es doch manche Erkenntnisse, die heute schon diskutiert und beurteilt werden müssen.
Auffallend war, wie sehr diese Betriebsratswahlen auch außerhalb der Betriebe ein besonderes Interesse fanden. Die großen Parteien beobachteten die Entwicklung in den Betrieben genau und versuchten, in ihrem Sinne Einfluß auf die Betriebsratswahlen zu nehmen. Oppositionsführer Barzel und eine Gruppe von CDU-Abgeordneten trafen sich mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter und Mitgliedern des Bundesvorstandes des DGB zu einer ganztägigen Besprechung. In dieser Besprechung versicherte man sich gegenseitig, „die Radikalen von links und rechts“ zu bekämpfen. Auch die CSU hat in ihrem Gebiet den Betriebsratswahlen Aufmerksamkeit geschenkt und, wie man hört, eine nicht kleine

Geldsumme zur Verfügung gestellt, um für sich aus diesen Wahlen Kapital zu schlagen. Daß es für viele der SPD-Betriebsgruppen, die in fast allen Betriebsräten stark vertreten sind, in besonderem Maße darauf ankam, die jahrzehntelang gehaltenen Positionen nicht zu verlieren und wie dieser Abwehrkampf gegen die nicht parteipolitisch orientierte Basisbewegung in den Betrieben geführt wurde, wurde in der letzten Ausgabe „links" am Beispiel der Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz verdeutlicht.

Ganz allgemein wird aus den Betrieben bekannt, daß die Wahlbeteiligung in Mittel- und Großbetrieben überdurchschnittlich hoch gewesen ist, was ebenfalls beweist, daß die Belegschaften bessere Betriebsvertretungen haben wollen.

In kleineren Betrieben dagegen haben sich die Verhältnisse bisher nur unwesentlich geändert. Trotz etwas verbesserter gesetzlicher Vorschriften versuchen die Unternehmer immer noch, Betriebsratswahlen zu erschweren. Die Zahl der Betriebe, in denen es keine Betriebsräte gibt und auch in diesem Jahr keine gewählt wurden, ist größer als wir uns selbst eingestehen wollen. Verschließen wir aber auch nicht die Augen vor einem Problem: Daß es in einer Vielzahl von kleineren und mittleren Betrieben keinen Betriebsrat gibt, ist nicht nur Folge einer Unternehmenspolitik, die gegen jegliche demokratischen Rechte der Lohnabhängigen in den Betrieben gerichtet ist, sondern auch Ausdruck des mangelnden gewerkschaftlichen Bewußtseins der Kollegen in diesen Betrieben und somit auch Ausdruck unserer eigenen Schwäche.

In den Mittelbetrieben, vorwiegend in den Betrieben, in denen 1000 bis 4000 Beschäftigte arbeiten, und das sind die Betriebe, in denen echte Persönlichkeitswahlen stattfanden, war die Einflußnahme der Belegschaften wesentlich stärker als in den Großbetrieben. In diesen Mittelbetrieben sind durch die Wahlergebnisse erhebliche personelle Veränderungen herbeigeführt worden.

Wir haben Informationen darüber, daß in diesen Betrieben die aktiven Vertrauensleute in harten Auseinandersetzungen mit den etablierten Betriebsräten Kandidatenlisten aufstellten und daß hier Schluß gemacht wurde mit der bisher geübten Methode, den alten Betriebsrat immer auf die ersten Plätze der Kandidatenliste zu setzen. In vielen Betrieben wurden die Kandidaten nach dem Alphabet aufgestellt und teilweise setzte sich durch, mit einer Vorwahl zu bestimmen, welche Plätze die Kandidaten auf der Liste einnehmen.

Es ist hier nicht möglich, die Fülle der Veränderungen in diesen Mittelbetrieben aufzuzeigen. In manchen Betrieben ist der bisherige Vorsitzende nicht wiedergewählt worden. In einem Stahlwerk des Ruhrgebietes, in dem etwa 1000 Kollegen wählen konnten, wurde die gesamte Lohnkommission einschließlich der Freigestellten nicht wiedergewählt. Es gibt Betriebe, in denen die amtierenden Betriebsräte gerade noch 10 bis 15 % der Stimmen bekommen haben. In einem Siemens-Betrieb, in dem 4000 Arbeiter und Angestellte tätig sind, wurden von 27 Betriebsräten 14 neue gewählt. In diesem Betrieb sind die bisher freigestellten Betriebsräte nicht wieder in ihre Positionen gekommen.

In den Empfehlungen der Gewerkschaftsvorstände zu den Betriebsratswahlen ist immer wieder dazu aufgerufen worden, die Kandidaten der gewerkschaftlichen Einheitslisten zu wählen. Die ständigen Aufforderungen und Beschwörungen, diese Einheitslisten zu wählen, klingen zwar sehr gut, haben aber bestimmte Tendenzen deutlich gemacht. Trotz der Einheitsappelle sind vorwiegend in Großbetrieben manchmal unerwartet mehrere Listen aufgestellt worden, beispielsweise elf Listen bei Opel in Bochum.

Überall dort, wo in den Großbetrieben amtierende Betriebsräte allein die Kandidatenlisten aufstellten, sich selbst die aussichtsreichsten Plätze sicherten, sich weigerten, diese Aufstellungen mit den Belegschaften zu diskutieren und sogar sehr oft Vorschläge, die aus der Belegschaft kamen, zurückwiesen, ist es zur Aufstellung mehrerer Listen gekommen. Die Aufstellung mehrerer Listen richtete sich in der Regel gegen die verfestigten Formen der Betriebsratstätigkeit; sie sind ein Beweis dafür, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte nicht länger das undemokratische Verhalten meist in sozialdemokratischer Vetterleswirtschaft verstrickten Betriebsräte hinnehmen wollen.

Aber nicht nur die sich seit den Septemberstreiks entwickelte neue Opposition in Betrieben und Gewerkschaften hat eigene Kandidatenlisten aufgestellt. In manchen Betrieben haben etablierte Betriebsräte, vorwiegend solche, die mit vielen Funktionen als Ratsherren oder Stadtverordnete, als Laienarbeitsrichter, als Funktionäre in den Selbstverwaltungsorganen ausgerüstet sind, und vor lauter Funktionen vergessen haben, die Interessen der Belegschaften zu vertreten, eigene Listen aufgestellt. Diese Funktionäre sind von aktiven Vertrauensmännerkörpern oft nicht mehr auf aussichtsreiche Posten gesetzt worden. Um ihre Posten zu erhalten, haben sie schließlich eigene Listen aufgestellt.

Die meisten Satzungen der Gewerkschaften sprechen sich für Einheitslisten aus. Die Satzung der IG Metall z. B. sagt eindeutig aus, daß Mitglieder der IGM, die auf einer gegnerischen Liste kandidieren, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. In der Regel hat der Vorstand der IG Metall die Satzung jedoch nur dann angewandt, wenn es darum ging, die Opposition oder die sogenannten Radikalen nieder zu halten. Der Vorstand entschied darüber, welche Liste als gegnerische Liste anzusehen ist. Auf diese Weise konnte Kollegen, die jahrelang aktive Gewerkschaftsfunktionäre waren und das Vertrauen eines großen Teils ihrer Kollegen im Betrieb hatten, der völlig irrsinnige Vorwurf des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens gemacht werden.

Es genügt heute nicht mehr, etwa darauf hinzuweisen, daß über 90 % der gewählten Betriebsräte Mitglieder der DGB-Gewerkschaften sind. Uns interessiert in erster Linie auch die zunehmende Bereitschaft der Belegschaften, mehr denn je schon bei der Aufstellung der Kandidatenlisten ein Wort mitzureden. Uns interessiert, warum besonders in den Großbetrieben die Listenwahl eine so große Rolle spielte. Uns interessiert die Tatsache, daß in vielen Mittel- und Kleinbetrieben fast die Hälfte der Betriebsratsmitglieder zum ersten Mal gewählt worden sind. In der gewerkschaftlichen Organisation spricht man schon von einer „großen Wachablösung". Das Redaktionskollektiv der „Sozialistischen Betriebskorrespondenz (in dem im Rahmen des Sozialistischen Büros Vertrauensleute, Betriebsräte sowie Vertreter von sozialistischen Betriebsgruppen und Betriebszeitungen zusammenarbeiten) wird in den nächsten Wochen Material sammeln, diskutieren und weitere Schritte festlegen müssen, auf welchem Wege bei Betriebsratswahlen

— das demokratische Recht der Kollegen, Kandidaten ihres Vertrauens aufzustellen und zu wählen, am besten gesichert ist;

— der Verfestigung einmal entstandener Verhältnisse vorgebeugt werden kann, d. h., eine Ablösung alter und die Wahl neuer Betriebsratsmitglieder möglich ist;

— jenen Kollegen, die durch Ämterhäufung ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können, auch die Macht genommen wird, die sie haben und nur dazu nutzen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Wir werden diskutieren müssen,

— unter welchen Bedingungen eine Persönlichkeitswahl durchzuführen ist,

— welche Formen der Kandidatenaufstellung notwendig sind, damit die Kollegen nicht ihres demokratischen Rechts beraubt werden,

— welche autonomen Rechte der Vertrauenskörper haben muß, damit Betriebsratswahlen die Basis für die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben vergrößern.

Wir werden auch diskutieren müssen, wie wir uns als aktive Gewerkschafter zu verhalten haben, wenn Betriebsratsmitglieder uns unsere Rechte streitig machen. Nicht jede Liste zwei ist eine gegen die Gewerkschaften gerichtete Liste. Und nicht jede Gewerkschaftsliste ist eine Liste der Gewerkschafter im Betrieb.

SBK-REDAKTIONSKOLLEKTIV

Zur Wahl der IG Metall-Vorsitzenden

Otto Brenners Nachfolger, Eugen Loderer, war bereits gewählt, bevor er gewählt wurde. Der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall diente dem Vorstand nur dazu, vor der Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber den Kollegen in den Betrieben zu demonstrieren, daß die Organisation geschlossen hinter diesem Nachfolger steht. Diese Demonstration war auch notwendig, denn es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, daß Loderer bisher nicht gerade große Sympathien in der Basis der Organisation gefunden hatte. Als auch noch bekannt wurde, daß selbst Brenner aus seiner Skepsis gegenüber dem von ihm selbst einmal auserkorenen Nachfolger keinen Hehl gemacht haben soll, schien der Weg, den Loderer gehen mußte, um sich an der Spitze der Organisation halten zu können, bereits vorgezeichnet. Nicht der Beirat, der durchaus dazu ermächtigt gewesen wäre, durfte Loderer wählen — womit die Apparatmanipulation für jeden offensichtlich zutage getreten wäre — sondern in einem außerordentlichen Gewerkschaftstag mußte eine demonstrative Wahl gesichert werden. Allerdings: Dieser außerordentliche Gewerkschaftstag setzte sich aus den Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages in Wiesbaden 1971 zusammen, die unter anderen Voraussetzungen gewählt worden waren und in aller Regel keine Möglichkeiten hatten, über Delegiertenversammlungen in den Ortsverwaltungen Willensbildungen

„Kommt durch dieses Rohr für mich unangenehme Luft in meinen Betrieb . . .

. . . nehme ich hier dieses Stück Papier . . .

. . . das sich mit Leichtigkeit verdrehen läßt, . . .

. . . und verstopfe die Öffnung ganz einfach damit!

der Basis über die in München anstehende zentrale Vorsitzenden-Wahl herbeizuführen.

Die Rechnung ist aufgegangen. Mit 442 von 468 Stimmen ist Loderer gewählt worden. Und keiner der Kollegen, die gegen die Vorstandsempfehlung für die weiteren neu zu besetzenden Vorstandspositionen kandidiert haben, kamen durch. Nicht Georg Benz, der als ein Linker in der Organisation bekannt ist, nicht Manfred Leiss, der seine Stunde gekommen sah, um im Apparat voranzukommen, nicht der Betriebsratsvorsitzende Walter Malzkorn, der sich in den letzten Jahren unter den linken Vertrauensleuten und Betriebsräten als konsequenter Vertreter von Basisinteressen einen Namen gemacht hatte.

Auch wenn das vom Vorstand nicht unterstützte Vorstandsmitglied Georg Benz bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden mit immerhin 220 Stimmen gegenüber 240 dem Tarifpolitiker Hans Mayr unterlag, ist diese Vorstandswahl ein eindeutiger Sieg jener Kräfte in der Organisation, die sich mit Eugen Loderer identifizieren. Man muß nicht den toten Otto Brenner beschwören, um feststellen zu können, daß dieser Kongreß einen gewissen Wendepunkt in der Geschichte der IG Metall markiert. Otto Brenner, wie wenig er auch in den letzten Jahren die in ihn gesetzten Erwartungen der Kollegen erfüllt hat, war noch ein Gewerkschaftsführer mit politischem Profil, der das Vertrauen der Kollegen auch dann noch hatte, wenn sie seine Politik einer scharfen Kritik aussetzten.

Mit Loderer tritt ein Geschäftsführer an die Spitze der Organisation, der den Gewerkschaftsapparat verwalten und im Apparat auch seinen Rückhalt finden wird. Diesem Apparat lag an einem eindeutigen Wahlergebnis, und so liefen denn auch vor dem Münchener Kongreß die entsprechenden Vorbereitungen auf Hochtouren. In den Bezirken wurde alles aufgeboten, um eine Zustimmung zur Vorstandsempfehlung sicherzustellen. Obwohl es nicht unbekannt war, daß das Vorstandsmitglied Georg Benz — in Wiesbaden mit 421 Stimmen gewählt — gegen den von der Vorstandsmehrheit vorgeschlagenen Hans Mayr kandidieren wird, ist bis zuletzt eine Diskussion über diese personelle Alternative weitgehend unterdrückt worden. Nicht einmal in dem vor dem Gewerkschaftstag erschienenen Bericht in der Funktionärszeitung der IG Metall „Gewerkschafter" wird die Kandidatur von Georg Benz erwähnt. Wenn es schon für das Vorstandsmitglied Benz keine „Chancengleichheit" bei der Kandidatur und Wahl mehr gab und der auf die Empfehlung des Vorstandes eingeschworene Apparat seinen ganzen Monopolanspruch zur Unterdrückung jeglicher Opposition eingesetzt hat, wie schwer muß es dann erst eine Opposition von der Basis her haben. Somit ist auch das Wahlergebnis für die weiteren Vorstandspositionen nicht verwunderlich: die Favoriten der Vorstandsmehrheit Hans Preis (376 Stimmen) und Rudolf Judith (244 Stimmen) wurden gewählt — der Kandidat der Vorstands-Opposition Manfred Leiss (220 Stimmen) und der einzige von der betrieblichen Basis vorgeschlagene Kandidat Walter Malzkorn (51 Stimmen) wurden nicht gewählt.

Um jede nur denkbare Überra-

Eugen Loderer dpa

schung auszuschalten, ist auf dem Münchener Kongreß auch jede politische Diskussion, die von der Vorstands-Opposition und der Basis-Opposition hätte genutzt werden können, unterbunden worden. Der Kongreß begann als Feierstunde: der tote Otto Brenner mußte noch einmal bemüht werden, um es den vielleicht noch zögernden Delegierten zu ermöglichen, auf die Linie der Vorstandsmehrheit einzuschwenken. Über die Demonstrationen und Streiks in den Tagen des von der CDU/CSU geplanten Regierungssturzes durfte ebenso wenig diskutiert werden wie über die Tarifauseinandersetzung 1971. Der Vorstand brauchte die Zustimmung für die Fortführung seiner Geschäfte unter einem neuen Geschäftsführer, aber keine Diskussion, die ihn mit dem politischen Bewußtsein und der Kampfbereitschaft der Kollegen in den Betrieben konfrontiert hätte.

Da den Delegierten jede Möglichkeit genommen war, die Konsequenzen der ihnen abverlangten Entscheidung zu diskutieren, wäre es auch falsch, davon auszugehen, daß die Opposition keinen Rückhalt bei den Kollegen hätte. Allerdings ist es ein großes Handicap der Basis-Opposition, daß sie noch immer nicht über Kommunikationsmöglichkeiten verfügt, auf die jede innergewerkschaftliche Opposition angewiesen ist, wenn sie sich gegenüber dem Monopolanspruch des Apparates durchsetzen will.

Dennoch war die Kandidatur des Betriebsrates Malzkorn trotz der geringen Chancen richtig. Sie demonstrierte, daß die Basis-Opposition, nach den Wiesbadener Erfahrungen, wodurch die politische Diskussion und Antragsberatung bessere Bedingungen schaffen konnten, auch unter den Bedingungen eines total gemanagten Gewerkschaftstags à la München nicht den Kopf in den Sand steckt. Das geschlossene Votum der Delegierten, die zur Vorstands-Opposition gezählt werden können und auch der DKP-Delegierten für Eugen Loderer sowie auch die 52 Stimmen für Malzkorn haben deutlich gemacht, auf wen die Basis-Opposition künftig zählen kann. Wer glaubt, durch Anbiederung Einfluß zu gewinnen, wird den Weg aller Opportunisten gehen. Nur durch Verbreiterung der Opposition an der Basis, und das heißt zuallererst in den Betrieben und in den Ortsverwaltungen, wird es gelingen, die Allmacht des Apparates abzubauen.

HEINZ HAUSER

Italien: Nach den Wahlen

Die Beschreibung der italienischen Wahlergebnisse durch die westdeutsche Presse war im allgemeinen zutreffend: der faschistischen Rechten ist der große Durchbruch nicht gelungen; die Christdemokraten haben mehr oder weniger ihren Bestand halten können; die fastfaschistischen Liberalen haben trotz einer stark finanzierten Kampagne weitere schwere Verluste erlitten; die Republikaner — am ehesten der deutschen FDP vergleichbar — errangen einen Achtungserfolg; auf der Linken gewannen die Sozialisten etwas, verloren die Sozialdemokraten etwas, kam die PCI (Partito Communista Italiano) sozusagen mit einem blauen Auge davon (sie ist weder Siegerin noch Verliererin der Wahl), blieben Manifesto und MPL (die sich erstmals an der Wahl separat beteiligenden Linkskatholiken: Movimento Populare dei Lavoratori) weit abgeschlagen. Aber all das ist nur beschränkt interessant und von informativem Wert. Was zählt ist allein die Tatsache, daß keine großen Verschiebungen eingetreten sind, daß auf der Ebene der politischen Artikulation der gesellschaftlichen Konflikte alles beim Alten geblieben ist: im Gegensatz zu dem Eindruck, den eine sensationalistische, nicht-analytische Berichterstattung ebenso wie die Projektionen westdeutscher linker Militanter genährt und produziert hat, ist Italien — sind die Italiener — parteipolitisch und politisch-organisatorisch einigermaßen stabil. Davon sollte ausgegangen, darauf jede Lagebeurteilung zurückgeführt werden.

Vorab jedoch einige kurze Zwischenbemerkungen zum schlechten Abschneiden der revolutionären Linken, insbesondere von Manifesto, teilweise auch von MPL (den militanten Linkskatholiken), kein Wort jedoch zur eher pathologisch erklärbaren Wahlbeteiligung der „Italienischen Kommunisten Partei, Marxisten-Leninisten" (ehem. Unione). Es wurde von den Sympathisanten von Manifesto in der BRD vielfach mit Unverständnis und dem Verdacht des „Ausverkaufs", des „Verrats" der Entschluß zur Wahlbeteiligung kommentiert. Daß sie ein taktischer Fehler sei, haben die wichtigsten Exponenten der Führungsgruppe (Rossanda, Magri, Natoli etc.) selbst in der Periode der Entscheidungsbildung behauptet und klargestellt; sie wurden jedoch überstimmt, in gewissem Sinne „überrollt" von der eigenen Basis, die sich für die Wahlbeteiligung in langen und intensiven Diskussionen der lokalen Zentren aussprach. Mehrere Gründe sprachen dafür: Erstens bedeutet die Wahlkampagne generell eine Phase besonderer politischer Mobilisierung der Massen (siehe auch die hohe Wahlbeteiligung), an der zu partizipieren, die mitzubeeinflussen eine politisch vertretbare Position ist; unter den besonderen Bedingungen des italienischen Wahlgesetzes haben politische Gruppen, die sich nicht an der Wahl beteiligen, während dieser Zeit kein Recht auf politische Kampagnen (öffentliche Gegenkundgebungen etwa oder Plakataktionen); es bestand auch die — von der PCI mit zum Scheitern verurteilte — Hoffnung auf Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen, wodurch man sich einen gewissen Ausbruch aus dem Getto der Militanten und festen Anhänger versprach. Zweitens schien die Alternative, zur Wahl der PCI aufzurufen, für jene Kader in Betrieben und Gewerkschaften nicht akzeptabel, die sich mühsam,aber nicht ohne Erfolg, gegen den KP-Revisionismus und gewerkschaftliche Kompromißstrategien durchgesetzt und militante Basisgruppen gebildet hatten; ein solcher Wahlaufruf zugunsten der PCI schien die Aufgabe der schwer erkämpften politischen Identität zur Folge zu haben, also zwei Jahre politischer Arbeit zu gefährden. Drittens bestand die Hoffnung, mit dem Kandidaten Valpreda eine breite Front der extraparlamentarischen Linken zu bilden, aus der sich nach den Wahlen ein breiteres Bündnis hätte entwickeln lassen — ganz abgesehen davon, daß eine Wahl Valpredas und damit seine Entlassung aus dem Gefängnis einen bedeutenden psychologischen Erfolg dargestellt hätte. Ähnliche, politisch keineswegs leichtfertige Überlegungen, lagen der Wahlbeteiligung von MPL zugrunde — hier vor allem der Versuch, die DC partiell zu spalten oder doch zumindest zu schwächen, ihren linken Flügel (der entschieden linker ist als etwa die SPD) soweit zu schwächen, daß dieser seine Zukunft nur noch in einem offenen Bruch mit der Partei und in einem Zusammengehen mit den Sozialisten und Kommunisten gesehen hätte; das sind keine leeren Spekulationen, sondern Artikulationen eines latenten politischen Kräftespiels, wie es die zer-

rissene Fraktionslandschaft der italienischen Politik seit Monaten und Jahren kennzeichnet. Soweit nur zur Erläuterung der taktischen Überlegungen der italienischen Linken, die, wie mir scheint, in der BRD nicht richtig gesehen worden sind. Das alles ist jetzt einerseits Geschichte, andererseits aber — jedenfalls im Scheitern — zugleich die Realität revolutionärer linker Politik der nächsten Zukunft. Die Niederlage wird nun bezahlt werden müssen: die Stellung der Manifesto-Militanten in Betrieben und Gewerkschaften wird geschwächt werden, die PCI wird nunmehr Rückendeckung haben, diese Gruppen und einzelne Vertreter zu eliminieren; man ist zurückgeworfen worden nicht nur auf die Ausgangsposition, sondern ein gutes Stück davor; man wird mit dem Rücken zur Wand kämpfen und nicht mehr die Hoffnung (oder Illusion?) haben, daß die Bildung einer auch quantitativ starken extraparlamentarischen Linken unaufhaltsam im Wachsen ist.

Zurück jedoch zur Ausgangsfragestellung. Spekulationen über parteipolitische Lösungen sind einigermaßen uninteressant: es wird wohl zur Neuauflage des Centro-Sinistra kommen müssen, die Kommunisten werden diese tolerieren und weiterhin auf den — nicht auszuschließenden — Zerfall nach links hin warten müssen, wobei ihnen die relativ gestärkte, vor allem jedoch eben nicht geschwächte Position der PSI (Partito Socialista Italiano), die ein Bündnis mit der KP nie ausgeschlossen hatte, zugute kommt. Aber das sind langfristige Projektionen, um so längerfristig, als allein schon die Regierungsbildung vermutlich Monate in Anspruch nehmen wird. In diesem Kontext ist der nicht geglückte Durchbruch der Faschisten wichtiger: er zeigt, daß auch in einer Periode langer politischer Krisen keine rechte Massenbasis zu finden ist für einen Rechtsputsch, geschehe dieser nun auf parlamentarischer oder außerparlamentarischer Ebene (Staatsstreich). Die demonstrierte relative Stabilität des politischen Kräftefeldes impliziert, daß eine signifikante ökonomische Krise, die Dimensionen erreicht, die über die bisherige schleichende hinausgeht und die italienische Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung ernsthaft herausfordert und zum offenen Konflikt treibt, daß eine solche schwere Krise sehr wahrscheinlich parlamentarisch und politisch eine linke Lösung finden wird. Die ebenfalls demonstrierte Schwäche der militanten Linken jedoch deutet darauf hin, daß eine derartige Lösung jedenfalls auf absehbare Zeit nicht über sich selbst, d. h. über ihre Stabilisierung mit Hilfe der PCI hinauszutreiben ist — anders ausgedrückt: die italienische sozialistische Revolution hat noch einen langen Weg vor sich, auch und gerade dann, wenn sich jene tiefen und schweren Strukturkrisen in Wirtschaft, Gesellschaft und politisch-administrativer Organisation als offene Konflikte in den nächsten Jahren entladen sollten.

Die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit einer solchen krisenhaften Zuspitzung der italienischen Innenpolitik hängt wiederum ab von Entwicklungen der Weltwirtschaft und insbesondere von der ökonomischen Entwicklung innerhalb der EWG, deren schwächstes und verwundbarstes Glied Italien darstellt. Aber aufgrund der besonderen Struktur der italienischen Wirtschaft — die auch nur anzudeuten hier unmöglich wäre und eine gesondere Analyse erforderte — ist diese Krisenanfälligkeit weniger groß, als im allgemeinen angenommen wird: bzw. es ist eine schleichende Krise, die über so viele Pufferzonen aufgefangen, mediatisiert, verzerrt werden kann und seit Jahren bereits wird, deren explosive Entladung in Italien noch viel unwahrscheinlicher ist als selbst in der Bundesrepublik. Was heute auf der Tagesordnung Italiens steht, ist darum nicht die Hoffnung hier auf eine Revolution jenseits der Alpen, sondern viel nüchterner und konkreter die Abwehr und Verteidigung gegen massive Repressionen, die ein Ausmaß angenommen haben, das auch und gerade in der BRD so gut wie völlig unbekannt ist und wozu die italienische Linke dringend der internationalen Solidarität bedarf.

EKKEHART KRIPPENDORFF

Brief an Svoboda

Sehr geehrter Herr Präsident! Seit Mitte Dezember 1971 wurden in der CSSR zahlreiche Personen verhaftet, vorwiegend Vertreter der Ideen des „Prager Frühlings". Unter ihnen befinden sich der Soziologe Jaroslav Sabata und vier Angehörige seiner Familie, der Philosoph Professor Hajdánek, die Historiker Milan Hübl, Karel Kaplan und Jan Tesár, der Schachmeister Ludek Pachman, die Mitglieder der Synode der evangelischen Brüderkirche Dr. Novák, Dr. Jiránek und Pfarrer Dus, sowie zahlreiche Journalisten, Gewerkschaftler und Betriebsarbeiter. Gegen diese Menschen werden politische Prozesse vorbereitet.

In den letzten Monaten kam es zu mehreren Prozessen wegen bloßer Gesinnungs- oder Wortdelikte. Der bekannte Journalist Jiri Lederer wurde wegen einer schon mehr als 3½ Jahren legal veröffentlichten Kritik an dem inzwischen gestürzten Gomulka-Regime zu zwei Jahren Kerker verurteilt, über acht Schauspieler des Ostrauer Waterloo-Theaters wurden Strafen zwischen drei und zwanzig Monaten Kerker wegen angeblicher Parodierung eines sowjetischen Theaterstückes verhängt.

Korrespondenten werden ausgewiesen, zuletzt der Redakteur des Zentralorgans der KP Italiens „Unita", Ferdi Zidar.

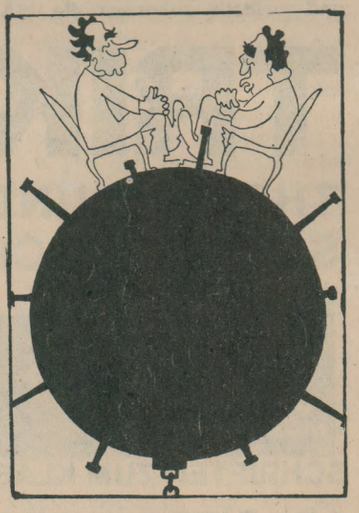
In Anbetracht der wiederholten Erklärungen von Parteichef Dr. Husak, daß es in der CSSR zu keinen politischen Prozessen, Verfolgungen und Verhaftungen kommen wird, appellieren die Unterzeichneten an die Staats- und Parteiführung der CSSR, politische Meinungsverschiedenheiten nicht mit repressiven Maßnahmen auszutragen, die politischen Gefangenen freizulassen und Verfahren wegen Wort- und Gesinnungsdelikte, im Sinne der UNO-Charta der Menschenrechte, einzustellen.

Prof. Dr. Dr. O. K. Flechtheim
und zahlreiche Unterzeichner

Aufrüstung durch Rüstungskontrolle

Das in Moskau während Nixons Besuch abgeschlossene SALT-Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung zeichnet sich dadurch aus, daß es sich mehr als bisherige Rüstungskontrollabkommen schon im Wortlaut als eine Ratifikationsurkunde über das gegenseitige Einvernehmen hinsichtlich weiterer Aufrüstungen darstellt. Was wurde in diesem Abkommen fixiert? Zunächst nicht der Abbau, sondern die Begrenzung (ein teilweiser Aufbau miteingeschlossen) der sogenannten ABM-Systeme, d. h. jener Antiraketen-Raketensysteme, welche nach den Aussagen strategischer Analytiker die Fähigkeit besitzen sollen, einfliegende gegnerische Offensivraketen abzufangen. Diese unterstellte Fähigkeit wurde von der Mehrzahl kompetenter Naturwissenschaftler und Waffentechnologen seit Jahren in Zweifel gestellt, abgesehen davon, daß selbst führende amerikanische Politiker wie seinerzeit McNamara niemals die These zu vertreten wagten, ein umfassendes ABM-System bei einer Kostenhöhe von 40 Mrd. Dollar könne im Falle einer Auseinandersetzung die USA für Interkontinentalraketen der SU wirklich undurchdringbar machen! Gegeben die heutigen aufgefächerten Offensivkapazitäten, gegeben die Übertötungspotentiale, erweist sich im Falle der Großmächte (und nicht nur bei ihnen) eine wirksame Verteidigung im klassischen Stil der Abwehr schon rein technologisch als unmöglich. Vielleicht war es diese Erkenntnis, die in der Sowjetunion relativ frühzeitig zu einer Stagnation im Aufbau des eigenen ABM-Systems, das ursprünglich ein Antibomber-System war, geführt hat. Jedenfalls hat diese Erkenntnis während der Kennedy-Johnson Administration etwas dazu beigetragen, den Aufbau des seit den frühen sechziger Jahren technologisch entwickelten ABM-Systems zu verzögern. Daß es dennoch am Ende der Johnson Administration und kurz nach Nixons Regierungsantritt zu Entscheidungen über den Aufbau eines verkleinerten, zunächst auf Städte und später auf Raketenbasen hin orientierten ABM-Systems kam, hatte rein innenpolitische Gründe.

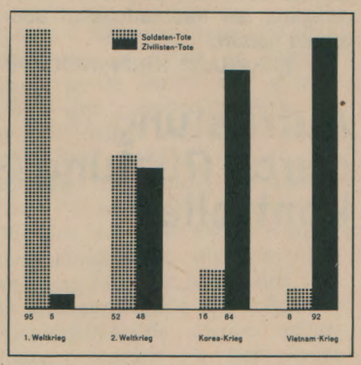
Das SALT-Abkommen beschänkt nicht, sondern bestätigt die bisherige Entwicklung. Es erlaubt per gegenseitigem Abkommen den weiteren Ausbau von ABM-Stellungen um die jeweilige Hauptstadt und ein ICBM-Stationierungsgebiet zur Sicherung eines Teils der Offensivkapazitäten. Dieses Rest-ABM-System hat, wenn überhaupt, einen politischen, sicherlich keinen strategischen Wert. Es könnte, bei einer noch so raffinierten Ausstattung, relativ schnell durch offensive Schläge ausgeschaltet werden. Das wußten die Unterhändler genauso gut wie es andererseits in vielfachen Analysen nachzulesen ist. Warum man sich dennoch auf dieses Restsystem geeinigt hat, dürfte im wesentlichen zwei Gründe haben: Zum einen entgehen beide Administrationen durch ein solches Übereinkommen über den teilweisen weiteren Ausbau des ABM-Systems dem unschwer prognostizierbaren Vorwurf interessierter Kreise, sie hätten mit der Preisgabe des ABM-Systems die jeweilige nationale Sicherheit aufs Spiel gesetzt; d. h. die innenpolitische Diskussion über SALT wird durch die Möglichkeit, ABMs zurückzubehalten und begrenzt auszubauen, entschärft. Letzteres gilt auch für



die SU, in der eine relativ starke militärische Fraktion von Beginn der SALT-Gespräche an sich skeptisch, manchmal massiv offen-kritisch über diesen ersten größeren Versuch eines Arrangements mit den USA geäußert hat. Der zweite Grund ist wesentlicher; er unterstützt den eben genannten: in den SALT-Vereinbarungen wird ganz ausdrücklich festgehalten, daß die numerische Begrenzung auf zwei Stationierungsgebieten von ABMs mit jeweils maximal 100 Startrampen keine Begrenzung der weiteren Erforschung, Entwicklung und Erprobung von ABM-Systemen impliziere. Zwar wird festgelegt, daß keine Partei in ihren Versuchsgebieten mehr als 15 Abschußrampen besitzen dürfe. Diese Übereinkommen sind jedoch ausreichend, um die qualitative Verbesserung bestehender ABM-Technologie mit aller Intensität weiter voranzutrei-

ben. Damit wurde zum ersten Mal in einem Rüstungskontrollabkommen ein entscheidener rüstungstechnologischer Trend juristisch kodifiziert: die Chance zur laufenden Modernisierung derjenigen Waffensysteme und ihrer Komponenten, die eben durch das Abkommen eigentlich einer den Rüstungswettlauf beschränkenden Rüstungskontrolle unterworfen werden sollen. Die Rüstungskontrolle der SALT-Abkommen gibt bei numerischen, quantitativen Beschränkungen den Weg für die qualitative Verbesserung des betroffenen Waffensystems frei. Was bisher ohnehin in einer antagonistischen Rüstungspolitik der Großmächte gang und gebe war, wird durch kooperative Rüstungssteuerung nunmehr im gegenseitigen Einvernehmen munter weiterbetrieben. Bis zum gegenteiligen Beweis wird man — wie schon in den vergangenen Jahren — Rüstungskontrolle als ein konstitutives Mittel der Rüstungspolitik, ja als einen von mehreren Hebeln zur Aufrüstung, charakterisieren müssen.

Die These ist keineswegs überspitzt, berücksichtigt man die enorme Aufrüstung seit dem November 1969, dem Beginn der SALT-Gespräche. Die SU hat ihre internationalen Flottenverbände, die Zahl der Interkontinentalraketen und offensichtlich auch die Qualität der nuklearen Sprengköpfe vervielfacht und qualitativ verbessert; die USA bauten erste Stufen ihres ABM-Systems auf und vervielfachten ihre Offensivkapazitäten durch die sogenannte Vermirvung eines Teils der Interkontinentalraketen. Inzwischen laufen in den USA Programme über die qualitative Verbesseung der ICBM bestückten Unterseebootflotte, die im Endeffekt zu einem ganz neuen Waffensystem (ULMs) mit genauer zu zielenden



und weiterreichenden Interkontinentalraketen führen wird. Das Pentagon propagierte darüber hinaus eine ganze Reihe neuer Waffensysteme, wie zum Beispiel den neuen strategischen Bomber B-1, der eine Konzession an die Air Force bedeutet, die ihrerseits sich einem nuklearstrategischen Erosionsprozeß ausgesetzt sieht, da die Navy — anders als in den fünfziger Jahren — immer mehr über die wesentlichen Komponenten des Abschreckungsarsenals der USA verfügt. Es ist deshalb nur konsequent, wenn Laird am Tage der Moskauer SALT-Übereinkunft den weiteren Ausbau der nuklearen U-Bootflotte forderte und wenige Tage später die Zustimmung zur Ratifizierung des SALT-Abkommens durch die militärischen und zivilen Abteilungen des Pentagon von der Billigung, ja Erhöhung des vor wenigen Wochen dem amerikanischen Kongreß vorgelegten Rüstungsbudgets 1972/1973 abhängig macht.

Was also hinsichtlich der ABM-Systeme im SALT-Abkommen selbst festgehalten worden ist, gilt verstärkt über jene offensiven Abschreckungsarsenale, die technologisch weniger fragwürdig sind und die heute den Kern nuklearstrategischer Rüstung ausmachen. In ihnen werden Um- und Aufrüstungen weitergehen; soweit diese Systeme heute schon bestehen, werden sie qualitativ verbessert oder durch qualitativ bessere Systeme abgelöst werden. Da in ihnen und nicht in den Defensivsystemen wesentliche Dimensionen nuklearstrategischer Rüstungsdynamik sich unmittelbar niederschlagen, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach, gegeben die Interessenlage der Supermächte, durch die im SALT-Abkommen anvisierten Gespräche über die Beschränkung der Offensivsysteme zu keiner, den nuklearstrategischen Rüstungswettlauf wirklich eindämmenden Rüstungskontrolle kommen. Denn eine Rüstungskontrolle, die ein Schritt zur Abrüstung wäre, müßte in die Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungskomponente des gegenwärtigen Rüstungswettlaufs und insbesondere in die Modernisierungsinflation offensiver Kapazitäten eingreifen, was zu tun sich beide Großmächte im Augenblick weigern. Die USA erhalten sich durch eine solche Politik des qualitativen Rüstungswettlaufs ihre nuklearstrategische Überlegenheit, welche auf der Ebene der Trägersysteme zwar heute weniger als vor 10 Jahren besteht, doch im entscheidenden Bereich der Waffenköpfe durch die Vermirvung ihrer Systeme zurückbehalten wird (USA: 5700; SU: 2500). Die SU glaubt durch eine solche Politik, qualitative Rückstände aufholen zu können, um politische und strategische Parität zu erreichen — ein fragwürdiges Unternehmen, gegeben die Übertötungskapazitäten und die Erfahrung, daß nukleare Potentiale sich nicht in einem entsprechend hohen politischen Einfluß übersetzen lassen. So wird der Rüstungswettlauf mit dem SALT-Abkommen in eine neue Runde katapultiert, allerdings ohne die euphorische Stimmung, die 1963 die Verabschiedung des nuklearen Teilteststoppabkommens begleitete. Auch dieses bejubelte Abkommen, das zwar einen Beitrag zur Verhinderung der Luftverseuchung darstellt, führte nicht zu Abrüstung, sondern zur Aufrüstung. Seit 1963 wird unterirdisch mehr getestet als jemals zuvor; Waffenköpfe wurden technisch verbessert; ABM-Systeme, die Vermirvung von

„Saubere" Atomwaffen für Europa

Unabhängig von den Geheimverhandlungen zwischen den USA und der SU über die Begrenzung der strategischen Rüstung sind die beiden Staaten nach Beobachtungen der schwedischen Forschungsanstalt für Verteidigung dabei, eine neue Periode des Wettrüstens mit sogenannten „sauberen" Kernwaffen einzuleiten.

Diese Waffen würden eine relativ geringe radioaktive Verseuchung verursachen und damit eher die Zivilbevölkerung „schonen". In der amerikanischen Planung sollen sie gegen einen eventuellen Angriff auf Zentraleuropa eingesetzt werden. Nach den schwedischen Beobachtungen benötigt die NATO diese „sauberen" Atomwaffen als Ausgleich für die zahlenmäßige Überlegenheit der konventionellen Truppen und Waffen des Warschauer Paktes.

Die Planung sieht vor, daß diese neuen, kleineren und strahlungsfreieren Waffen eingesetzt werden, um nicht sofort den großen Atomkrieg auszulösen.

Interkontinentalraketen und dgl. wären technologisch ohne eine solche Intensivierung der Forschung und Entwicklung von neuen unterirdisch erprobten Waffenkomponenten nicht erreichbar gewesen.

Seit 1945 hat es kein Rüstungskontrollabkommen gegeben, das als Beitrag zur Abrüstung charakterisiert werden könnte. SALT hat dies unverblümter verdeutlicht als frühere Abkommen, die noch den Schein einer „rationalen kooperativen Rüstungsbegrenzung" verbreiten konnten.

DIETER SENGHAAS

TRIKONT

THEORIE UND PRAXIS SOZIALISTISCHER PLANUNG

CHARLES BETTELHEIM

Zentralisierte oder dezentralisierte Entscheidung/Plan und Bedarfsbestimmung, Geld, Preis und Gewinn/Bestimmung der günstigsten Technik/Die Problematik des ökonomischen Gleichgewichts.

Neuerscheinung DM 18,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 24

ARBEITERUNTERSUCHUNG UND KAPITALISTISCHE ORGANISATION DER PRODUKTION

QUADERNI ROSSI

Kapitalistischer Plan und Arbeiterklasse/Ziele und Methoden der Arbeiteruntersuchung/Aktionen gegen die kapitalistische Rationalisierung.

Neuerscheinung ca. 150 Seiten ca. DM 8,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 31

BEWAFFNETER KAMPF UND MASSENLINIE

Beiträge der Gauche Proletarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes

Der Legalismus als alltägliche und gewaltsame Unterwerfung der Massen unter die bürgerliche Ordnung/Illegalismus als Zerbrechen der Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in den Massen/Illegalismus und Gewalt als Bedürfnis der Massen/Vom ideologischen zum militärischen Kampf/

Neuerscheinung DM 5,80

Bitte an Leser

Unterstützen und fördern Sie das Sozialistische Büro, die sozialistische Zeitung „links" und die weiteren Projekte des Büros durch Spenden! Wandeln Sie Ihr Abonnement in eine Förderer-Mitgliedschaft um! Interessieren Sie auch Ihnen bekannte Buchhändler und Zeitschriftenverkäufer für den Weiterverkauf von „links"; schicken Sie uns solche Adressen! Spenden bitte überweisen an Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt 295680 oder Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, 1/741 326/300

Zur Einschätzung des Angela-Davis-Solidaritätskongresses

Klaus Vack

Am Beispiel Angela Davis

Am 4. Juni wurde Angela Davis von der fingierten Anklage des Mordes bei der mißlungenen Befreiung der „Soledad Brothers“ freigesprochen. Die Geschworenen hatten diesen Spruch einstimmig gefällt.
Angela hatte noch kurz vorher in ihrer Botschaft an den Solidaritätskongreß „Am Beispiel Angela Davis“ auf die Unhaltbarkeit der Beschuldigungen der Anklage hingewiesen und erklärt: „Ich bin nicht schuldig, irgendeines der mir zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben.“
Bis zuletzt mußte befürchtet werden, daß für Angela Davis nach der Verfolgung durch den FBI, nach 16 Monaten schwerster Haft und angesichts des Aufwandes der Anklage die Verurteilung zu lebenslänglich Gefängnis folgt, denn bei der Kriminalisierung, Verfolgung und Aburteilung rassischer und politischer Minderheiten (und deren Repräsentanten) wurden in den USA (und Parallelen dazu gibt es auch in der BRD) diffizile Methoden entwickelt, die nach einem kaum durchschaubaren und ebenso wenig berechenbaren politischen Opportunitätsprinzip Freispruch und Amnestierung ebenso zulassen wie drakonische Kerkerstrafen.
Der Fall Angela Davis hat die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte, insbesondere der neuen jungen Linken, in der ganzen Welt mobilisiert. Angela Davis symbolisiert als Schwarze, als Frau, als intellektuelle Revolutionärin und als Kommunistin alle „Minderheiten“ in den USA. Sie wurde zum Symbol, hat aber selbst ihren Kampf immer verstanden als Teil des gemeinsamen Kampfes gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung. Und auch die Solidarität mit Angela Davis war Ausdruck der Solidarität mit allen politischen Gefangenen und politisch Verfolgten.
Angelas Freispruch hat uns alle mit Freude erfüllt. Er ist nicht zuletzt das Ergebnis der weltweiten Solidaritätskampagne. Gleichzeitig aber haben in dieser Kampagne ungezählte Menschen erstmals etwas über das Ausmaß der Unterdrückung und der Verfolgung rassischer und politischer Minderheiten in den USA erfahren und dabei erkannt, daß sich in der Verfolgungskampagne und in dem Prozeß gegen Angela Davis exemplarisch der weltweite Repressionscharakter des Imperialismus manifestierte. Und weiter wurde gelernt: Erst wenn alle politischen Gefangenen, auch und gerade die weniger prominenten, frei sind, können wir von einem wirklichen Erfolg sprechen.

Foto: Kleinhans

Die Solidaritätskampagne für Angela Davis und alle politischen Gefangenen hat in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt in dem zentralen Kongreß Am Beispiel Angela Davis gefunden, der am 3./4. Juni in Frankfurt stattfand und wenige Stunden vor Bekanntwerden des Freispruchs zu Ende ging. Dieser Kongreß hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Verfolgung der revolutionären Bewegung in den USA und die historischen, politischen, ökonomischen und internationalen Zusammenhänge zu analysieren und die Solidarität mit den Völkern Indochinas zu demonstrieren. Die aktuelle Entwicklung in der Bundesrepublik rückte das Problem konterrevolutionärer und revolutionärer Gewalt in den Mittelpunkt von Kundgebung und Arbeitskreisen (siehe hierzu den Beitrag von Oskar Negt in dieser „links“-Ausgabe, Seite 15).

Vorgeschichte des Kongresses

Bevor nun im folgenden der Kongreß Am Beispiel Angela Davis kurz zusammenzufassen und zu beurteilen ist, sollen knapp die vorausgegangene Aufklärungskampagne und die Vorbereitungen zum Kongreß selbst dargestellt werden.
Veranstalter des Kongresses war das Angela Davis Solidaritätskomitee, das Ende 1970 von dem Frankfurter Freundeskreis um Angela Davis gegründet wurde. Dieses Komitee wurde von Anfang an von dem Sozialistischen Büro politisch unterstützt, und das Sozialistische Büro wickelte die organisatorische Arbeit des Komitees ab.
Das Komitee begann seine Aktivitäten mit öffentlichen Veranstaltungen in mehreren Universitäten und einer zentralen Unterschriftensammlung, bei denen von Anbeginn Freiheit für Angela Davis und gleichzeitig für alle politischen Gefangenen in den USA gefordert wurde. Insgesamt haben etwa 36 000 Einzelpersonen, eine Reihe von zentralen Verbänden und mehrere hundert örtliche Gruppen den Aufruf unterzeichnet. Das Solidaritätskomitee hat darüber hinaus eine Plakat-Wandzeitung mit einer Auflage von rund 26 000 Exemplaren und in einer Auflage von 25 000 Exemplaren (fast verkauft) die Broschüre „Am Beispiel Angela Davis“ herausgegeben. Damit hatten das Angela Davis Solidaritätskomitee und das Sozialistische Büro bis Anfang des Jahres 1972 wichtige Arbeiten zur Herstellung von politischer Öffentlichkeit im Fall Angela Davis geleistet.
An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß sich bis dahin neben dem Komitee im wesentlichen Maße innerhalb der Bundesrepublik auch die DKP und ihre Verbände (insbesondere die SDAJ) für die Freilassung von Angela Davis engagierten. Die SDAJ veranstaltete im Herbst 1971 eine Veranstaltungsreihe mit Fania Davis (Angelas Schwester), an deren Beteiligung allerdings das Angela Davis Solidaritätskomitee von der SDAJ ausgeschlossen wurde.
Als nach 16monatiger Haft und nach mehrmaliger Verschiebung des Prozeßbeginns dieser Anfang des Jahres näherrückte, entwickelte das Angela Davis Solidaritätskomitee das Konzept für einen zentralen Kongreß Am Beispiel Angela Davis, der auf dem Höhepunkt des Prozesses stattfinden und mit einer Demonstration, einer Kundgebung sowie in Arbeitskreisen den Kampf der amerikanischen Opposition in den Vereinigten Staaten unterstützen und dessen politische Inhalte analysieren und bekanntmachen sollte. Dabei sollten Demonstration und Kundgebung gleichermaßen Öffentlichkeitswirkung erzielen, für die Teilnehmer Solidaritätserlebnisse vermitteln und den Kongreß politisch strukturieren und von Beginn an über die in der Linken sattsam bekannte frustrierende Zirkelatmosphäre hinwegbringen. Die Arbeitskreise sollten am Beispiel Angela Davis und anhand der Analyse der Politik der imperialistischen Führungsmacht USA auch zu einer Selbstverständigungsdiskussion unter der Linken in der BRD führen.
Das Angela Davis Solidaritätskomitee als Veranstalter des Kongresses richtete ein Angebot an die auf Bundesebene arbeitenden Jugend- und Studentenorganisationen und ähnliche Verbände, den Aufruf zum Solidaritätskongreß Am Beispiel Angela Davis zu unterzeichnen und den Kongreß zu unterstützen. Es kam zur Zustimmung u. a. von den Verbänden Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Angestelltenjugend, Deutsche Jungdemokraten, Jungsozialisten Deutschlands, Naturfreundejugend Deutschlands, SHB/Sozialistische Fraktion, Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“, Sozialistisches Büro, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen, Verband Deutscher Studentenschaften und von Bundesfunktionären der Gewerkschaftsjugend.
Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die ebenfalls zur Mitwirkung als unterstützender Verband eingeladen wurde, hat zwar mit einem beauftragten Vertreter an der vorbereitenden Arbeitstagung teilgenommen, dann aber keine Zustimmung zur Mitwirkung gegeben. Die Mitwirkung des VDS wurde von der Mitgliederversammlung im Mai beschlossen, blieb jedoch für den amtierenden VDS-Vorstand ohne Konsequenzen. Man muß davon ausgehen, daß der Kongreß Am Beispiel Angela Davis (bei minimalen Ausnahmen, z. B. Aktivisten des MSB Spartakus Marburg beteiligten sich) ohne jede Unterstützung und Beteiligung DKP-orientierter Gruppen und Organisationen vorbereitet und veranstaltet wurde.
Auch die selbsternannten „proletarischen Parteien“ und „Parteiauf-

bauorganisationen", die zahlenmäßig noch immer ein nicht unerhebliches Potential der politischen Studentenbewegung darstellen, hatten an der Vorbereitung des Kongresses nicht den geringsten Anteil. Wenn Vertreter des KSV Frankfurt in den Arbeitskreisen groß verkündeten, sie hätten wesentliche Vorbereitungsarbeiten für den Kongreß geleistet, so ist dies falsch, denn die einzige Gruppe, die an der Frankfurter Universität den Kongreß politisch und organisatorisch mit allen Kräften unterstützt hat, ist der SHB/Sozialistische Fraktion.

Zur Beteiligung an dem Kongreß

Zu dem Kongreß Am Beispiel Angela Davis fanden sich annähernd 10 000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet ein. Vorher angemeldet hatten sich etwa 2800 Teilnehmer, darunter nur wenige Anmeldungen aus Frankfurt. Es ist wahrscheinlich eine realistische Einschätzung, davon auszugehen, daß etwa die Hälfte der 10 000 Teilnehmer aus dem Frankfurter Raum und die andere Hälfte aus den übrigen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin kamen. Nach den Anmeldungen zu urteilen, kamen die Teilnehmer nicht nur aus allen Großstädten und den entferntesten Regionen, sondern ein hoher Teil auch aus der sogenannten Provinz. Viele Gruppen kamen nicht geschlossen, sondern hatten sich als Delegationen angemeldet. Einige hundert der angemeldeten 2800 Teilnehmer waren Einzelne, die überwiegende Mehrzahl aus Gruppen. Aus den Anmeldungen geht hervor, daß diese Gruppen durchschnittlich 8–10 Mitglieder zählen, daß sie sich als arbeitende Gruppen verstehen. Die Bezeichnung „Basisgruppe" taucht fast auf jeder dritten Anmeldung auf, Basisgruppen von Lehrlingen, Schülern, Jungarbeitern, Studenten, der Lehrer, Sozialarbeiter, Kinderläden, Bildungsarbeiter, der linken Verlage und Buchläden und der verschiedensten Projekte in Betrieben, Universitäten, in der Stadtteilarbeit und im Randgruppenbereich.

Der Anteil dieser Basisgruppen, die als autonome sozialistische Gruppen arbeiten, lag nach unserer Einschätzung höher als der Anteil der Gruppen, die ihr Arbeitsfeld primär in den Jugendverbänden, in Partei-Jugendorganisationen und der Gewerkschaftsjugend haben. Diese Einschätzung – wenn sie zutrifft – sollte allerdings nicht überinterpretiert werden, denn es ist auch eine Erfahrung des Kongresses, „daß heutige revolutionäre Politik sich an der Basis vollzieht, in der schrittweisen Erweiterung des Erfahrungshorizontes derjenigen, die wirklich im Betrieb, in den Schulen und Universitäten, in ganz spezifischen Arbeitsprozessen stecken" (Oskar Negt in dem Spiegel-Gespräch über die Reorganisation der Neuen Linken, Der Spiegel, Nr. 25 vom 12. Juni 1972). Und – so der Aufruf zum Aufbau des Sozialistischen Büros aus dem Jahr 1969: „Sozialisten arbeiten heute in den Betrieben, in lokalen Gruppen, in Clubs, in Basisgruppen, an den Hochschulen und Schulen, innerhalb der Jugendverbände und als kritische Gruppierungen innerhalb der ‚offiziellen' Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Parteien etc.). In dieser weit verzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung."

Demonstration und Kundgebung

Bereits bei Demonstration und Kundgebung zeigte sich eine entschiedene Solidarisierungstendenz unter den Teilnehmern. Kaum noch traten geschlossene und dabei abgeschlossene „Parteiblöcke" in Erscheinung. Zweifellos war dies seit Jahren die machtvollste und disziplinierteste und doch auch lebendigste Demonstration in Frankfurt.

Bei der Kundgebung zeigten die positiven Reaktionen auf die Reden, daß diejenigen Gruppierungen, die in der „Rote Armee Fraktion" eine politisch vertretbare Strategie verkörpert sehen, kaum über einen Anhang unter der Linken verfügen. Es wurde auch richtig verstanden und akzeptiert, als die Redner das Kongreßkonzept aufgriffen, am Beispiel Angela Davis Parallelen und Unterschiede zwischen der gesellschaftlichen Situation und daraus resultierenden politischen Arbeit der Linken in den USA und der Bundesrepublik herauszuarbeiten.

So sagte Wolfgang Abendroth in seiner Kundgebungsrede: „Der amerikanische Imperialismus sieht die größte Gefahr darin, daß die farbige Bevölkerung begreift, daß ihr Problem eine Klassen- und nicht nur eine Rassenfrage ist. Die terroristische Aufhebung der Demokratie und der Menschenrechte, die Angela Davis trifft, ist eben nicht nur eine amerikanische, sondern eine internationale Problematik. Die antikommunistische Welle, die von den Vereinigten Staaten ausgeht, um die Unterdrückung der farbigen und anderen Minoritäten im eigenen Lande und vor allem um aktuell den mörderischen Feldzug gegen Indochina zu rechtfertigen, tritt in anderen Formen, aber mit gleichem Inhalt auch in europäischen kapitalistischen Ländern und trotz der Verträge mit Moskau, Warschau und Ostberlin innenpolitisch auch in der Bundesrepublik hervor. Die Ernennung eines früheren Mitglieds der NSDAP zum Chef des Bundesverfassungsschutzamtes, die Januar-Beschlüsse der Ministerpräsidenten zum Berufsverbot für kommunistische und sozialistische Anwärter von Lehr- und Verwaltungsberufen zeigen, daß die herrschende Klasse und leider auch die Bundesregierung die Anfänge ähnlicher Entwicklungen auch bei uns schaffen, wie sie sich in den USA gegenwärtig gegenüber Angela Davis zeigen."

Der Betriebsratsvorsitzende Willi Scherer erklärte auf der Kundgebung: „Wenn Arbeiter und Angestellte heute neben Studenten, Schülern und Professoren für Angela Davis demonstrieren und für alle politischen Gefangenen, so folgen wir einem der ältesten und grundlegendsten Ziele der Arbeiterbewegung, dem Kampf gegen das internationale Kapital einen internationalen Charakter zu geben. Das heißt auch zugleich gegen nationalistischen und rassistischen Volksbetrug zu kämpfen. Nationalismus und Rassismus sind stets Mittel gewesen, die Arbeiterklasse und die Volksmassen nach dem Prinzip „teile und herrsche" zu spalten. Das erleben wir heute täglich in den Betrieben, wo versucht wird, einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Arbeiter zu treiben. Aber die Erfahrungen bei Streiks, Lohnkämpfen und Demonstrationen in den letzten Jahren haben uns erneut bestätigt, daß nur dort, wo wir mit unseren ausländischen Kollegen zusammenstehen, Erfolge erzielt werden können."

Herbert Marcuse, der über den Kampf der schwarzen Revolutionäre in den USA berichtete und die Zusammenhänge zum Befreiungskrieg der indochinesischen Völker aufzeigte, sagte: „Der Kampf gegen die letzte und mächtigste Phase der Kapitalherrschaft ist noch ohne effektive Organisation, national und international. Noch immer ist die Stoßkraft der Opposition geschwächt durch unsinnige Terrorakte und durch die endlosen Streitigkeiten kleiner Gruppen, denen eine angebliche theoretische und praktische ‚Orthodoxie' wichtiger ist als die Stärkung des antikapitalistischen Potentials. Dringend ist die Schaffung einer Einheitsfront der Linken, alt und neu, über allen einzelnen Organisationen (oder besser: unter den einzelnen Organisationen hindurch), zur Schaffung von breiteren Basen der Verteidigung. Die Gegenrevolution muß aufgehalten werden. Die Alternative ist der globale Faschismus."

Die Arbeitskreise

In den vier Arbeitskreisen kamen mehr als 3000 Teilnehmer zusammen. Die Diskussion in den Arbeitskreisen spiegelte das wider, was Oskar Negt schon am Vortage in seiner Kundgebungsrede zum Ausdruck brachte: „Ein großer Teil der zu diesem Kongreß angemeldeten Teilnehmer kommt aus arbeitenden Gruppen, Basisgruppen der Lehrlinge und der Studenten, der Lehrer und der Gewerkschaftsjugend, aktive Minderheiten zahl-

Grüße von Angela Davis

Herbert Marcuse, der als Kundgebungsredner zu den 10 000 Teilnehmern der Kongreß-Kundgebung „Am Beispiel Angela Davis" sprach, überbrachte den Teilnehmern des Kongresses die nachfolgende persönliche Botschaft von Angela Davis:

„Liebe Schwestern und Brüder,
mein Prozeß geht endlich zu Ende. Für seine Beweisführung benötigte der Staatsanwalt sieben Wochen, 93 Zeugen und 200 Beweisstücke. Wir sind davon überzeugt, daß die Prozeßführung der Staatsanwaltschaft selbst meine Unschuld bestätigt hat. Deshalb brauchten wir nur drei Tage und zwölf Zeugen, um jeden einzelnen Bestandteil dieser Anklage wegen eines sogenannten ‚Verbrechens aus Leidenschaft' zu widerlegen. Wer nicht vollkommen von rassistischen oder antikommunistischen Vorurteilen geblendet ist, kann nur zu einem Schluß kommen: Ich bin nicht schuldig, irgendeines der mir zur Last gelegten Verbrechen begangen zu haben.

Aber während meine Freunde und ich noch auf das endgültige Ergebnis dieses Prozesses warten, wendet sich unsere Aufmerksamkeit bereits anderen entscheidenden Problemen und Fällen zu: Dem Prozeß von Ruchell Magee, dem Verfahren gegen die sechs Häftlinge von San Quentin und gegen ungezählte andere politische Aktivisten überall im Lande. Unser Komitee hat in den letzten Wochen versucht, unseren Kampf für die Befreiung aller politischen Gefangenen mit den schwarzen, braunen und asiatischen Befreiungsbewegungen zu vereinigen, und mit allen, die gegen die amerikanische Aggression in Südostasien kämpfen, die sich Nixons Lohnstop und seinen Angriffen gegen die Arbeiterklasse widersetzen, kurz: mit allen, die sich für die Veränderung dieser Gesellschaft einsetzen. Dabei haben wir auch die afrikanische Befreiungsbewegung unterstützt.

Am 20. Mai kamen 5000 Schwestern und Brüder zu einer Demonstration gegen Rassismus, Krieg und politische Unterdrückung hierher nach San José. Das war in erster Linie unsere Antwort auf die Eskalation des Völkermordes der Nixon-Regierung in Vietnam. Wegen ihrer Zusammensetzung – zwei Drittel der Teilnehmer waren Schwarze, Braune oder Asiaten – wegen ihres politischen Inhalts und wegen der Breite der Basis war diese Demonstration eine der wichtigsten Aktionen der letzten Jahre. Sie zeigt der Bewegung eine Zukunftsperspektive.

Die Breite der internationalen Solidarität kam darin zum Ausdruck, daß Madame Nguyen Thi Binh, die Außenministerin der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, uns eine besondere Grußbotschaft nach San José schickte. Diese internationale Solidarität zeigt sich auch an eurem Kongreß, und wir senden euch unsere Unterstützung und unsere wärmsten revolutionären Grüße.

Angela Yvonne Davis,
San José, 25. Mai 1972"

reicher Jugendverbände aus der ganzen Bundesrepublik. Diese Gruppen, die in ihren Erfahrungsbereichen der jeweiligen Arbeitsplätze, der Betriebe, der Schulen und Universitäten beharrlich und mit langem Atem sozialistische Politik betreiben, geben nicht viel für Schlagzeilen her. Gleichwohl sind sie die Substanz der Linken, jener arbeitende harte Kern, von dem die Erneuerung der sozialistischen Bewegung in diesem Lande ausgehen wird. Was sie zu diesem Kongreß zusammenführt, ist das Bedürfnis der überregionalen Koordination und die Entschiedenheit, ihre konkrete Arbeit in den Zusammenhang internationaler Solidarität für jene einzubeziehen, die an anderen Orten der Welt und unter anderen Bedingungen einen ähnlichen Kampf führen. Wir können unsere Solidarität mit Angela Davis, mit allen politischen Gefangenen des Rassenterrors und der Unterdrückung nicht besser demonstrieren als durch die Überwindung unserer eigenen Zersplitterung, durch die Zusammenfassung unserer Kräfte mit dem Ziel, eine sozialistische Gesellschaft herzustellen, in der die Freiheit jedes Einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist."

Der Kongreß Am Beispiel Angela Davis zeichnete sich – und das haben die Arbeitskreise sichtbar gemacht – nicht nur durch das gemeinsame Auftreten von Angehörigen der verschiedenen Gruppen der Linken aus, sondern auch durch die bemerkenswerte aggressionsfreie, offene Diskussion und das sichtbar bekundete Interesse der großen Mehrheit der Teilnehmer, etwa im Sinne Marcuses, unter den und durch die verschiedenen Fraktionen hindurch zu einer größeren politischen Einheit zu gelangen. Während so die Selbstdarstellungen der zahlenmäßig nur schwach vertretenen „proletarischen Parteien" und „Parteiaufbauorganisationen" auf offenes Desinteresse stießen, ließ der Kongreß die Ansätze einer Vereinheitlichungsbewegung der arbeitenden Basisorganisationen der sozialistischen Bewegung sichtbar werden. Dies trifft für die autonomen Gruppen gleichermaßen zu wie für die beteiligten Gruppen der traditionellen Jugendverbände.

Um aber jede Euphorie (und im Gefolge Enttäuschungen) zu vermeiden, muß an dieser Stelle nachdrücklich vor allzu optimistischen Überschätzungen gewarnt werden. So wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, macht auch ein relativ einheitlich auftretender und dabei differenziert diskutierender Kongreß alleine noch keine neue sozialistische Bewegung. Noch zeichnete sich dieser Kongreß und seine weitgehende Einigkeit vornehmlich durch Abgrenzungen gegenüber dogmatischen und abenteuerlichen „Strategien" innerhalb der Linken aus. Auch muß bei einer realistischen Einschätzung die Erfahrung des Kongresses und das Potential der neuen linken Bewegung im Kontext zu den objektiven Entwicklungstendenzen in der BRD (und darüber hinaus) gesehen werden, die auf eine konzertierte Zurückdrängung der linken Ansätze in allen gesellschaftlichen Bereichen hindeuten (Berufsverbot, Einreiseverbote, Kriminalisierung der Linken, Unterdrückung der politischen Ausländergruppen, neue „Sicherheitsgesetze", bürokratische Maßnahmen gegen Basisopposition in Gewerkschaften sowie anderen Organisationen und Institutionen, „Law and Order"-Parolen von Strauß über den „Bund Freiheit der Wissenschaft" bis zu Genscher oder Schmidt).

Wenn dennoch der Kongreß als Beginn einer von den arbeitenden Gruppen und Basisorganisationen ausgehenden Erneuerung der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik bezeichnet werden kann, dann deshalb, weil die überwiegende Zahl dieser Gruppen in den letzten Monaten immer stärker das Bedürfnis entwickelte, ihre oft mehrjährigen praktischen Erfahrungen in der Basisarbeit in eine gemeinsame Strategie-Diskussion und in eine über den eigenen Gruppen- und Projektbereich hinausgehende Kooperation einzubringen. Obgleich es also bei diesem Kongreß noch nicht möglich war, die jeweils eigene Praxis darzustellen und mit den anderen zu diskutieren, so wurde doch überall darüber gesprochen, wie diese Diskussion zustande gebracht und wie Kommunikation und Kooperation organisiert werden sollen. So wurde aus allen Arbeitskreisen der Wunsch formuliert, bald einen neuen Kongreß und zentrale Arbeitstagungen zu veranstalten, bei denen die Diskussion über sozialistische Strategie und Arbeit fortgesetzt und auf die Situation in der Bundesrepublik und besonders auf die jeweils eigene Praxis spezifiziert werden soll.

Was bedeutet dies für das Sozialistische Büro?

Das Sozialistische Büro hatte einen erheblichen Anteil an der inhaltlichen Gestaltung und organisatorischen Vorbereitung des Kongresses. Der Kongreß bestätigte weitgehend, was in der Juni-Ausgabe „links" in dem Arbeitsbericht des Sozialistischen Büros über die Entwicklung der Basis- und Projektgruppen sowie an Zahlenangaben (Auflagenziffern) niedergeschrieben ist. Die in diesem Büro-Bericht angekündigte Veranstaltung von regionalen Leser- und Gruppenversammlungen und einer zentralen Konferenz über Strategie und Organisierung sozialistischer Arbeit treffen, wie der Angela Davis-Kongreß erwies, das Bedürfnis der sozialistischen Linken überall im Lande.

Mit diesen regionalen und zentralen Veranstaltungen muß jetzt allerdings ein qualitativ neuer Schritt der Kommunikation und Kooperation eingeleitet werden. Bisher hat das Sozialistische Büro über seine Instrumente („links", Betriebskorrespondenz, Informationsdienste, Papers und Broschüren) im wesentlichen das zugeleitete Basismaterial verarbeitet und weitervermittelt, die direkte Kommunikation und Zusammenarbeit mit Basis- und Projektgruppen meist jedoch nur „bilateral" entwickelt. Mehr war in den letzten

Spendenaufruf!

Es ist schon fast wie eine stehende Redewendung des Sozialistischen Büros: Wir haben wieder einmal mehr Geld ausgegeben als wir hatten! Dieses Mal für den Kongreß „Am Beispiel Angela Davis". Die Genossinnen und Genossen, die aus allen Teilen der BRD nach Frankfurt gekommen waren, hatten bereits durch ihre Anreise hohe Ausgaben. Wir haben deshalb auf Teilnehmergebühren verzichtet. Wenn nun aber jeder unserer Leser, der bisher keine Ausgaben für die Angela Davis Kampagne hatte, einmal DM 10,– spendet, kommen wir sicher mal wieder aus den roten Zahlen. Übrigens brauchen wir im Sozialistischen Büro jetzt dringend eine Frankiermaschine, für deren Anschaffung bereits je DM 500,–, DM 200,– und zweimal 100,– als zweckgebundene Spenden zur Verfügung gestellt wurden. Es fehlen für diese Anschaffung noch DM 1600,–. Alle Spenden bitten wir noch vor der Urlaubszeit zu überweisen an Sozialistisches Büro Offenbach, Postscheckkonto 295680 bei PSA Frankfurt.

Botschaft der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam

Ly van Sau, der Sprecher der Pariser Verhandlungsdelegation der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, bekam kein Visum für die Einreise. Die Einreise scheiterte am Einspruch des Bundesinnenministeriums. Das Angela Davis Solidaritätskomitee hat scharf gegen diese restriktive Entscheidung des Ministeriums protestiert, die eine objektive Information der Bevölkerung unmöglich macht. Mit derartigen Maßnahmen setzt Innenminister Genscher seine Provokationspolitik gegen die Linke fort und vergiftet das politische Klima in der Bundesrepublik zunehmend.

Ly van Sau hat im Auftrag der Provisorischen Revolutionsregierung eine Grußbotschaft an die Teilnehmer des Kongresses gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Die Situation in Vietnam erlebt im Moment eine rasche Entwicklung: Die Befreiungsarmee setzt ihre siegreichen Offensiven fort und fügt dem Feind auf allen Schlachtfeldern Südvietnams schwere Verluste zu. Die Amerikaner und ihre Verbündeten sehen sich immer stärker in die Defensive gedrängt und gehen der unvermeidlichen Niederlage entgegen.

Parallel zu diesen militärischen Offensiven ist die Erhebung der südvietnamesischen Bevölkerung in ein neues Stadium getreten: Unser Volk vernichtet den Unterdrükkungs- und sogenannten „Pazifizierungs"-Apparat des Feindes, erweitert die befreiten Gebiete und verstärkt mit jedem Tag des Kampfes die Macht des Volkes. Nixons „Vietnamisierung" des Krieges erlebt ihren endgültigen Bankrott, die Saigoner Armee geht ihrer vollständigen Auflösung entgegen, und die Regierung Nguyen Van Thieu wird immer stärker isoliert.

Auch im Angesicht ihrer Niederlage weigert sich die Regierung Nixon, die Realitäten anzuerkennen. Im Gegenteil: sie unternimmt alles, um den Krieg im Süden wie im Norden Vietnams weiter zu eskalieren. Die Verbrechen, die Nixon jeden Tag in Vietnam begeht, übertreffen an Intensität und an Barbarei die Verbrechen aller früheren amerikanischen Regierungen. In voller Absicht richtet Nixon seine Angriffe gegen die Zivilbevölkerung. Dabei verschont er weder Krankenhäuser, noch Schulen, noch religiöse und kulturelle Monumente, und er bombardiert sogar die Deiche, die Nordvietnam gegen die Fluten des Roten Flusses schützen.

Nixons Absicht ist eindeutig. Diese Absicht heißt Völkermord. Er ist ein Kriegsverbrecher von beispielloser Brutalität, der von allen Völkern der Erde rückhaltlos verurteilt werden muß.

Natürlich will Nixon unser Volk einschüchtern, damit es seinen Kampf um nationale Unabhängigkeit aufgibt. Aber seine Berechnungen sind falsch und dumm. Unser Volk ist in seiner Gesamtheit entschlossen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und solange zu kämpfen wie nötig, um Unabhängigkeit und Freiheit zu garantieren. Die Provisorische Revolutionsregierung Südvietnams hat logische und vernünftige Vorschläge für eine gangbare politische Lösung des Konfliktes unterbreitet, und wir denken nicht daran, unsere gerechte Position aufzugeben.

Wir hoffen, daß ihr alle in eurer Solidarität mit dem vietnamesischen Volk wachsam bleibt, um die weitere Eskalation des Krieges, die Nixon ohne Zweifel vornehmen wird, zu beantworten. Wir bitten euch, Nixons verlogene Rechtfertigung für seine Verbrechen öffentlich zu widerlegen und unseren Kampf entschlossener denn je zu unterstützen. Denn unser Kampf ist der Kampf aller Völker der Erde, für die Gerechtigkeit und Freiheit noch einen Sinn haben."

eva titel:

eva Allgemeines Buchprogramm

Erich Küchenhoff
unter Mitarbeit von Gabriele Keppler, N. Goebbel, Bernd Schriewer
BILD-Verfälschungen
Analyse der Berichterstattung der BILD-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten, Sozialpolitik
Teil I: Analyse 160 Seiten, kartoniert DM 9,–
Teil II: Belege 192 Seiten, kartoniert DM 15,–

evareihe: „Kritische Studien zur Politikwissenschaft"

Bo Gustafsson
Marxismus und Revisionismus
Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen
Aus dem Schwedischen von Holger Heide
Teil 1 326 Seiten, Teil 2 162 Seiten, kartoniert zus. DM 38,–
Leinen, in 1 Band DM 48,–

evareihe: „Arbeiterbewegung Theorie und Geschichte"

Lucio Colletti
Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale
Aus dem Italienischen von Heimke Baratta
78 Seiten, kartoniert DM 9,–

Frank Deppe
Verschwörung, Aufstand und Revolution
Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution
308 Seiten, kartoniert DM 17,–

Henryk Grossmann, Carl Grünberg
Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus
Aufsätze aus dem „Wörterbuch der Volkswirtschaft"
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
342 Seiten, kartoniert DM 18,–

Die Massenstreikdebatte
Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Anton Pannekoek
Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg
416 Seiten, kartoniert DM 20,–

Christian Riechers
Antonio Gramsci
Marxismus in Italien
256 Seiten, kartoniert DM 15,–

Spätkapitalismus und Klassenkampf
Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
Aus dem Italienischen von Christel Schenker
212 Seiten, kartoniert DM 18,–

Rudolf Schlesinger
Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale
128 Seiten, kartoniert DM 10,–

40/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Jahren unter Berücksichtigung der Situation in den Gruppen und der begrenzten Möglichkeiten des Sozialistischen Büros nicht zu leisten.
Der nächste Schritt, der jetzt zu tun ist, muß darauf abzielen, aus dem Büro ein sozialistisches Zentrum zu entwickeln, in dem die arbeitenden autonomen Gruppen und Basisorganisationen kooperieren, ihre Erfahrungen diskutieren und zu einer einheitlichen sozialistischen Strategie und gemeinsamen Aktion finden.
Der organisatorische Rahmen dieses Zentrums wird dabei nicht ein „Verein" (mit Satzung, Vorstand, Ausschlußverfahren etc.) sein, sondern an historische Erfahrungen anknüpfen, die in der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung immer Ausdruck ihrer praktischen Bedürfnisse waren: er wird sich stärker an die Organisationsformen der Rätebewegung anlehnen müssen als an die einer parlamentarischen Partei. Ein solches zentrales sozialistisches Zentrum wird sich gleichermaßen sowohl in örtlichen Zentren als auch überregional in Projektbereichen zu organisieren haben.
Beispielgebend für die Organisierung sozialistischer Arbeit auf örtlicher Ebene kann das Sozialistische Zentrum Stuttgart sein, mit dem das Sozialistische Büro in enger Zusammenarbeit ist. Im Sozialistischen Zentrum Stuttgart haben sich verschiedene örtliche Projekt- und Basisgruppen (Plakat-Betriebsgruppe, Mediengruppe, Theatergruppe, SLB, Hochschulgruppen, Projekt Landjugendarbeit, Projekt Ausländerarbeit, Kinderladenkollektiv), aber auch viele einzelne Genossen „mit und ohne Basis" (darunter Gewerkschafter, Betriebsräte, Bildungsarbeiter, Sozialarbeiter) organisiert. Diese Gruppen des Sozialistischen Zentrums Stuttgart arbeiten einerseits in den Basis- und Projektbereichen und koordinieren andererseits ihre gemeinsame Diskussion und Aktion durch ein monatliches Plenum, einen Info und ein Büro.
Beispielgebend für die überregionale Organisierung der Arbeit in Projektbereichen könnte das Modell des Sozialistischen Lehrerbundes (SLB) sein, der über den Informationsdienst einerseits Gruppen, andererseits aber die vielen vereinzelten sozialistischen Lehrer überall in der Bundesrepublik erreicht und in zentralen und regionalen Arbeitstagungen zur Diskussion zusammenführt. Dabei geht es nicht nur um gegenseitige Hilfe, sondern auch um eine Funktionsbestimmung der heutigen Schule im kapitalistischen System, um die Einschätzung der herrschenden Schulstrategien und -konzeptionen (z. B. Einführung der Gesamtschule) und vor allem um spezifische Arbeitsplatzanalysen für Lehrer, um aus alledem Ansatzpunkte für die Arbeit sozialistischer Lehrer an ihrem Arbeitsplatz Schule und in ihrer gewerkschaftlichen Organisation (GEW) zu entwickeln.
Diesen „Modell" SLB kann unter Beachtung der jeweils spezifischen Bedingungen auf die überörtliche Zusammenarbeit von sozialistischen Betriebsgruppen, Sozialarbeitern o. ä. übertragen werden.
Diese zugleich horizontale und vertikale Organisierung sozialistischer Arbeit, die sowohl die Arbeit in den Basis- und Projektgruppen als auch in deren kommunal-, landes- und bundespolitischen Zusammenhängen unterstützt, muß einerseits ihren Niederschlag finden in den Publikationen eines solchen sozialistischen Zentrums (also „links", Betriebszeitung, theoretische Zeitschrift, periodische Informationsdienste und aktuelle Papers und Broschüren über die verschiedenen Arbeitsfelder) und andererseits in von Zeit zu Zeit veranstalteten zentralen Arbeitstagungen und Kongressen, in denen dann weniger die Einzelheiten, vielmehr die Gesamterfahrungen der geleisteten Praxis an der Basis und der theoretischen Diskussion in eine gemeinsame Strategiefindung eingebracht werden.
Wir rufen auf, in diesem Sinne weiterzuarbeiten, wohl wissend, daß dabei auf absehbare Zeit keine spektakulären Erfolge, keine aufsehenerregende Publicity zu finden sind. Wir rufen auf, mit diesem Konzept dem kapitalistischen System in der BRD von der Basis her zuleibe zu rücken, indem sich die neue sozialistische Linke aus eigener Kraft ihre Basis in den Betrieben, Büros, Verwaltungen, Universitäten, Schulen, Stadtteilen usw. erweitert. Wir rufen auf, die begonnene Diskussion fortzuführen, die Verbindung auf örtlicher und regionaler Ebene und in den überregionalen Projektbereichen aufzunehmen. Laßt uns im Herbst in vielen regionalen Zusammenkünften die zentrale Arbeitstagung über Strategie und Organisierung sozialistischer Arbeit vorbereiten.

Kongreß-Protokoll

Das Protokoll des Kongresses „Am Beispiel Angela Davis" wird in ca. 8 Wochen als Taschenbuch vom Fischer Verlag herausgebracht. Der Preis ist DM 4,80. Vorbestellungen (jedoch bitte jetzt noch keine Vorauszahlungen) nimmt der Bücher- & Papervertrieb des Sozialistischen Büros (605 Offenbach 4, Postfach 591) entgegen.

●

Die ganztägig im Sozialistischen Büro tätigen Genossinnen und Genossen machen vom 10. Juli bis 6. August 1972 Ferien. Das Büro wird nur unregelmäßig besetzt sein. Wir bitten um Verständnis, daß Anfragen und Bestellungen – mit wichtigen Ausnahmen – erst nach diesen Ferien erledigt werden können.
Die nächste Ausgabe „links" erscheint am 1. September 1972.

Am Beispiel des Angela-Davis-Kongresses

Robert Borsch
Dieter Jäger

Ein Brief aus der „Provinz"

Wenn wir in diesem Leserbrief eine erste Einschätzung des Verlaufs der Ergebnisse und Konsequenzen des Kongresses geben wollen, so tun wir dies aus der Sicht der Genossen aus Gruppen in der Provinz (Aachen).

Massendemonstration und große Beteiligung am Kongreß: Für den größten Teil der Aachener Delegation (ca. 50 Genossen aus universitären und außeruniversitären Gruppen) war es das erste Erlebnis einer Demonstration mit über 10 000 Menschen, einer Demonstration, die kein Trauermarsch, sondern in der Bewegung und Leben war, in deren Verlauf anfänglich besonders am Ende des Zuges stark hervortretende Berührungs- und Kontaktängste abgebaut wurden.
Durch dieses eindrucksvolle Solidaritäts- und Massenerlebnis konnten zumindest wir ein Stück Motivation mehr zur täglichen und mühseligen Kleinarbeit mit nach Hause nehmen.
Arbeitskreise: Obwohl sich bei einigen Aachener Genossen Unmut über den oft chaotischen Verlauf der Diskussionen in den einzelnen Arbeitskreisen breitgemacht hatte, glauben wir, daß die Informationen über die Situation in den USA und Westeuropa, die auf dem Kongreß in komprimierter Form vermittelt wurden, nicht zu unterschätzen sind, gemessen an einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten von Arbeitskreisen mit mehreren hundert Leuten.
Der wesentlichere Aspekt der Arbeitskreise schien uns jedoch zu sein, daß sich in den Diskussionen einerseits die augenblickliche Situation der Linken widerspiegelte und andererseits darüber hinaus sich auch eine Tendenz der sozialistischen Bewegung abzeichnete.
Zunächst fiel uns das auf, was man vielleicht als eine verstärkte Hinwendung zur Realität der Klassenkämpfe in Deutschland bezeichnen könnte. Dies wurde besonders deutlich in der Reaktion der Kongreßteilnehmer auf die Rede des Gewerkschafters Fritz Lamm. Er faßte ausgezeichnet das zusammen, was die meisten inzwischen denken und wollen: Eine verstärkte Hinwendung zur Praxis. Eine Praxis, die durch die undialektische Negation des Aktionismus der Studentenbewegung fast völlig aus dem Gesichtsfeld vor allem der studentischen Linken verschwunden war.
Statt dessen versprach man sich durch die Hinwendung zur Theorie beispielsweise in der Form der Aufarbeitung der deutschen Arbeiterbewegung die Klärung von strategischen Fragen. In extremer Weise tritt uns die daraus folgende Diffamierung politischer Praxis und die Reduktion der revolutionären Theorie auf einen Seminarmarxismus im Ausspruch eines MLers aus Berlin entgegen:
„Die ganzen Aktivitäten, die durch die Ablehnung Mandels und Lefèvres im SS 72 auf uns zukommen, können als konterrevolutionärer Schlag der Bourgeoisie gesehen werden, Unruhe auf den Campus zu tragen, um uns vom Studium des wissenschaftlichen Sozialismus abzuhalten." (zit. n. „Gegen den Strom", Zeitung aus Berlin).
Wir meinen natürlich nicht, daß man die Praxis handwerklerisch angehen sollte. Der Ausspruch Lenins: „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis" hat nach wie vor seine volle Gültigkeit, ja, er beinhaltet genau das, was Fritz Lamm forderte, nämlich daß die Theorie in einem Bezug zur Praxis stehen sollte, oder anders ausgedrückt, daß nur eine solche Theorie sinnvoll ist, die für den gegenwärtigen Klassenkampf funktionabel ist. Und da die Klassenkämpfe heute noch nicht entfaltet sind, oder wie Lamm sich ausdrückte, „wir uns in einem trüben Sumpf bewegen", heißt das, daß wir beispielsweise bei der Stadtteilarbeit nicht mit der Geschichte der Arbeiterbewegung anfangen, sondern mit der konkreten marxistischen Analyse eines Regionalraums.
Auch ein weiteres Problem tauchte auf diesem Kongreß wieder auf: Es geht um die zum Allgemeinplatz gewordene Zersplitterung und Zerstrittenheit der Linken, die von der bürgerlichen Presse immerwieder selbstgefällig konstatiert wird, die von den Herren von der Kapitalseite mit Wohlgefallen belächelt wird und die schließlich von gewissen sich „marxistisch-leninistisch" nennenden „Parteien" und solchen, die es werden wollen, als Notwendigkeit des „ideologischen Kampfes" ausgegeben wird.
Wir wollen hier jedoch nicht den moralisierenden und illusionären Einheitsappellen das Wort reden, da sie daran vorbeigehen, daß es Gruppen gibt, die diese Zersplitterung immer wieder durch ihre Abgrenzungszwänge und hybriden Führungsansprüche reproduzieren. Und eines hat der Kongreß sehr deutlich gezeigt: Solchen Organisationen ist weder dadurch beizukommen, daß man eine fiktive Einheit der Linken beschwört, noch dadurch, daß man sich mit ihnen in die Studier- und Debattierstuben zurückzieht, um die Parteifrage zu „klären". Nur durch die praktischen politischen Aktionen wird man jene dazu bringen können, mehr als nur verbal oder „leitend" zum Klassenkampf Stellung zu beziehen.
Dann zeigt sich für jedermann einsichtig, daß z. B. die DKP augenscheinlich nur dann in der Lage ist, ihre Solidarität mit der revolutionären Bewegung in den USA zu beweisen, wenn dies unter ihrer Führung und ihrer politischen Zielrichtung läuft.
Die revolutionäre Einheit können nur die Massen im praktisch-politischen Kampf selbst herstellen, und sie werden dies tun, weil die erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Ausbeutern und Unterdrückern Solidarität erfordert und hervorbringt, und nicht weil irgendwelche selbsternannten Avantgarden ihnen das sagen. Der Klassenkampf war immer schon der beste Lehrmeister des Proletariats. Die Erfahrungen im Klassenkampf als Massenkampf zum selbstbestimmten und nicht mit- oder fremdbestimmten Handeln und nicht als Werbekampagnen zur Rekrutierung neuer Parteikader zu entfalten, ist heute unsere vordringlichste Aufgabe. Hierbei kann jede Organisationsform nur Mittel und nicht Zweck der Bewegung sein.

Was bedeuten nun diese allgemeinen Einschätzungen für sozialistische Arbeit in nächster Zeit? Voneinander isolierte, kleine Gruppen auf dem flachen Land stehen gerade dann, wenn sie sich ihrer Isolation und Ohnmacht bewußt werden, in der ständigen Gefahr, oft halsüberkopf ihre Sicherheit im Schoß der allmächtigen Mutter Partei zu suchen. Angesichts dieses auch für uns in Aachen in letzter Zeit erfahrbar gewordenen Dilemmas wird es immer notwendiger, den vom „Sozialistischen Büro" beschrittenen Weg der illusionslosen und beharrlichen Verstärkung der Kommunikation und Kooperation zwischen den bislang vereinzelten, undogmatischen Gruppen und Zirkeln konsequent weiterzubetreiben. D. h.
a) Weitere nationale Kampagnen und Kongresse gegen die Verschärfung der politischen Repression, zur Unterstützung des internationalen Klassenkampfes usw. auf breiterer Basis vorbereitet zu organisieren:
b) Die Kommunikation der antisektiererischen, nichtparteilichen Gruppen auch über ihre Erfahrung mit der täglichen Kleinarbeit und eine praktische und theoretische Kooperation über gleichgelagerte Thematiken zu intensivieren bzw. überhaupt erst aufzunehmen mit der Zielrichtung, die bestehenden Ansätze im Rahmen der „Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro" zu einem Bund autonomer sozialistischer Gruppen auszubauen.
c) So wertvoll für die einzelnen Gruppen eine solche überregionale Kontaktaufnahme über das SB auch sein kann, sollte aber parallel dazu der Aufbau regionaler und lokaler sozialistischer Zentren in Angriff genommen werden.

Sozialistisches Büro im Baader-Meinhof-Verdacht?

Einen Tag nach dem Kongreß „Am Beispiel Angela Davis" war das Sozialistische Büro in „Verdacht" geraten, zu dem vielzitierten Sympathisantenkreis der Baader-Meinhof-Gruppe zu zählen. Auffallend unauffällig gekleidete „Herren" besuchten die meisten Wohnpartien im Hause Hohe Str. 28 zu Offenbach am Main, wo sich im Souterrain das Sozialistische Büro befindet.
Man erkundigte sich sehr ausgiebig, was das „für Leute" seien, „was die so tun", „ob öfter Übernachtungen stattfänden", „wer da aus und ein geht". Besonderes Interesse erweckte eine Garage, die das Sozialistische Büro gerade zum 1. 6. 1972 gemietet hatte (nicht um ein Auto abzustellen, sondern um unsere Broschüren und Akten zu lagern). Natürlich verliefen diese Ermittlungen ebenso erfolglos wie z. B. bei Heinrich Böll, aber immerhin war erreicht, einige Hausbewohner zu verschrecken und uns zu diffamieren. Zwar wurden wir von den polizeilichen Ermittlungsstellen nie informiert (auch dann nicht, als die Erfolglosigkeit und der Unsinn dieser polizeilichen „Bemühungen" auf der Hand lagen), aber dafür besuchten einige Tage später zwei hilfsbereite Männer (mit gepflegten Händen) unser Büro, „um im Auftrag von TN" (Telefonbau und Normalzeit) „unser gestörtes Telefon zu reparieren". Nun ist unser Telefon tatsächlich oft gestört (es knackt und rauscht in der Leitung), aber Vermieter unserer Telefonanlage ist nicht TN, sondern eine andere Firma. So mußten wir die „TN-Monteure" wieder abziehen lassen, ohne daß sie eine „Wanze" in unseren Apparat eingebaut haben —, wenn nicht schon eine drin ist, die nur mal repariert werden sollte.

KLAUS VACK

Wichtige Neuerscheinungen

Adalbert Evers, Michael Lehmann: Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD, ca. 270 Seiten, broschiert, DM 8,—.

Städte und Gemeinden der BRD bilden heute das Arbeitsfeld für einen großen Teil der antikapitalistischen Initiativen mit sozialistischer Perspektive. Insofern sie als Teil des staatlichen Systems besondere politische und ökonomische Funktionen zur Erhaltung des Monopolkapitalismus wahrnehmen, sind sie nicht bloß formaler Rahmen, sondern zunehmend Gegner wie auch Adressat der im Produktions- und Reproduktionsbereich arbeitenden Gruppen. In der Vielfalt der Initiativen im Reproduktionsbereich, die sich an der Miet-Schul-, Sanierungs-, Freizeitproblematik etc. entzünden, zeigt sich sowohl die Fragwürdigkeit traditioneller Separierungs- und Hierarchierungsschemata für die Ansatzpunkte der Arbeit von Sozialisten, wie auch die noch mangelhafte Reflexion und theoretische Fundierung der richtig an den aktuellen Erscheinungsformen grundlegender Widersprüche ansetzenden Arbeit.
Das Buch „Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD" beruht auf dem Sammelband „Zur Kritik von Kommunalpolitik und Stadtentwicklungsplanung", dessen pluralistische Beiträge hier verwertet, systematisiert, konkretisiert und in einem einheitlichen Argumentationsrahmen neu gefaßt wurden.
Ausgehend von der kategorialen Ableitung und Verknüpfung grundlegender Probleme, wie der zyklischen Krise, der ökonomischen Funktion des Staates, der gesellschaftlichen Unterversorgung, dem Stadt-Land-Gegensatz, wird der Versuch unternommen, diese überzuleiten und anzuknüpfen an die sich wandelnden aktuellen Erscheinungsformen dieser strukturellen Widersprüche in den Kommunen, wobei unter Zuhilfenahme empirischen Materials vor allem folgende Probleme untersucht werden:
— die Abhängigkeit der Kommunen von der zyklischen Entwicklung wirtschaftlichen Wachstums und ihre Einbeziehung in eine zentralstaatliche antizyklische Politik sowie deren Folgen,
— die in den Kommunen am stärksten zutage tretende „öffentliche Armut" als wachsender Mangel an infrastrukturellen Einrichtungen bezogen vor allem auf die Reproduktion der Arbeitskraft,
— die zunehmend überregionale Kontrolle und Planung ihrer Quantität, Qualität und Verteilung im Rahmen des staatlichen Vorsatzes der Globalsteuerung und seiner Mittel, Struktur- und Raumordnungspolitik, sowie die Folgen für die Entwicklungsmöglichkeiten der um die Ansiedlung von Industrie konkurrierenden Kommunen.
In diesem Zusammenhang kann eine erste Einschätzung der Erweiterung und Koordinierung von Planung und Politik auf der Ebene der Kommunen bei gleichzeitigem Schwinden ihres materiellen und politischen Autonomiespielraums innerhalb des sich zentralisierenden staatlichen Systems gegeben werden.

●

Referate und Diskussionen des Kongresses gegen politische Unterdrückung (an der Freien Universität Westberlins vom 24. — 26. 4. 1972), ca. 200 Seiten, broschiert, DM 5,—.

Unmittelbarer Anlaß für die Veranstaltung dieses Kongresses war Ernest Mandels Nichtberufung an die Universität und seine darauf folgende Ausweisung, sowie die Nichteinstellung Wolfgang Levèfres als Universitätsassistent; zum mittelbaren Anlaß sagen die Veranstalter - Genossen der Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen, der Gruppe Internationaler Marxisten und der Sozialistischen Assistentenzelle -: „Wir sind zur Zeit Zeugen einer restaurativen Entwicklung in der BRD, die einen elementaren Angriff auf die demokratischen und sozialistischen Kräfte dieser Gesellschaft darstellt. Diese Politik des ‚Roll Back', wie wir sie bereits in den frühen 50er Jahren erlebt haben, hat zum Ziel, konkrete demokratische Positionen, die in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre, vor allem seit dem Beginn der Studentenrevolte, errungen worden sind, abzubauen. Die Wiederherstellung der politischen Friedhofsruhe der 50er und frühen 60er Jahre ist ein existentielles Interesse der herrschenden Kreise. Zu diesem Zweck wird zu Mitteln gegriffen, die sich oft gegen die so gern beschworene Rechtsstaatlichkeit selbst richten. Die gezielte Diffamierung engagierter Persönlichkeiten der politischen Linken, der einem Berufsverbot gleichkommende Hamburger Erlaß und die Ablehnung und Ausweisung Mandels sind verschärfte Maßnahmen, die gegen uns alle gerichtet sind. — Aufgabe des Kongresses soll es sein, eine konkrete Einschätzung dieser reaktionären Entwicklung in der BRD unter der gegenwärtigen SPD/FDP-Regierung vor dem Hintergrund ihres historischen Zusammenhangs zu erarbeiten, die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und zu erörtern, welche Mittel und Wege gefunden werden können, eine breite Abwehrfront gegen diese Tendenz zu organisieren." (Einladungsflugblatt des Kongreßkomitees)

Godula Kosack, Stephen Castles: Ausländische Arbeiter und Klassenkampf, ca. 80 Seiten, broschiert, DM 4,—.

Diese Broschüre richtet sich an deutsche und ausländische Arbeiter. An Hand des Beispiels der ausländischen Arbeiter soll gezeigt werden, wieweit wir noch von dem gepriesenen „Wohlfahrtsstaat" mit einem hohen Lebensstandard aller Bevölkerungsteile entfernt sind. Die Betrachtung der Probleme der Ausländer in der Bundesrepublik soll den Anstoß dazu geben, über die eigene Situation nachzudenken und zu überlegen, wie deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam erreichen können, daß alle Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können.

●

Claudia Alemann: Revolution und Emanzipation der Frauen in China und Vietnam, ca. 40 Seiten, hektographiert, mit festem Umschlag, DM 2,50.

Die Rolle der Frauen in nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ist keine exotische Beigabe für sentimentale Beobachter im Ausland. Wirksamer Widerstand gegen koloniale und imperialistische Unterdrückung verlangt die Veränderung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen, deren Schwäche die koloniale Eroberung überhaupt erst ermöglichte. Die Frauen waren die Hauptleidtragenden dieser überholten Herrschaftsformen in den traditionellen Gesellschaften. Ihre Beteiligung an dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit und für eine neue Organisation der Gesellschaft ist eine unabdingbare Voraussetzung für den militärischen Sieg der Befreiungsbewegung und gleichzeitig ein Gradmesser für den emanzipatorischen Gehalt der Revolution, für die Befreiung der gesamten Bevölkerung.

●

Sean Gervasi, United Nation Publications, New York 1970: Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (Originaltitel: Industrialization, foreign capital and forced labour in South Africa). 124 Seiten, broschiert, Einzelexemplar DM 4,—.

Die Themen: Industrialisierung und Armut — Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika — Südafrikas Außenhandel — Auslandsinvestitionen in Südafrika — Das Auftauchen eines südafrikanischen Blocks — Schlußfolgerungen — Anhang der Herausgeber der deutschen Übersetzung: Wichtige westdeutsche Firmen und ihre südafrikanischen Tochtergesellschaften.

Bund Deutscher Pfadfinder: Abenteuerspielplatz MV — Dokumentation, Beispiel des Abenteuerspielplatzes Märkisches Viertel Berlin, 286 Seiten, broschiert, DM 7,50.

Diese Dokumentation (mit zahlreichen Fotos) ist die erste ausführliche deutschsprachige Information über Abenteuerspielplätze. Es werden behandelt:
1. Der Spielplatz und sein Einzugsgebiet — über die Bedingtheiten von pädagogischer Arbeit und Stadtteil.
2. Zur Pädagogik auf Abenteuerspielplätzen — zu einzelnen Problembereichen, wie Aggression Eigentum und Besitz, Identifikation, Elternarbeit — zur pädagogischen Nutzung von Aktivitäten z. B. Hüttenbau, Sand- und Wasserspiele etc. — zu pädagogischer Projektarbeit, u. a. Kinderfilm, Kindertheater.
3. Technische und organisatorische Fakten — Erfahrungen und Empfehlungen zu juristischen Fragen, Versicherungsfragen, Zusammenarbeit mit Behörden — Teamkonstruktionen etc.

●

Redaktionskollektiv „express-international": Gewerkschaftliche Vertrauensleute für eine antikapitalistische Betriebsstrategie, ca. 50 Seiten, broschiert, DM 2,50.

Diese Schrift wendet sich an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben, an die aktiven Gewerkschafter, die ihre Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen wollen, eine gewerkschaftliche Politik der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten nachdrücklich zu unterstützen. Die Schrift ist nach langen Diskussionen aus der Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Gewerkschaftsfunktionären, Bildungsreferenten und gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern entstanden.
Folgende Themen werden behandelt: Die kapitalistische Organisation des Betriebes — Der Doppelcharakter der Forderungen — Die bisherige gewerkschaftliche Betriebspolitik — Die bisherige Arbeit der Interessenvertretung im Betrieb — Management und Vertrauensleute — Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik — Betriebsnahe Tarifpolitik — Betriebsnahe Bildungsarbeit — Mitbestimmung im Betrieb als Gegenmacht — Kontrolle von unten statt Delegation nach oben — Zukünftige Rolle und Organisation der Vertrauensleute — Durchsetzung dieser Strategie.

●

Bezug gegen Vorausrechnung über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Sozialistische Politik und Terrorismus

Erweiterte und veränderte Fassung der Kundgebungsrede am 3. Juni 1972 zum Kongreß „Am Beispiel Angela Davis“

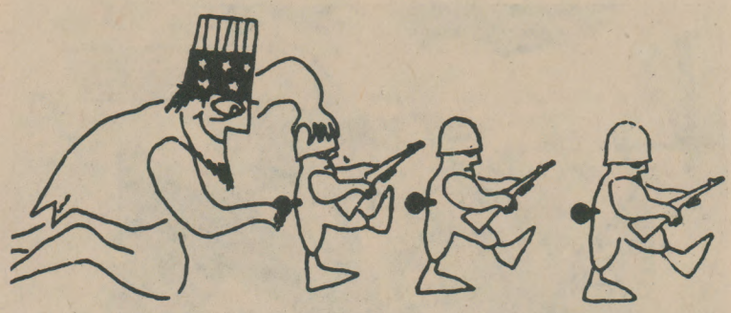
Oskar Negt

Dieser Kongreß trägt den Namen von Angela Davis – aber sie selber würde sich dagegen wehren, wenn man nur von ihrer Person und ihrem Fall sprechen würde. Ihr Kampf für die elementaren Rechte einer ausgebeuteten und in Unterdrückung gehaltenen Minderheit soll ein Fanal sein für den Befreiungskampf überall dort, wo er notwendig ist. Sie symbolisiert Unterdrückung in vielfacher Form: als Frau, als Schwarze, als Kommunistin, als Intellektuelle. Als Repräsentantin der schwarzen Befreiungsbewegung wird sie in allen Diskussionen dieses Kongresses präsent sein. Sie und ihren Fall gesondert darzustellen, erübrigt sich. Dieser heute beginnende Kongreß steht, wie kein anderer der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, im Zeichen der Gewalt. Keine Pogromhetze gegen Linke, gegen Universitäten, Schulen, gegen die politisch aufgewachte Intelligenz und gegen die rebellierende Jugend dieses Landes wird uns aber davon abbringen, Gewalt nicht nur dort zu suchen und zu verurteilen, wo es den herrschenden Gewalten gefällt. Wir werden diesen Kongreß zum Forum der Auseinandersetzung, der Anklage, des Widerstandes vor allem auch gegen jene Gewaltformen machen, die sich unter dem Deckmantel biederer Friedfertigkeit verbergen.

Wer von Gewalt spricht und sie mit Entrüstung verurteilt, ohne gleichzeitig und in erster Linie von Vietnam zu sprechen, ist ein Heuchler. Ehe es die Desperados der Baader-Meinhof-Gruppe gab, gab es die mörderischen Aktionen der angeblich fortgeschrittensten Demokratie der Welt, gegen ein Volk, das sich nach jahrzehntelanger Unterdrükkung und Ausbeutung endgültig von seinen korrupten Cliquen, den Diems und Thieus, befreien wollte.

Wo war die Entrüstung, ja auch nur die leise Andeutung eines Protestes unserer führenden Politiker, die die Gewalt des Faschismus erlebt hatten, um ein Beispiel der Integrität des politischen Verhaltens jenen zu geben, die ihn nur aus Büchern kannten, eines aber sehr genau begriffen hatten: daß politische Moral unteilbar ist; daß derjenige, der den Völkermord in Vietnam toleriert oder gutheißt, das Recht verliert, im Namen von Demokratie zu sprechen; daß der unglaubwürdig wird, der zwar den Antisemitismus der Nazis verurteilt, aber für den gegenwärtigen Rassismus in der Welt, in Südafrika oder den Vereinigten Staaten, wohlwollendes Verständnis aufbringt.

Vietnam ist zum Symbol der Gewalt für diese Generation geworden. Nicht nur die alltäglich auf Vietnam



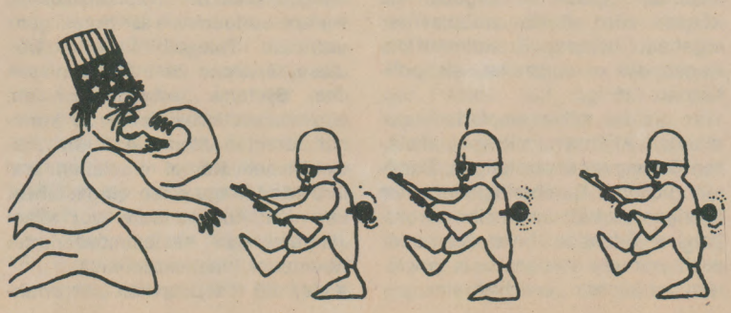
niedergehende Bombenlast überschreitet bei weitem die des Zweiten Weltkrieges; die mechanische Vernichtung von Menschenleben hat Ausmaße angenommen, die sehr bald den Verwaltungsmassenmord des Dritten Reiches in den Schatten stellen können. General Westmoreland hat als Oberkommandierender der amerikanischen Truppen in Vietnam verkündet, daß „uns nicht mehr als zehn Jahre vom automatischen Schlachtfeld trennen“. – Diese Strategie wird heute in ganzer Brutalität befolgt. Die Visionen dieses Generals vom kommenden Reich der Unfreiheit sind die Visionen eines geschichtlich zum Untergang verurteilten Systems, das sich nur noch durch die Ausbildung von technologischen Vernichtungsphantasien und Zerstörungspraktiken am Leben erhalten kann. Der General sagt: „Ich sehe Schlachtfelder, auf welchen wir alles zerstören können ... durch sofortige Informationsaufnahme und fast sofortige Anwendung von tödlicher Zerstörungskraft. Auf dem Schlachtfeld der Zukunft werden feindliche Kräfte lokalisiert, aufgespürt werden und fast ohne Zeitverlust beschossen werden können ... (automatisierte Feuerkontrolle sichert eine) fast hundertprozentige Tötungswahrscheinlichkeit ...“ (zitiert: „links“, Nr. 7, Januar 1970, S. 8).

Mittlerweile weiß jedermann, selbst die Frankfurter Allgemeine beginnt es zu ahnen, daß es besonders in sozialrevolutionären Befreiungskriegen militärisch eingrenzbare Ziele nicht gibt; die Bombardierungen nach Planquadraten treffen alles Leben. Es war der amerikanische Präsident Johnson, der den Begriff der Vergeltung wieder in die politische Sprache einführte. Was ist aber der Unterschied zwischen Strafexpeditionen der Nazis in Oradour und Lidice und einem vernichteten vietnamesischen Dorf, wenn feststeht, daß es begrenzbare militärische Ziele nicht gibt?

Studenten und Jugendliche waren die einzigen, die das Grundrecht der Informationsfreiheit ernstnahmen, um sich über Völkermordpraktiken auch verbündeter Nationen zu informieren und öffentlich dagegen aufzutreten. Sie wollten nicht in die gleiche Situation kommen, in der die Mitläufer und stillen Dulder des Naziregimes waren: von der Gewalt, von den Konzentrationslagern nichts gewußt zu haben.

Auf ihren Protestdemonstrationen wurden sie geprügelt und beschimpft; für den großen Teil war es die erste Erfahrung der manifesten Gewalt im eigenen Lande, und viele haben das bei späteren Aktionen immer wieder bestätigt gefunden und niemals vergessen.

Das politische Bewußtsein der ersten Generation, die vom Krieg nicht unmittelbar getroffen war, entzündete sich am Krieg, an der Gewaltpraxis der alten und neuen Kolonialherren, die mit Blut und Feuer ihre Herrschaft aufrecht erhielten. An den großen Protestdemonstrationen, die Jugendliche und Studenten gegen Tschombe und den Schah von Persien veranstalteten, zogen mitunter noch Politiker mit, die aber sehr bald die gesicherte Karriere dem Risiko der politischen Kompromißlosigkeit vorzogen.



Die erste zivile und politische Generation auf deutschem Boden, die aus der Katastrophengeschichte der deutschen Jugend der letzten 50 Jahre etwas gelernt hatte, die nicht bei jeder Gelegenheit nach dem Henker rief, die den stumpfsinnigen Hurra-Patriotismus überwunden hatte, die, als die Ostpolitik noch das gewagte Abenteuer eines Kreuzzugs gegen den Kommunismus war, für eine konsequente Anerkennung der von Hitler geschaffenen Resultate des Zweiten Weltkrieges eintrat – diese zivile und politische Generation stieß von Anbeginn auf eine Mauer von Aggression, von Unverständnis und Dickfelligkeit der Politiker aller Parteien, die gerade die sensibelsten der Studenten und der Jugendlichen besonders treffen mußte.

Gerade in dieser Stunde ist es deshalb notwendig, an jenes fast auf den Tag genau 5 Jahre zurückliegende Ereignis zu erinnern, an dem der neurotische, aufgehetzte Waffensammler Kurras in Polizeidiensten Benno Ohnesorg erschoß – und schließlich freigesprochen wurde. Und auch der wild gewordene Anstreicher, der ein Jahr später das Attentat auf Dutschke verübte, ist nur das traurige Opfer der von der Springer-Presse und ihrem Anhang beharrlich gestreuten Saat der Gewalt gegen Andersdenkende, die längst noch nicht in ganzem Umfange aufgegangen ist. Wenn Politiker der SPD heute davon sprechen, daß sie in den nächsten Wahlkampf mit kugelsicheren Westen gehen müßten, so werden sie wissen, von welcher Seite ihnen Gewalt droht. Wenn sie aber meinen, sie könnten das Schlagwort von den Linksradikalen als eindeutige Bestimmung für Freund-Feind-Verhältnisse verwenden, so unterliegen sie einer fatalen Täuschung: es gibt kein objektives und eindeutiges Kriterium für die Unterscheidung von rechts und links; das rituelle Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung nützt gar nichts. Für Franz Josef Strauß ist bereits Karl Schiller ein Linksradikaler.

In Deutschland besteht die gefährliche Neigung, grundlegende gesellschaftliche Konflikte durch die Polizei zu lösen. Die Masse der Polizisten steht heute in allen kapitalistischen Ländern an der vordersten Front der Klassenauseinandersetzungen. Sie holen für die, die mit der Aufrechterhaltung dieser gesellschaftlichen Zustände profitable Interessen verbinden, die Kastanien aus dem Feuer. Sie werden schlecht bezahlt; die Planstellenhierarchie ist so, daß für den

einfachen Polizisten praktisch nur geringe Chancen des Aufstiegs bestehen, während ein Abiturient, gar ein Akademiker, der von oben einsteigt, nach relativ kurzer Zeit Offizier und Vorgesetzter wird. Das kann nicht die Sympathien für die Intellektuellen, mit denen sie sich an den Universitäten und Schulen herumschlagen müssen, erhöhen. Das Wort von Rosa Luxemburg, daß Soldaten und Polizisten in Uniform gesteckte Proletarier sind, trifft heute sicherlich nicht mehr in gleicher Weise zu; aber ihre Lebenssituation ist nicht besser als die der Arbeiter. Das einzige Privileg, das sie haben, besteht in der legalen Abreaktion ihrer Aggressionen, die bei ihnen nicht weniger als bei Studenten und anderen Menschen das Produkt von Unterdrückung und Ausbeutung sind.

Wenn man ihnen heute wieder einzureden versucht, das Gewaltpotential dieser Gesellschaft würde sich wesentlich durch die Zentralisierung der Verbrechensbekämpfung und den Ausbau des Polizeiapparates verringern, so wird sich dies als eine grandiose Täuschung erweisen. Die Profilierungsbedürfnisse eines „liberalen" Innenministers, der sich als ein Mann von Recht und Ordnung ins Bild setzen will, zielen auf die Amerikanisierung der Verbrechensbekämpfung, die bei der chronischen Neigung der Deutschen, politische Konflikte als kriminelle Delikte zu behandeln, für uns alle eine bedrohliche Entwicklung bedeutet.

Aber kein einziges Problem wäre dadurch gelöst. Denn der Nährboden von Krankheiten, psychischer Zerrüttung, Aggressionen und Gewalt ist der kapitalistische Betrieb, ist die bürgerliche Restfamilie, die ausgleichen soll, was anderswo entsteht; sind die Schulen, in denen die Kinder in kleine Räume eingepfercht sind, so daß sie ihre sozialen Fähigkeiten nicht entwickeln können; es sind die Universitäten mit vollgestopften Hörsälen, in denen vernünftiges Lernen kaum noch möglich ist; man sollte sich hüten, die linken Lehrer und Hochschullehrer aus Schulen und Universitäten zu drängen, sie sind die einzigen, die durch alltägliche Überstunden, durch Organisation kleiner Gruppen, diesen katastrophalen Laden überhaupt noch am Laufen halten.

Wissen die Politiker, die diese Probleme mit der Polizei lösen wollen, daß der Boden, auf dem kriminelles Verhalten wächst, die mißglückte Sozialisation in der Familie und in der Schule ist? Weiß man, daß die Zahl der Kindesmißhandlungen und der Kindestötungen in den Familien durch die eigenen Eltern um ein Vielfaches über den Sittlichkeitsdelikten liegt?

Ein führender Arzt und enger Freund Nixons hat vorgeschlagen, Massenuntersuchungen aller 6- bis 8jährigen Kinder einzuleiten, um festzustellen, ob sie kriminelle Verhaltensanlagen zeigen. Für gestörte Kinder mit verbrecherischem Kern schlägt er den Aufbau von „Behandlungslagern" vor.

Wir wissen heute, daß kriminelles Verhalten ein gesellschaftliches Produkt ist. Würde man nur einen Teil des Geldes, das für die oft aussichtslose Bekämpfung der Folgen, für Gefängnisse, Irrenanstalten, für Polizei und Privatdetektive ausgegeben wird, für die Bekämpfung der Ursachen verwenden, dann könnte man mit langfristigen Wirkungen rechnen. Eine Gesellschaft, die diese Minimalaufgabe nicht zu lösen vermag, hat ihre Berechtigung verloren.

Diese Einschätzung des bestehenden Gewaltpotentials und der Aktionsstrategien der herrschenden Gewalt gegenüber der sozialistischen und kommunistischen Linken darf uns aber nicht den Blick dafür verstellen, unmißverständlich und in aller Öffentlichkeit zu erklären: es gab und gibt mit den unpolitischen Aktionen, für die die Gruppe um Andreas Baader und Ulrike Meinhof die Verantwortung übernommen hat, nicht die geringste Gemeinsamkeit, die die politische Linke der Bundesrepublik zur Solidarität veranlassen könnte. Das gilt im Grunde für alle Fraktionen der Linken, die sich mehr und mehr auf eine langfristige, beharrliche, sehr viel Kleinarbeit erfordernde Politik eingestellt haben.

Wer Politik zu einer individuellen Mutprobe macht, ohne noch die sozialen Ziele und die einzelnen Veränderungsschritte angeben zu können, wird allmählich Opfer der eigenen Illusionen. Er verkennt die Angst, die er verbreitet, als politischen Erfolg.

Wer glaubt, mit exemplarisch gemeinten Aktionen, mit spektakulären Gefangenenbefreiungen, Bankeinbrüchen, Bombenlegen unter hiesigen Verhältnissen eine revolutionäre Situation herstellen oder auch nur die Aktionsbasis erweitern zu können, errichtet eine undurchdringliche Mauer zwischen sich und der gesellschaftlichen Erfahrung.

Verletzte oder getötete Springer-Journalisten tasten nicht den Springer-Konzern an; ein verletzter oder getöteter Polizist mag den Polizeiapparat einen Augenblick verunsichern, aber mit Sicherheit wird er ihn langfristig verstärken. Und eines kommt hinzu: sowenig der Polizeiknüppel das Zentrum der reaktionären Gewalt ist, sowenig hat das geschickte Bombenlegen irgendetwas mit revolutionärer Gewalt zu tun. Die Fanale, die sie mit ihren Bomben setzen wollen, sind in Wirklichkeit Irrlichter.

Gewalt in den USA dpa

Wenn überhaupt von zusammenhängenden Vorstellungen einzelner dieser Gruppe gesprochen werden kann, so handelt es sich um ein Gemisch von Illegalitätsromantik, falscher Einschätzung der gesellschaftlichen Situation als offener Faschismus und illegitimer Übertragung von Stadt-Guerilla-Praktiken auf Verhältnisse, die nur aus einer Verzweiflungssituation heraus mit Lateinamerika verwechselt werden können. In der Tat sind es Verzweiflungsaktionen, die hier zur Diskussion stehen; und die politische Kritik an ihnen besteht darin, daß sie lediglich die Krankheitssymptome dieser Gesellschaft auf einer anderen Ebene widerspiegeln. Die Pathologie dieser Gruppen reicht nicht hin, auch nur die pathologischen Erscheinungsformen des Kapitalismus zu treffen, sondern sie ist deren ganz getreues Spiegelbild. Und weil diese Gruppen den Bedürfnissen des Systems entgegenkommen, alle sozialistische Politik zu kriminalisieren, sollten sie ihren aussichtslosen Kampf einstellen und ihre Niederlage offen eingestehen, um nicht noch andere, vor allem Jüngere, in selbstmörderische Abenteuer hineinzuziehen.

Viele, die die Bitterkeit der erfahrenen Ohnmacht gegenüber der Polizei und den Gerichten nach wie vor spüren und mit Sympathie über zwei Jahre hinweg die vom ohnmächtigen Fahndungsapparat Verfolgten begleiteten, ohne allerdings die Rolle des distanzierten Beobachters eines Politschauspiels aufzugeben, werden in dieser Distanzierung nur Einseitigkeit, Verständnislosigkeit für die Motive und Konzeptionen der Baader-Meinhof-Gruppe sehen. Was immer geschieht: für sie hat jeder, der etwas gegen das System unternimmt, ganz unabhängig von der jeweiligen Beziehung zwischen Zielen und eingesetzten Mitteln, einen verbürgten Anspruch auf Solidarität der gesamten Linken.

Aber die Mechanik der Solidarisierung zerstört jede sozialistische Politik. Sie ist das schlechteste Erbteil der Protestbewegung. Die unter Solidarisierungszwang stehende Masse der Politisierten, der Studenten, Schüler, Jungarbeiter, die sich mühsam von ihren Familien, dem disziplinierenden Druck der Betriebe und der Ausbildungsinstitutionen abgesetzt haben, verlieren allmählich die Fähigkeit, selber Erfahrungen zu machen. Ständig im Zugzwang, den Anschluß an die radikalsten Positionen nicht zu verpassen, gewinnen sie ihre labile, außengeleitete Identität aus der bloßen Identifizierung mit den Erfahrungen anderer. Selbsternannte Avantgarden, ob es sich nun um „Partei"-Gründungen oder um die „Rote Armee Fraktion" handelt, spiegeln ihnen gesellschaftliche und geschichtliche Erfahrungen vor, die der Einzelne, der Schüler in der Schule, Arbeiter und Lehrling im Betrieb, Student in der Hochschule in den eigenen Arbeitszusammenhängen weder nachvollziehen noch auf politische Konsequenzen bringen kann.

Und was bedeutet hier überhaupt Solidarität? Sie beruht stets auf Gegenseitigkeit. Ohne ein Minimum an proletarischer Öffentlichkeit, ohne die Möglichkeit der aktiven Beteiligung an der Diskussion über Strategie und Taktik, über geplante Aktionen, verliert Solidarität ihren materiellen Boden; sie wird zu einer Form erpresserischer Solidarität, die auf Trennungsängsten beruht, und diese schlägt mit Sicherheit auf die Akteure zurück. Durch sie wird jeder, der seine eigene politische Existenzweise einem kurzfristigen Abenteuer nicht zu opfern bereit ist, der keine aktive Hilfe leistet, wenn sie ungebeten und oft auch anonym vor der Türe stehen, mit dem Verratsstigma belastet. Der Versuch, jeden vor vollendete Tatsachen zu stellen, mag nicht in ihrer Absicht liegen; aber eine politische Kritik an der Praxis der Baader-Meinhof-Gruppe, an individuellem Terror, der zur Verschärfung der Klassenkämpfe und zur gewalttätigen Selbstentlarvung des kapitalistischen Systems führen soll, ist auch gar nicht auf der Ebene von guten Absichten und verstehbaren Motivationen möglich. Der Knoten, der mechanisierte

Solidarität, Minderwertigkeitskomplexe gegenüber der angeblich großen, revolutionären Politik der „Roten Armee Fraktion", die die Alltagsarbeit der Basisarbeit auf das Niveau blinder Handwerkelei herabdrückt, und verzerrte Realitätsauffassung miteinander verknüpft, mit der fatalen Wirkung der Vernebelung der Gehirne zahlreicher Einzelner innerhalb der Linken – dieser Knoten kann nur zerhauen, nicht mehr mit behutsamem Verständnis aufgelöst werden.

Die Gleichung von Radikalität und revolutionärer Politik geht nicht auf; wenn Marx sagt, radikal sein bedeutet die Sache an der Wurzel packen, die Wurzel für den Menschen sei aber der Mensch, so kann sich keine sozialistische Politik von der Erfahrungsweise der Menschen, vor allem der arbeitenden Massen, ungestraft ablösen. Eine Gruppe, die diesen Boden verläßt, hat kein objektives Korrektiv mehr für die Überprüfung der politischen Wirksamkeit ihrer Aktionen; sie folgt einer abstrakten Stufenleiter formaler Radikalität; da die Wirkungen sie jedweder Kontrolle entziehen, muß jeder Aktion eine neue, radikalere aufgesetzt werden. Am Ende steht die totale Isolierung, der als Offensivstrategie getarnte Rückzug auf das eigene Überleben, dessen Ausweglosigkeit auch durch das gemeingefährliche Anlegen von Waffenlagern in Hochhäusern und durch das Hin- und Herschleppen von Waffen und Sprengstoff nicht zu verdecken ist. Daß die führenden Köpfe der „RAF" nach den Bombenanschlägen fast mit einem Schlage gefaßt werden konnten, ist weder dem Verrat noch der gewachsenen Organisationsfähigkeit der Polizei zu danken, sondern der Logik ihrer eigenen Strategie. Die Bomben haben die Massen aufgerüttelt, wachsam gemacht – zweifellos. Aber nicht gegenüber dem Klassenfeind und den existierenden Gewaltverhältnissen, sondern gegenüber den unmittelbaren Urhebern ihrer Angst.

Die mit der Baader-Meinhof-Gruppe im Bewußtsein der Linken entstandenen Probleme stellen sich nicht in erster Linie auf einer moralischen Ebene – obwohl ohne politische Moral revolutionäre Politik undenkbar ist. Der noch heute bei manchem, der kaum eigene politische Erfahrungen gemacht hat, wirksame Komplex von Sentimentalität und Sympathie gegenüber dieser Gruppe, wird sich erst dann auflösen, wenn die eklatante Unangemessenheit von Mitteln und Zielen ihrer Strategie und Taktik sichtbar wird. – Niemand verwechselt ungestraft lateinamerikanische Militärdiktaturen, an deren konkreten Verhältnissen die ursprüngliche Konzeption der Stadtguerilla entwickelt wurde, mit halbwegs funktionierenden demokratisch-parlamentarischen Systemen, die sich im Ernstfall immer noch auf eine relativ stabile Massenloyalität stützen können.

Die „Rote Armee Fraktion" hat die Absicht, die erste Stadtguerilla auf deutschem Boden aufzubauen, um die Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes praktisch zu ermitteln. Sie wollte die ihr inkonsequent erscheinende Waffe der Kritik durch die Waffen selber ersetzen; es gibt aus ihren Äußerungen keine Hinweise darauf, daß sie in ihrem zweijährigen Untergrund durch Erfahrung auch zu einer Kritik ihrer Waffe gekommen wäre. Die amerikanischen Weathermen, die mit Bomben und Attentaten operierten, gestanden ihren Kampf mit solchen Mitteln als aussichtslos ein, als bei einer ihrer Bombenexplosionen auch nur ein einziger Unschuldiger zerrissen wurde. Was hatte Marighella gemeint, wenn er in seinem von der „RAF" kopierten Handbuch des Stadtguerillero immer wieder davon spricht, daß die Haupteigenschaften des Revolutionärs Sensitivität gegenüber den Lebensinteressen der einzelnen Individuen des Volkes, Erfahrungsfähigkeit gegenüber veränderten Situationen und Unauffälligkeit des Verhaltens sind? Er wollte damit sagen, daß es ohne diese Eigenschaften für den Stadtguerillero keine Bewegungsfreiheit innerhalb des Volkes gibt, daß er sich keine Informationen verschaffen kann, daß sein Erfahrungshorizont durch die bloße Berührung mit der Polizei zusammenschrumpft. In der Tat: Die „Bullen" wurden schließlich zum einzigen Realitätskontakt für die Baader-Meinhof-Gruppe. Sie nahmen die Gestalt von Untermenschen an. Aus dieser Verzerrung der wirklichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse läßt sich beim besten Willen keine revolutionäre Strategie entwickeln. Es reicht nicht aus, daß das Volk unterdrückt ist, es muß eigene elementare Lebensinteressen vertreten, wenn es kämpfen soll. Unter den objektiven Bedingungen der Bundesrepublik ist die Stadtguerilla das Mittel, mit dem sich kein einziges sozialistisches Ziel erwirken läßt.

Die „Rote Armee Fraktion" hatte die Absicht, illegalen und legalen Kampf miteinander zu verbinden. Marighella sagt: „Der Stadtguerillero muß es verstehen, inmitten des Volkes zu leben, er muß darauf achten, nicht als Fremder zu erscheinen oder sich vom normalen Leben eines Durchschnittsbürgers zu unterscheiden ... Der Stadtguerillero muß von seiner normalen beruflichen Beschäftigung leben." Der Stadtguerillero setzt diese Legalität seiner Arbeit nicht bewußt aufs Spiel, sondern geht in den Untergrund nur, wenn ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt.

Die Baader-Meinhof-Gruppe hat sich vor allem und von vorneherein auf die bereits Kriminalisierten gestützt, auf die, die nicht mehr anders als kriminell leben konnten. Die Illegalisierung, von der jede revolutionäre Aktivität im Spätkapitalismus bedroht ist, hat sich hier unversehens in ein Mittel der Identitätsfindung verwandelt. Psychologisch ist das verständlich, weil diejenigen, die die Aussichtslosigkeit ihres Kampfes im Untergrund zu ahnen beginnen, aller Rückkehrmöglichkeiten ins bürgerliche Leben beraubt sein sollen.

So schließt sie die Furcht, dem Martyrium der Gefängnisse ausgesetzt zu sein, mehr zusammen als die Hoffnung, durch ihre Aktionen ihre Aktionsbasis zu erweitern. Das ist unter hiesigen Bedingungen keine Perspektive des Befreiungskampfes des Arbeiters und der Politisierung seiner eigenen Erfahrungen von Unterdrückung und Ausbeutung; es ist vielmehr das Problem einer entleerten intellektuellen Lebensweise, die nach sinnvollen Inhalten sucht, die aber gerade dadurch nichts findet, da in ihr absolut nichts von dem enthalten ist, was die spezifische Lebens- und Erfahrungsweise des Proletariers ausmacht. Sein materialistischer Instinkt gebietet ihm Vorsicht gegenüber den revolutionären Versprechungen illegalisierter Gruppen, die ihm nur ungedeckte Wechsel auf die Zukunft ausstellen können.

Die „Rote Armee Fraktion" hat die Absicht, die kapitalistischen Widersprüche auf die Spitze zu treiben, um sie dem Volk durchsichtiger und erkennbarer zu machen. Was sie aber bewirkt hat ist das Gegenteil: sie haben sie verschleiert. Der alten Täuschung, daß die revolutionären Chancen um so größer sind, je stärker der staatliche Repressionsapparat ist, sind auch sie zum Opfer gefallen. Denn revolutionäre Situationen stellen sich durch erhöhte Repression nur dann her, wenn gleichzeitig das politische Herrschaftssystem, das staatliche Gewaltmonopol im Zerfall begriffen ist. Erst dann suchen die Massen selbsttätig nach neuen politischen Ausdrucksformen ihrer Lebensinteressen.

Wo dieses politische Herrschaftssystem, wie zur Zeit in der Bundesrepublik, relativ intakt und aktionsfähig ist, bewirkt die voluntaristische Strategie der Verschärfung der Klassenkämpfe nur die Einschnürung der Aktionsmöglichkeiten der gesamten Linken.

Die an diesen drei Komplexen aufgezeigte Verkehrung der Absichten und Motive der „RAF" läßt sich an jedem anderen Punkt der Strategie und Taktik der Baader-Meinhof-Gruppe in gleicher Weise nachweisen. Theorie und Praxis, die in der Stadtguerilla die einzig sinnvolle organisatorische Einheit gewonnen haben soll, weisen bei keiner Gruppe der politischen Linken so sehr auseinander wie bei der „Roten Armee Fraktion". Ihre Absichten und Motive, ihre Deklamationen und Programme schlagen, weil sie bloß formal sind, die konkreten Erfahrungszusammenhänge der Wirklichkeit nicht in sich enthalten, zwangsläufig in ihr Gegenteil um. Das liegt nicht an diesen Absichten und Motiven, sondern an der Realität, auf die sie bei der praktischen Aktion stoßen.

Jeder politisch ernst zu nehmende Sozialist muß heute begreifen, daß es ohne aktive Unterstützung der Arbeiterklasse keine wirkliche Veränderung in diesem Lande gibt; wir müssen uns mit aller Kraft dagegen wehren, uns die fatale Alternative von Bombenlegen und Anpassung aufzwingen zu lassen. Die Arbeiterbewegung, und gerade auch die revolutionäre Lenins und Mao Tse-tungs hat in ihrer Geschichte einen unerbittlichen Kampf gegen den individuellen Terrorismus aus den eigenen Reihen und vor allem gegen jene Gruppen geführt, die sich den Arbeitern als Avantgarden aufzwingen wollten. Lenin hat unermüdlich darauf hingewiesen, daß die Massen ihre Erfahrungen mit den Klasseninstitutionen selber machen müssen; daß sie Selbstbewußtsein und Selbsterziehung nur aus ihren eigenen Kämpfen gewinnen können.

Auch für diese Gesellschaft gilt, daß ein unter Opfern durchgestandener Streik, Arbeitskämpfe auf den verschiedensten Ebenen, politische Demonstrationen immer noch mehr an sozialistischem Bewußtsein und Erfahrungserweiterung der Arbeiter und der Intellektuellen bewirken als tausend Bomben. Die Klassenkämpfe werden durch sie nicht verschärft, sondern zugunsten des Systems verschleiert, weil es an die Ängste der Menschen appellieren kann.

Ein großer Teil der zu diesem Kongreß angemeldeten Teilnehmer kommt aus arbeitenden Gruppen, Basisgruppen der Lehrlinge und der Studenten, der Lehrer und der Gewerkschaftsjugend, aktive Minderheiten zahlreicher Jugendverbände aus der ganzen Bundesrepublik. Diese Gruppen, die in ihren Erfahrungsbereichen der jeweiligen Arbeitsplätze, der Betriebe, der Schulen und Universitäten beharrlich und mit langem Atem sozialistische Politik betreiben, geben nicht viel für Schlagzeilen her; gleichwohl sind sie die Substanz der Linken, jener arbeitende harte Kern, von dem die Erneuerung der sozialistischen Bewegung in diesem Lande ausgehen wird.

Was sie zu diesem Kongreß zusammenführt, ist das Bedürfnis der überregionalen Koordination und die Entschiedenheit, ihre konkrete Arbeit in den Zusammenhang internationaler Solidarität für jene einzubeziehen, die an anderen Orten der Welt und unter anderen Bedingungen einen ähnlichen Kampf führen.

Wir können unsere Solidarität mit Angela Davis, mit allen politischen Gefangenen des Rassenterrors und der Unterdrückung nicht besser demonstrieren als durch die Überwindung unserer eigenen Zersplitterung, durch die Zusammenfassung unserer Kräfte mit dem Ziel, eine sozialistische Gesellschaft herzustellen, in der die Freiheit jedes Einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist.

Pressefreiheit und Gewerkschaftsstrategie

Hans Ulrich Megerle

Am Beispiel der „Kompetenzabgrenzungsverhandlungen“

Journalisten sind lohnabhängige Wortproduzenten – gleichgültig ob beim Fernsehen, Funk oder bei der Presse beschäftigt. Sie sind am kommerziellen Ertrag ihrer Produkte in der Regel nicht beteiligt und müssen sich Richtlinien unterwerfen, die Verleger und Intendanten über ihren Kopf hinweg festlegen; die meisten von ihnen können weder sicher sein, daß ihr Produkt die Leser oder Hörer überhaupt erreicht, noch daß es unverändert erscheint. Pressefreiheit in diesem Land ist also nicht etwa die Freiheit der Bürger, ungehindert über eine Vielzahl offener Informationen zu verfügen; für den „Bund Deutscher Zeitungs-Verleger“ (BDZV) wird vielmehr die „privatrechtliche Struktur des Pressewesens ... vom Grundgesetz vorausgesetzt“. Pressefreiheit ist die Freiheit des Verlegers, zu veröffentlichen, was ihm Profit bringt oder doch jedenfalls den Profit nicht verhindert; für den Intendanten ist Maßstab die ausgleichende Rücksicht auf die mächtigen Interessengruppen der kapitalistischen Gesellschaft – von Industrieverbänden und CDU bis zu den Kirchen und der SPD.

Bedroht ist damit die Freiheit der Bürger, sich ebenso frei über Alternativen zur kapitalistischen Auslegung des Grundgesetzes zu informieren – ganz zu schweigen von dem, was das Westberliner Verwaltungsgericht im März so ausdrückte: „Kritik am Grundgesetz ist zulässig. Sie kann dem Ziel des Grundgesetzes nur förderlich sein.“ Was Journalisten schreiben oder sagen, ist die Hauptquelle für die öffentliche Information; was sie nicht oder einseitig schreiben, manipuliert diese Information. In einem Antrag zum Medienparteitag der SPD 1971 formulierte der Berliner Bezirk Reinickendorf dieser Partei: „Die Profitorientierung der Presse in der BRD läßt sich mit ihrer öffentlichen Aufgabe nicht vereinbaren“. Der Antrag wurde freilich nicht angenommen.

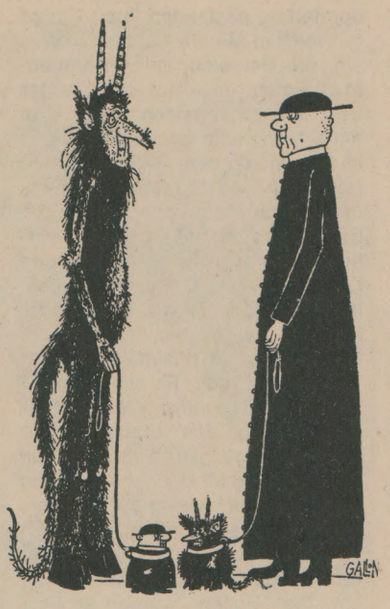
Sozialisten und sozialistische Journalisten arbeiten inzwischen an Konzepten einer Gegenstrategie. Mitbestimmung der lohnabhängigen Wortproduzenten und öffentliche Kontrolle aller Massenmedien, ergänzt durch die Entflechtung von Monopolunternehmen wie Springer, sind Teil dieser Strategie. Unabhängig voneinander entwickelten zunächst viele Journalisten in einer Reihe von Verlagen und Funkhäusern Initiativen für Redaktionsstatute. Es war der erste Lern- und Solidarisierungsprozeß einer Berufsgruppe, der lange Zeit nicht ohne Erfolg eingeredet worden war, ihre Leistungen ließen sich – ähnlich wie bei freischaffenden Künstlern – nur individuell werten und honorieren. So weigern sich noch heute die Zeitschriften-Verleger, Tarifverträge abzuschließen, und viele Journalisten setzen ihr Vertrauen lieber in die Verleger als in die Gewerkschaften – ganz im Gegensatz zu den Lohnabhängigen der Druckindustrie.

Redaktionsstatute sind frei geschlossene Vereinbarungen zwischen Journalisten und Verlegern oder Intendanten: zur Sicherung von Mitbestimmung und zur Kontrolle von Entscheidungen. Aber selbst diese Sicherung ist dürftig, denn im Konfliktfall entscheidet die Macht, und eine freie, an einen einzelnen Betrieb gebundene Initiative von Lohnabhängigen hätte nur bei strikter Solidarität Macht. In der Regel akzeptieren aber Verleger und Intendanten noch nicht einmal den Abschluß von Redaktionsstatuten – jedenfalls dann nicht, wenn damit über bloße Anhörungs- und Mitspracherechte hinaus Mitbestimmung festgelegt werden soll. In einer exemplarischen Fall-Studie hat der im Herbst 1971 entlassene ‚Spiegel'-Redakteur Bodo Zeuner die Mitbestimmungs-Initiative beim ‚Spiegel' analysiert; sein Fazit: „Es hat sich vorläufig als aussichtslos erwiesen, reale Mitbestimmungsrechte für Journalisten über Redaktionsstatute durchzusetzen“ (Bodo Zeuner: „Veto gegen Augstein. Der Kampf in der ‚Spiegel'-Redaktion um Mitbestimmung.“ Hoffmann u. Campe Verlag, Hamburg).

Gleichwohl kann Mitbestimmung über Redaktionsstatute nur ein erster Schritt auf dem Weg sein, die Entmündigung der Wortproduzenten aufzuheben. Sie hat aber auch nichts mit der Verteidigung besonderer Privilegien eines Berufsstandes zu tun – eben weil ihre einzige Funktion die Sicherung der Informationsfreiheit durch Kündigungsschutz und Kontrolle von Personalentscheidungen wäre. Wo Pressefreiheit nur als „eine Klasse der Gewerbefreiheit“ akzeptiert wird, verteidigt man sie, „indem man sie vor der Verteidigung totschlägt“ (Marx). Und wo monopolähnliche Informationen dem Bürger aufreden wollen, das Grundgesetz bloß als Garantie der Fortdauer kapitalistischer Verhältnisse zu nehmen, ist die Demokratie bereits mehr bedroht als durch die „Illegalitätsromantik“ (Negt) und die verzweifelten Aktionen einiger Bombenleger.

Kontrolle der Informationsfreiheit, die durch freie Vereinbarungen schwer bewerkstelligt werden kann, hat selbst das Bundesverfassungsgericht bisher folgenlos gefordert – freilich zu einem Zeitpunkt, als der frühere Innenminister Ernst Benda (CDU) noch nicht sein Präsident war. In einem Urteil heißt es da, der Staat habe die Verpflichtung, „Gefahren abzuwehren, die einem freien Pressewesen aus der Bildung von Meinungsmonopolen erwachsen können“. Der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau (SPD), unrühmlich bekannt durch den von ihm herbeigeführten und rechtlich zweifelhaften Beschluß des Hamburger Senats gegen die Einstellung von Beamten „bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen“ vom November 1971, sorgte auf dem Medienparteitag der SPD sogar dafür, daß keinerlei Forderungen nach wirklicher Mitbestimmung, Entflechtung von Pressemonopolen oder Beschneidung der Richtlinienkompetenz der Verleger zum Zuge kommen konnten. Zugleich wirkte er in seiner Funktion als Aufsichtsrat der SPD-eigenen ‚Hamburger Morgenpost' (der einzigen Zeitung in Hamburg, die nicht dem Springer-Konzern gehört) darauf hin, daß diese Zeitung in ein unpolitisches Boulevard-Blatt umgewandelt wurde, dem 10 politische Redakteure nicht länger angehören wollten. Und SPD-Schatzmeister Alfred Nau kündigte im Dezember 1971 öffentlich an, „spätestens in einem Vierteljahr“ werde es in allen SPD-eigenen Zeitungen Redaktionsstatute, also Mitbestimmung geben. Bis heute hat keine dieser Zeitungen eins.

Kontrolle der Informationsfreiheit und Mitbestimmung in den Massenmedien könnten in der Bundesrepublik allenfalls durch Gesetz eingeführt werden. Wie am Beispiel der SPD-Politik gezeigt (die Jusos um Karsten Voigt und Björn Engholm konnten sich mit ihren Forderungen – beispielsweise einem Anzeigenpool zwecks Abbau der Abhängigkeit der einzelnen Zeitungen und Zeitschriften von Anzeigengebern und ihren Pressionen – nicht durchsetzen), gibt es aber derzeit keine Mehrheiten für ein solches Gesetz. Die Verleger sind sich ihrer Sache so sicher, daß der Justitiar des BDZV, Niemann, mittlerweile offen davon spricht, ein Presserechtrahmengesetz werde es nicht geben, gleichgültig unter welcher Regierung auch immer.



Um aber ganz sicher zu gehen, haben die Zeitungsverleger eine neue Strategie zur Verhütung unerwünschter Demokratisierung entworfen. Sie wollen über so genannte „Kompetenzabgrenzungsverhandlungen“ mit den Journalistenverbänden den Status quo wie in einem Tarifvertrag absichern. Diese Verhandlungen hatten schon Anfang 1970 begonnen, damals mit der Funktion, die überall aufkommenden Diskussionen um redaktionelle Mitbestimmung abzufangen. Ein erster Vertragsentwurf, auf den sich die Gesprächspartner am 17. Juni 1970 geeinigt hatten, wurde von den Mitgliedern der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier verworfen. Im Dezember des gleichen Jahres hatte dann eine Bundeskonferenz der dju einstimmig einen Vertragsentwurf verabschiedet, der vor allem zwei Kernforderungen enthielt:

- Klare Mitbestimmungsrechte der Redakteure bei der Besetzung der Redaktionsleitung;
- selbständige Gestaltung des redaktionellen Teils durch die Journalisten im Rahmen der einmal schriftlich formulierten, grundsätzlichen publizistischen Haltung der Zeitung.

Die Verleger lehnten zunächst Verhandlungen über diesen Entwurf ab und drohten, allein mit dem Deutschen Journalisten Verband (DJV) – einer Standesorganisation, der auch Verleger angehören – und den in der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) organisierten Journalisten zu verhandeln. Aber nach einem Gespräch mit der IG Druck und Papier-Spitze lenkten sie ein.

Die Verhandlungen der neuen Runde verliefen anfangs schleppend, obgleich die Verleger Zugeständnisse kassieren konnten. Besonders der DJV-Unterhändler Crous tat sich dadurch hervor, daß er den Verlegern eine „Richtlinienkompetenz“ zubilligen wollte – also ständigen Einfluß auf die redaktionelle Arbeit. Als die Verleger gegen

Ende des letzten Jahres erkannten, daß selbst die Vertreter der IG Druck und Papier, die beiden Hauptvorstandsmitglieder Herbert Schwiedel und Eugen Stotz, aus Angst vor dem Scheitern der Verhandlungen nicht länger auf den Forderungen der dju beharren mochten, gaben sie jeden Anschein von Kompromißbereitschaft auf. Zugleich damit forcierten sie plötzlich die Verhandlungen und ließen erkennen, daß sie großes Interesse an einem baldigen Abschluß hätten. Eckart Spoo, der Bundesvorsitzende der dju, der noch nicht einmal ständig zu den Verhandlungen eingeladen worden war, hatte gegenüber einer so großen Koalition kaum Chancen.

Das Taktieren der IG Druck-Spitzenfunktionäre hatte aber auch noch andere Konsequenzen. Zwischen Herbst und Frühjahr – in seltsamem Zusammentreffen mit der von Ruhnau ausgelösten Sozialisten-Hatz im öffentlichen Dienst – waren eine Reihe von dju-Mitgliedern von den Verlegern gefeuert worden – in der Regel mit Begründungen, die nur mühsam den politischen Hintergrund verdecken konnten. Die IG Druck beschränkte sich auf Proteste und verhandelte weiter mit den Verlegern. Eine von allen Landesverbänden der dju geforderte bundesweite Protestveranstaltung der Gewerkschaft wurde nach unklaren Zusagen schließlich vom Hauptvorstand verworfen – zugunsten eines medienpolitischen Seminars im kommenden Herbst. Mitte Mai ließ der Gewerkschaftsvorsitzende Leonhard Mahlein die Katze aus dem Sack: Man hatte befürchtet, eine Protestveranstaltung könnte die Verhandlungen mit den Verlegern stören.

Daß die IG Druck-Funktionäre sich mehr an den eher maßvollen Forderungen ihrer Mitglieder als am Verhalten der Verleger stießen, entfachte Unruhe an der Basis. Am 12. April veranstaltete die Hamburger dju ohne Unterstützung der IG Druck eine Protestkundgebung „Pressefreiheit in Gefahr"; vor 1200 Journalisten und Studenten referierten die gekündigten Redakteure Arnfield Astel, Dieter Brumm, Otto Köhler, Cornelie Sonntag, Eckart Spoo, Bodo Zeuner – neben dem Vorstandsmitglied der Jusos Karsten Voigt und dem ‚Bild'-Zeitungs-Analytiker Erich Küchenhoff. Der Forderung des Hamburger IG Druck-Vorstandes, nur Gewerkschaftsmitglieder und Germanistik-Studenten einzuladen und keine Flugblätter vor den Verlagen und Druckereibetrieben zu verteilen, wollte die dju nicht zustimmen.

Kurze Zeit später hielt der neugewählte Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, den Festvortrag bei der Jahrestagung des BDZV. Die Zeitschrift ‚ZV + ZV' des Verleger-Verbandes druckte genußvoll einige Passagen dieser Rede ab, darunter die folgende: „Die Herren Karsten Voigt, Dieter Brumm und Eckart Spoo, die sich nach Mitteilung ihres Verbandes über langfristige Ziele im „Kampf für ein demokratisches Pressewesen" geäußert haben, werden sich kaum durch den Hinweis auf die verfassungsrechtliche Garantie der Pressefreiheit beeindrucken lassen; wer, wie es dort heißt ... Enteignung und Sozialisierung will, mag solche Forderungen mit Vokabeln umkleiden, die auch dem Sprachgebrauch der Verfassung hier und da entsprechen, wenn auch dort einen ganz anderen Inhalt haben, aber mindestens sein Verfassungsverständnis deckt sich nicht mehr mit dem Willen des Grundgesetzes."

Der höchste Richter der Bundesrepublik war sich nicht zu schade, gestützt auf ein ungeprüft übernommenes Zitat (das sich später als falsch herausstellte) drei Sprecher der Kundgebung namentlich anzugreifen: um den kapitalistisch organisierten Informationsfluß nicht gefährden zu lassen. Und Conrad Ahlers, Pressesprecher der Bundesregierung und neu eingetretenes dju-Mitglied, zog die Solidarität mit der Springer-Presse gar der mit seinen Kollegen vor, die er schlicht „eine Gruppe unzufriedener und frustrierter Journalisten" nannte.

Der Strategie, Kapitalismus-Kritik immer unverhohlener als verfassungsfeindlich zu denunzieren und die Verfassung selbst zur Garantie privatwirtschaftlicher Verhältnisse umzufälschen, haben die Funktionäre der IG Druck nichts entgegenzusetzen. Initiativen der Basis sehen sie vorwiegend als Verstöße gegen die Gewerkschaftsdisziplin. Und als Leonhard Mahlein im Februar sein Verbandsblatt zu einer Breitseite gegen die „sogenannten ‚neuen Linken' benutzte, bestand die „notwendige Auseinandersetzung" aus einer Mischung von Beschimpfungen wie „ideologische Spinner", „anarchistisch-linksfaschistische Sektierer", „demagogische Rattenfänger", die mit „dreckigen Pfoten" ihre „Schmierblättchen" schreiben und der Behauptung, „daß die meisten Gruppen der sogenannten ‚neuen Linken' ... es darauf abstellen, einen wesentlichen Teil der Arbeiterklasse, nämlich der Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zu zerstören". Die DKP nahm er von diesem Verdikt aus.

Inzwischen sind die Verhandlungen mit den Verlegern denn auch wieder dort angelangt, wo sie bereits 1970 von dju und DJV durch ihre Ablehnung des Vertragsentwurfs zum Scheitern gebracht worden waren. Von Mitbestimmung ist ebensowenig die Rede wie von einer Ablehnung der Verlegereingriffe in die redaktionelle Arbeit über eine sogenannte Richtlinienkompetenz. Die IG Druck hat die Forderungen ihrer dju-Mitglieder beiseite gelegt, um mit den Verlegern zusammen zu kodifizieren, „was die in ihrem eigenen Kreis durchsetzen können" (Stotz). Die dju kann an solchen Entscheidungen, die sie selbst betreffen, nicht teilnehmen, denn sie hat nach der Satzung der IG Druck und Papier im Hauptvorstand weder Sitz noch Stimme.

An der Basis aber hat ein Solidarisierungsprozeß eingesetzt. Mitte Mai in München und Anfang Juni in Hamburg verabschiedeten IG Druck- und dju-Mitglieder gemeinsam eine Resolution, in der sie die Verhandlungskommission der Gewerkschaft auffordern, „keinesfalls auf die von der dju-Bundeskonferenz 1970 erhobenen Forderungen zu verzichten", sondern vielmehr gemäß einem verbindlichen Beschluß des letzten Gewerkschaftstags, des höchsten Gremiums der IG Druck, „gemeinsam mit der dju den publizistischen Alleinherrschaftsanspruch der Verleger zurückzudrängen". In Hamburg versuchte der örtliche IG Druck-Vorstand vergeblich, die Annahme dieser Resolution zu verhindern.

Kritiker, die der Ochsentour solchen innergewerkschaftlichen Kampfes nicht viele Chancen geben, richten ihre Hoffnung inzwischen auf eine neue Mediengewerkschaft, die Journalisten und Künstler, Schriftsteller und Schauspieler umfassen könnte. Eine solche Gewerkschaft aller Kulturproduzenten, die auch der DGB auf lange Sicht anvisiert, und für die die nordrhein-westfälische dju bereits Unterschriften sammelt, würde als eine Art Intellektuellengewerkschaft freilich den Vorteil einbüßen, auch Drucker und Setzer zu ihren Mitgliedern zu zählen. Und ob ein Streik von Intellektuellen in diesem Land jemals Erfolg haben könnte, bleibt zweifelhaft. ■

Türkische Pressefreiheit

In Istanbul sind 29 Personen, darunter elf junge Frauen, unter der Beschuldigung verhaftet worden, die Istanbuler Ausgabe der illegalen marxistischen Zeitung „Safak" (Morgendämmerung) herausgegeben zu haben. Die Zeitung erschien seit dem 12. März 1971, als die Armee eingriff und die Unterdrückung der Linken einsetzte, in unregelmäßigen Abständen. „Safak" wurde anstelle einer Reihe von linken Zeitschriften herausgebracht, die alle verboten worden waren. Die 29 Verhafteten werden als „militante Hochverräter" bezeichnet. „Safak" sei auch im Ausland gedruckt und unter den 500 000 emigrierten türkischen Arbeitern in Europa verteilt worden. — In Ankara wurde der Chefredakteur der „extrem-linken" Zeitschrift „Oncu-Isci" (Der Arbeiter-Pionier) wegen „kommunistischer Propaganda" zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach amtlichen Angaben sind in der Türkei gegenwärtig 2050 Personen aus politischen Gründen in Haft. Der Weltgewerkschaftsbund gibt dagegen die Zahl von rund 10 000 politisch Inhaftierten an.

Kleinanzeigen

Schulungszentrum

Wir machen aus einem Bauerngehöft ein Ferien- und Schulungszentrum für Arbeiterferien, Schulungslager von sozialistischen Gruppen, Kinderlagern und individuellen Ferien. Zum Umbau führen Zürcher Genossen von Juli bis September Arbeits- und Ferienwochen durch. Wer mithelfen will, erhält Informationen durch Theo Pinkus, CH-8801 Zürich, Froschaugasse 7.

Antimilitaristisches

Neu: Antimilitaristisches Straßentheater Köln der Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden, 5 Köln 60, Josefkirchplatz 13; Bezugspreis incl. Porto DM 1,50.

Jusos in der SPD

Die Rolle der Jusos innerhalb der SPD, 86 Seiten. Inhalt u. a.: Der Zustand der SPD; Die Rolle der Jusos von 1913 bis 1972; 1972 — Anpassung der Jusos oder Spaltung? Bezug: Gerhard Eutebach, 524 Betzdorf, Am Scheuerberg 13. DM 3,—, ab 10 Stück Rabatt.

Bibliographie

Soeben erschienen: Register-Ausgabe der Bibliographischen Informationen. Bezug über Limat Buchhandlung, CH-8801 Zürich, Froschaugasse 7; zwei internationale Antwortscheine beilegen.

Vorschulerziehung

Unsere sozialistische Gruppe Proletarische Vorschulerziehung sucht zum Herbst 72 für Kindergartenarbeit im institutionellen Rahmen vier Kindergärtnerinnen und eine Sozialpädagogin oder Jugendleiterin. Telefon 0611/625525.

Projekt Hauptschüler

Suchen dringend Kontakte, Hinweise und Erfahrungsaustausch mit Genossen, die sich theoretisch-praktisch mit Berufsvorbereitung von Hauptschülern (Arbeitslehre u. ä.) beschäftigen, die auf eine Mitarbeit in Lehrlingsgruppen abzielt. Projektgruppe Hauptschüler c/o K. Lappe. 34 Göttingen, Brauweg 3.

Sozialarbeiter

Für unsere Arbeit in Wohnkollektiven mit Fürsorgezöglingen, ehemaligen Strafgefangenen u. a. suchen wir Sozialarbeiter. Adresse: Verein Kritische Jugendhilfe e.V., 65 Mainz, Trajanstr. 21.

Jugendkongreß

Interessenten für das dritte internationale Sommerlager, verbunden mit einem Kongreß gegen Repression und Faschismus, vom 6. bis 13. August 1972 in Belgien erhalten Informationen: Gruppe Hydra, CH-4053 Basel, Gundeldingerstraße 462, Telefon 004161/358347

Der Popanz Zionismus

Ein Diskussionsbeitrag

Alfred Moos

Ich sehe keine Notwendigkeit, zu der in „links“ Nrn. 30–32 veröffentlichten Aufsatzreihe „Klassencharakter der israelischen Gesellschaft“ von Hanegbi, Machover und Orr eine grundsätzliche Gegendarstellung zu schreiben, denn die gegenwärtigen Verhältnisse in Israel, wie z. B. die Herrschaft der Histadrut-Bürokratie oder die wechselseitige Abhängigkeit des Staates Israel und des amerikanischen Imperialismus sind richtig dargestellt. Dagegen erscheint mir die geschichtliche Einordnung eben dieser Gegenwart unbefriedigend. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß eine vorgefaßte Ideologie bestimmte Schlußfolgerungen voraussetzt, anstatt daß alle vorhandenen geschichtlichen Daten vorurteilsfrei erfaßt werden, um dadurch die Gegenwart begreiflicher zu machen. Daß als Folge dieser Voreingenommenheit dann auch die Folgerungen, die für die politische Praxis gezogen werden, nicht sehr überzeugend wirken, überrascht nicht mehr. Ich werde deshalb nur zu einigen mir wichtig erscheinenden Punkten Stellung nehmen.

Es genügt z. B. nicht, Lesern in Europa zwar ausführlich auseinanderzusetzen, daß die Bevölkerung Israels aus Einwanderern bzw. Nachkommen von Einwanderern besteht, ohne darauf hinzuweisen, daß schon die Einwanderer aus Rußland und Polen, und erst recht diejenigen aus Mitteleuropa und in jüngster Zeit aus den arabischen Ländern allzu häufig vor der physischen Vernichtung, zumindest aber vor antisemitischer Erniedrigung und Existenznot geflohen sind – die zionistische Ideologie spielte in den meisten Fällen keine oder höchstens eine sekundäre Rolle – und daß die meisten von ihnen keine andere Möglichkeit sahen als die Emigration nach Palästina/Israel. Unter diesen auch ihnen genauestens bekannten Umständen nur von einem „zionistischen Unternehmen“ zu sprechen, wie es Hanegbi und Gen. tun, ist zumindest irreführend. Man muß ferner darauf hinweisen, daß gerade die jiddisch sprechende jüdische Bevölkerung Osteuropas – im Gegensatz zu den meist assimilierten Juden Westeuropas – nie die religiös-geistige Verbindung zum „Lande Israel“ verloren hatte und daß es deshalb für diese Menschen unter bestimmten Bedingungen – antisemitische Verfolgung, keine Möglichkeit der Auswanderung nach anderen Ländern – keines Druckes oder zionistischer Propaganda bedurfte, um sich zur Auswanderung nach Palästina zu entschließen. Es genügt auch nicht, festzustellen, daß es sich um eine Gesellschaft von Siedlern handelte, ohne zu erklären, daß eine Einwanderung ohne landwirtschaftliche Siedlung im unentwickelten Palästina undenkbar gewesen wäre, ganz abgesehen davon, daß es die klare Absicht der Einwanderer war, die Jahrhunderte alte einseitige und ungesunde Berufsschichtung der europäischen Juden – deren Gründe hier nicht besprochen werden können – radikal aufzuheben. Daß es ein von Arabern bewohntes Land war, in das sie emigrierten, war von allem Anfang an die zweifellos häufig nicht erkannte oder verdrängte Tragik der jüdischen Einwanderung nach Palästina, aber wer darf von einer Volksgruppe – wer immer sie ist und wann immer dies war – die Bereitschaft zum kollektiven Selbstmord verlangen, solange die Möglichkeit zur Auswanderung besteht, selbst wenn das Zielland schon von anderen Menschen bewohnt ist? Dies muß vor allem dann gelten, wenn dieses Land verhältnismäßig dünn besiedelt ist (1933 ung. 900 000 Araber in ganz Palästina) und nur eine sehr extensive Landwirtschaft betrieben wird. Sobald man aber diese hier nur kurz skizzierte Ausgangssituation einmal erkannt hat, erklärt sich manches andere, so abstoßend dies auf uns Europäer zunächst wirken mag. So war z. B. die „Eroberung der Arbeit“ d. h. der gegenüber jüdischen Pflanzern ausgeübte Druck, jüdische Arbeiter zu einem höheren Lohn zu beschäftigen, notwendig, um diese Arbeiter vor dem Verhungern zu bewahren, da es jüdischen Arbeitern einfach nicht möglich war, bei gleichem Lohn, wie er den arabischen Arbeitern bezahlt wurde, das nackte Existenzminimum zu erreichen. Die Folge davon war wiederum, daß der Absatz der mit höheren Kosten belasteten jüdischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse propagiert werden mußte. Ich will nun keineswegs behaupten, daß nicht ein auch für die Araber günstigerer Modus zur Lösung dieser Frage hätte gefunden werden können. Man hätte z. B. nur die tatsächlichen Verhältnisse – die arabischen Bauern verkauften unbehindert ihre Erzeugnisse zu billigeren Preisen auch in jüdischen Städten – irgendwie institutionalisieren müssen und manches Porzellan wäre nicht zerbrochen worden.

Wenn aber Hanegbi und Gen. glauben, lapidar von einem „ständigen Konflikt zwischen der Siedlergesellschaft und den einheimischen, heimatlos gewordenen palästinensischen Arabern“ sprechen zu müssen, so möchte ich einmal fragen, wie viele arabische Bauern in den Mandatsjahren 1920 – 1947/48, bevor sich die Araber gewaltsam gegen den Teilungsbeschluß der UN zur Wehr setzten, nun tatsächlich trotz der Mandatsgesetzgebung zum Schutze der arabischen Bauern ihr Land verloren haben und keiner landwirtschaftlichen Beschäftigung mehr nachgehen konnten, und wie viele Araber in dieser Zeit aus den Nachbarländern nach Palästina eingewandert sind. Es muß sehr auffallen, wenn in einer so ausführlichen Darstellung israelische Marxisten weder die Klassenschichtung der arabischen Bevölkerung von 1947/48 erwähnen noch die Ausbeutung der arabischen Fellachen durch die arabischen Großgrundbesitzer. Es ist doch fast schon eine Verfälschung der geschichtlichen Tatsachen, zu verschweigen, daß der jüdisch-arabische Konflikt in erster Linie eine Folge der völlig verschiedenen Entwicklungsstufen der beiden Bevölkerungsgruppen war und daß es nicht die armen Fellachen, sondern die Großgrundbesitzer waren (z. B. die hitlerfreundliche Familie Husseini), die aus sehr klassenbewußten Gründen die jüdische Einwanderung und die dadurch befürchtete „Ansteckung“ ihrer Fellachen mit aus Europa importierten sozialen Ideen ablehnten. Hier war das Zentrum des mit religiösen Vorurteilen genährten Kampfes gegen die jüdische Einwanderung. Für einen eigentlichen arabischen Nationalismus mußte erst eine zahlenmäßig stärkere bürgerliche Klasse entstehen. Natürlich war die Besiedlung Palästinas durch die Juden im 20. Jahrhundert, wenn man so will, ein Anachronismus, der nur aus den Bedingungen verstanden werden kann, unter denen die Juden in ihren „Heimat“ländern zu leben gezwungen waren, aber der Antisemitismus in diesen Ländern, der die Juden zur Auswanderung zwang, war nicht weniger anachronistisch, denn er versuchte, die Klassengegensätze dieser Länder auf dem Rücken der jüdischen Minderheit auszutragen.

Das wechselseitige Verhältnis zwischen Israel und dem amerikanischen Imperialismus ist zwar richtig dargestellt, aber einige entscheidende Feststellungen fehlen auch hier. Es war nämlich nicht so, als ob diese Rolle von Anfang an selbstverständlich gewesen wäre. Zunächst waren es die Staaten Osteuropas, die Israel 1947/48 geholfen haben. Die UdSSR war der erste Staat, der Israel anerkannte, und die CSSR lieferte die ersten Waffen und vermittelte die erste Post aus Europa an den von allen Verbindungen abgeschnittenen Staat Israel. Es scheint, als ob Israel zunächst eine neutrale Politik betreiben wollte; erst als sich sehr schnell herausstellte, daß es ohne die amerikanische Hilfe nicht lebensfähig war, glitt Israel in die Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus (was freilich von der Bourgeoisie keineswegs bedauert wurde) und die UdSSR wandte sich den Arabern zu. Die aus dieser Situation entstandene militärische Konfrontation zwingt aber die Israelis leider, für die nächste Zukunft militärischen Überlegungen noch einen hohen Rang einzuräumen. Es ist schiere Donquichotterie, wenn israelische Juden wie Hanegbi und Gen. davon sprechen, daß nach einer militärischen Niederlage Israels – z. B. nach einem gescheiterten Versuch, eine revolutionäre Erhebung in den arabischen Ländern niederzuwerfen – „dies das Ende von Israels politisch-militärischer Rolle gegenüber der arabischen Welt wäre“, und weiter: „wären diese Rolle und die damit verbundenen Privilegien ausgespielt, dann wäre das zionistische Regime ... zugänglich für eine Herausforderung der Massen, die aus Israel selbst kommt“. Wenn in nächster Zeit eine solche Situation entstünde – sie ist freilich völlig undenkbar, weil bei den Arabern alles andere als eine Perspektive für einen „revolutionären Durchbruch“ besteht – dann wäre dies nicht nur das Ende des gegenwärtigen Systems in Israel, sondern das physische Ende für einen großen Teil der Bevölkerung und der Zwang zur Auswanderung für den überlebenden Rest.

Man müßte an dieser Stelle eine Diskussion darüber initiieren, was eigentlich der Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts war und was er heute ist. Dazu fehlt der Raum. Nur soviel sei gesagt: Lenin und die Bolschewiki bekämpften ihn in erster Linie deshalb, weil sie befürchteten, daß die nationale Absonderung des jüdischen Proletariats die Kampfkraft des gesamtrussischen Proletariats schwächen würde und sie der Ansicht waren, daß zur Absonderung und Auswanderung keinerlei Gründe bestänen. Leider haben sie sich darin gründlich geirrt, wie die spätere Entwicklung bis zum heutigen Tag beweist. Der arabische Nationalismus wiederum sieht in Israel ein Gebilde, das er nicht anerkennt und das ihrer Ansicht nach verschwinden muß, wobei die meisten arabischen Führer wenig Gedanken darauf verschwenden, was dann aus der jüdischen Bevölkerung werden soll. Hier wäre zu untersuchen, wer heute „die Araber“ sind. Dazu fehlt ebenfalls der Raum. Wer wissen will, wie die

wirkliche arabische Linke die Situation in den verschiedenen arabischen Ländern beurteilt, dem sei die Sammlung verschiedener Aufsätze, herausgegeben von Bassam Tibi „Die arabische Linke" Europ. Verlagsanstalt Frankfurt 1969 empfohlen. Aus diesen beiden Quellen – sowjetische und arabisch-nationalistische – wird der Kampf gegen den Zionismus heute gespeist, gelegentlich garniert mit Brocken aus der nationalsozialistischen Küche. Ich kann mich schon seit einiger Zeit des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade Teile der unabhängigen Linken in Europa und anderswo einem ungeheueren Schwindel zum Opfer gefallen sind, indem sie einen Popanz, genannt Zionismus, aufbauten, auf dem man sich so prächtig einschießen konnte, anstatt unvoreingenommen die vielfachen Probleme des Staates Israel und seiner Bevölkerung zu analysieren, wobei die Beziehungen Israels zum Judentum außerhalb seiner Grenzen (Hauptanliegen des Zionismus) nur ein Problem unter vielen ist. Gelegentlich hat man fast den Eindruck, als ob die Zionisten für manche Linke neu kostümierte „Weise von Zion" wären, ähnlich wie für manche Farbige in den USA, die keine Ahnung von Trotzki haben, „the Trots" die Inkarnation alles Bösen sind. Links stehen und rational denken ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Junge Israelis, die zum Kampf gegen den Zionismus aufrufen, sollten aber auch nicht vergessen, daß ihre Eltern oder Großeltern in den weitaus meisten Fällen Verfolgte waren, für die Palästina/Israel die einzige Zufluchtsstätte war, und daß sie heute kaum das Recht hätten, die Grenzen Israels zu sperren, wenn irgendwann in der Zukunft Juden gezwungen sein sollten, sich vor antisemitischer Verfolgung nach Israel zu retten. Der alte jüdische Selbsthaß treibt manchmal seltsame neue Blüten.

Die sich sozialistisch nennenden arabischen Bewegungen werden lernen müssen, daß sie Reformen und Revolutionen bei sich zuhause machen müssen, ohne sich dabei immer Israels zu bedienen (es ist mir bekannt, daß eine Minderheit diesen Schluß schon gezogen hat), denn die Überbetonung der nationalistisch-antizionistischen Komponente verhinderte bisher weitgehend eine Bewußtseinsentwicklung der Massen. Richtig ist, daß die Existenz Israels und seine Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus eine arabische Revolution vor den Toren Israels derzeit verhindert – daher die blutige Niederlage der Palästinenser in Jordanien. Es wird eine von der arabischen Linken zu lösende taktische Frage sein, wo zunächst der Hebel anzusetzen ist.

Wenn man alles durch die ideologische Brille des Antizionismus sieht, glaubt man allen Ernstes, es sei etwas spezifisch israelisch-zionistisches, wenn jüdische Arbeiter als Folge des ins Land fließenden Kapitalstroms einen Lebensstandard geboten bekommen, der in keinem Verhältnis zu dem Ertrag der israelischen Gesellschaft steht, und wenn sie als Folge davon die Fähigkeit verlieren, ihre gesellschaftspolitischen Interessen zu vertreten. Dies gilt aber in ähnlicher Weise für jedes Industrieland: durch die Ausbeutung der unterentwickelten Länder – früher Kolonialländer – und den für die Arbeiter abgezweigten Beuteanteil wurde schon am Ende des 19. Jahrhunderts die englische Arbeiterklasse trade-unionistisch und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Mehrheit der deutschen Arbeiter reformistisch. Der Unterschied besteht nur darin, daß die israelischen Arbeiter ihren Anteil auf dem Umweg über Amerika erhalten. Hanegbi und Gen. haben mit ihrer Behauptung recht, daß die sozioökonomische Struktur Israels ihre Besonderheiten aufweist und daß es diese zu untersuchen gilt. Es erscheint mir aber falsch, überall den Stempel des Zionismus zu vermuten. Auch die Probleme der herrschenden Schicht Israels sind die Probleme Israels und nicht in erster Linie die der zionistischen Weltbewegung. Die Linke sollte sich davor hüten, dem komplizierten Tatbestand Israels ohne genügende Reflexion das Wortetikett „Zionismus" aufzukleben, weil der materielle Gehalt des Begriffs „Zionismus" einer ständigen Wandlung unterliegt und durch eine solche Etikettierung die Transparenz der israelischen Realität unnötig gemindert wird. Am Schluß ihrer Artikelserie sprechen die Verfasser davon, „daß die innere Einheit (der israelischen Gesellschaft) durch Konflikt mit einem äußeren Feind aufrechterhalten wird". Vorausgegangen ist eine ausführliche Darstellung des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von Israel und dem Imperialismus.

Diese Abhängigkeit aber würde – bei sonst gleichbleibenden Bedingungen! – zunächst auch bei einem Systemwechsel in Israel weiterbestehen. Mit anderen Worten: es ist völlig zwecklos, in Israel „gegen den Zionismus" zu kämpfen, wie immer man sich dies vorstellen will, solange die arabischen Länder von der UdSSR abhängig sind, vorausgesetzt, man will Leben und Existenz der jüdischen Bevölkerung in Israel nicht gefährden. Als Marxist sollte man wissen, daß ein solcher „Kampf" auch sinnlos wäre: die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und gerade der Arbeiter, die keine Möglichkeit haben, nach dem Ausland zu entkommen, würden sich mit Recht gegen ein Hasardspiel irgendwelcher Art wehren. Sinnvoll ist nur eine Politik, die sich das Ziel setzt, die Abhängigkeit beider Kontrahenten im Nahen Osten von ihren Oberherren allmählich zu mindern und schließlich ganz zu beseitigen. Dieser Kampf ist langwierig, schwierig und nicht frei von Rückschlägen. Er muß auf verschiedenen Ebenen geführt werden. Linke Kräfte in Israel müssen immer wieder versuchen, mit linken Kräften bei den Arabern ins Gespräch zu kommen, um beiderseitige Mißverständnisse aufzuklären und auf lange Sicht beiderseits annehmbare Wege zu finden. Gleichzeitig aber kann Israel nicht verwehrt werden, was sowohl die UdSSR wie die VR China so ausgiebig praktizieren: mit Staaten, die politisch und gesellschaftlich anders organisiert sind, ins Gespräch zu kommen. Um dies zu erreichen, ist ein ständiger Druck der progressiven Bevölkerungsteile auf die eigene Regierung und der Kampf gegen eine nationalistische und chauvinistische Politik im eigenen Land notwendig. Erfolg wird die israelische Linke dabei nur in dem Maße haben, wie er auch im arabischen Lager erkämpft wird, und nur parallel zu dieser Entwicklung läßt sich die Abhängigkeit von den Großmächten mindern, genauso – da bin ich mit Hanegbi und Gen. völlig einig – wie eine Differenzierung der israelischen Gesellschaft erst erfolgen wird, wenn der äußere Druck nachgelassen hat.

dpa

Zum Schluß möchte ich empfehlen, das Interview nachzulesen, das Jean-Paul Sartre, für den der Zionismus bereits „passé" ist, im Jahre 1969 Arturo Schwartz gegeben hat („discussion" 1969, Nr. 27) und aus dem ich nur einige Worte zitieren möchte: „Um Frieden zu erreichen ... müßten, zusätzlich zur Anerkennung der Souveränität Israels, von beiden Seiten Schritte unternommen werden, um die Eingliederung der israelischen Wirtschaft in den Mittleren Osten zu erreichen. So würde eine Mittelost-Wirtschaft entstehen, statt einer, die zentrifugal ihre Hilfsquellen in fremden Ländern findet, ebenfalls einer der Gründe für die arabische Feindseligkeit. Wir hätten uns eine Wirtschaft vorzustellen, deren technisches Kapital, auf alle Fälle für eine gewisse Zeit, von israelischen Ingenieuren kommen würde, die versuchen würden, diese Elemente in den benachbarten Ländern zu fördern. Doch wir sind dabei, uns eine Änderung auszumalen. Dennoch kann nur auf dieser Basis ein stabiler Friede erreicht werden und können zur gleichen Zeit die wirklichen Tiefen dessen, was wir Klassenkampf nennen, aufgedeckt werden."

Endgültig gelöst werden kann die „Palästinafrage" erst nach einer entsprechenden sozio-ökonomischen Entwicklung der arabischen Länder, denn erst dann wird der Anachronismus der jüdischen Besiedlung Palästinas aufgehoben sein. Gerade wenn aber die nationalistischen Kräfte Israels inzwischen große, von Arabern bewohnte Gebiete annektiert haben sollten, schaufeln sie ihr eigenes Grab: letztlich ergäbe dies einen neuen bi-nationalen Staat aus Juden und Arabern, ein neues Palästina. Daß Israel eine Art Rhodesien oder Südafrika wird, ist nicht anzunehmen. Von den linken Kräften in Israel muß dies aber unter allen Umständen verhindert werden!

(Nachbemerkung: Der obige Artikel wurde vor den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten – dem Massaker auf dem Flugplatz Lod und dem Zusammenschluß aller palästinensischen Organisationen unter Führung von Arafat – geschrieben. Sie sind nicht dazu angetan, die Meinung des Verfassers über das, was sich z. Z. auf arabischer Seite links, progressiv oder sozialistisch nennt, zu ändern.)

Brasilien und die Revolution in Lateinamerika

„links"-Interview mit Apolonio de Carvalho

Apolonio de Carvalho war einer der gefangenen brasilianischen Revolutionäre, die 1970 im Austausch gegen den gefangenen westdeutschen Botschafter Ehrenfried von Holleben von der Militärregierung freigelassen werden mußten. Als Leutnant der Armee war er 1935 an einem fehlgeschlagenen Aufstand beteiligt. Nach seiner Entlassung aus der Haft schickte ihn die kommunistische Partei Brasiliens (PCB) nach Spanien, wo er als Hauptmann der Internationalen Brigaden für die Republik kämpfte. Nach dem Sieg der Faschisten mußte er nach Frankreich fliehen. Dort beteiligte er sich an dem bewaffneten Widerstand gegen die Invasion der Nazis. Als Oberstleutnant wurde er nach der Befreiung mit dem Kriegskreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Heute verweigert ihm die französische Regierung die Einreise in das Land, an dessen Befreiung von der deutschen Besatzung er maßgeblich beteiligt gewesen war.

In Brasilien gehörte er dann zu den Führern der PCB, deren Strategie des friedlichen Weges zum Sozialismus und der Kollaboration mit der Bourgeoisie 1964 eine endgültige Niederlage erlitten hat. Nach dem Putsch begannen Apolonio de Carvalho, Carlos Marighella und Mario Alves einen heftigen Fraktionskampf gegen den fatalen Kurs der Partei. 1967 kam es zum Bruch, und die Führer der revolutionären Linken gründeten neue, unabhängige Organisationen, Apolonio de Carvalho und Mario Alves die Revolutionäre Kommunistische Partei Brasiliens, PCBR.

Am 13. Januar 1970 wurden beide von der Militärpolizei in Rio de Janeiro verhaftet und 36 Stunden lang ununterbrochen barbarisch gefoltert. Trotzdem verriet keiner von beiden irgendeine Information über die revolutionären Organisationen. Mario Alves starb unter der Folter, Apolonio de Carvalho konnte überleben.

Seit seiner Befreiung lebt er im Exil in Algerien. Dort führte Clarissa Seebach für „links" das folgende Interview.

links: War der Militärputsch von 1964 nur einer von vielen, die in Lateinamerika auf der Tagesordnung stehen? Oder hat er eine grundsätzlich neue Entwicklung eingeleitet?

Apolonio de Carvalho: Die Ereignisse vom April 1964 waren die Krönung einer ganzen Serie von Staatsstreichen, die eine lange Epoche ständiger politischer Krisen in unserem Land kennzeichneten. Gleichzeitig unterschied sich dieser Putsch von allen vorausgegangenen, weil er eine neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung charakterisierte. Vor allem war er der Endpunkt eines langen Transformationsprozesses, des Übergangs vom Liberalismus zur Militarisierung.

Der militaristische Staat ist jetzt die neue Form der Diktatur der Bourgeoisie in unserem Land. Die fehlenden Lösungen für die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme Brasilien, die aus dieser Lage hervorgegangenen Kämpfe der arbeitenden Massen in den Jahren 1961 bis 1963 und vor allem die schon sehr weit fortgeschrittene Eingliederung unserer Wirtschaft in das kapitalistische Weltsystem erforderten zu dieser Zeit eine höhere Konzentration des Kapitals, verschärfte ökonomische Ausbeutung und besonders eine Verstärkung der Unterdrückungsmöglichkeiten gegenüber der Massenbewegung. Die Zentralisierung der politischen Macht war die logische Konsequenz der Zentralisierung der wirtschaftlichen Macht, die ökonomische Monopolisierung mußte eine entsprechende Form der politischen Monopolisierung finden.

Vor dem Putsch beherrschte der Imperialismus bereits die Wirtschaft des Landes, aber die Monopolbourgeoisie besaß noch nicht die Kontrolle über den Staat. Die politische Macht war unter den verschiedenen Sektoren der Bourgeoisie und der ländlichen Großgrundbesitzer, der Latifundisten, aufgeteilt. Der Kongreß war beispielsweise eine Domäne der Latifundisten. Auch die Regierungen einzelner Bundesstaaten – vor allem im Nordosten und im mittleren Westen – repräsentierten eher die großen Landbesitzer. Auf der anderen Seite war in den Regionalverwaltungen und im Parlament auch der Einfluß der populistischen Kräfte, also der kleinbürgerlichen Reformer, zu spüren. Insgesamt war die Struktur der Staatsmacht auf eine bizarre Art weitgehend dezentralisiert.

Bei dem Staatsstreich stützten sich die Monopolbourgeoisie und der Imperialismus auf die Armee, die bereits über eine zentralisierte Struktur verfügte. Ohne große Schwierigkeiten konnten die Monopole das streng hierarchisch gegliederte Offizierskorps unter ihren Einfluß bringen.

Die Errichtung der Diktatur war nur der erste Schritt des Übergangs zur Militarisierung. Zunächst konnten noch einige demokratische Freiheiten weiterbestehen. Das zeigten die Streiks der Metallarbeiter 1968 und vor allem die massive Ausdehnung der Studentenbewegung 1967 und 1968. Diese Massenbewegungen besaßen keine klar definierte revolutionäre Strategie, sie waren eher ein Zeichen für den Versuch der Bevölkerung, friedlichen Druck auf die Regierung auszuüben. Aber Ende 1968 hatten sie ein solches Ausmaß erreicht, daß die Diktatur zu der Überzeugung gelangte, daß sie die Zentralisierung noch weiter vorantreiben müßte.

Die wesentliche Gefahr für ihre Herrschaft sahen die Machthaber in der Bewegung der Arbeiterklasse und der armen Bauern. Ihr wesentliches Ziel war daher die gründliche Unterdrückung der Massenbewegungen. Mit dem Verfassungszusatz Nummer fünf bereiteten die Militärs auch dem letzten Rest an demokratischen Freiheiten ein Ende. Anschließend säuberten sie den gesamten Staatsapparat, um auch hier die letzten Vertreter verfassungstreuer Positionen auszuschalten.

Darin liegt der Unterschied zwischen dem Staatsstreich von 1964 und den Putschs und Militärinterventionen von 1945, 1954, 1955 und 1961. Er war die Vollendung eines langjährigen Prozesses und der endgültige Übergang vom Liberalismus zur Militarisierung.

links: Auf welche soziale Basis kann sich die Militärdiktatur bei ihrer Machtausübung stützen?

Apolonio de Carvalho: Die Diktatur redet viel und gerne über ihre ökonomischen Projekte, ihren Finanzplan und sogar über das sogenannte brasilianische Wirtschaftswunder. Diese Propaganda hat wenig mit der Realität zu tun. Aber auch die tatsächliche Entwicklung hat zwei Seiten.

Wir haben schon über einige Veränderungen im Staatsapparat als Instrument der Klassenherrschaft gesprochen. Hinzu kommt der rapide abnehmende Einfluß der bürgerlichen, paternalistischen Führung der Massenbewegungen – des Populismus, der schon von den rasch aufeinander folgenden Krisen zwischen 1945 und 1961 stark geschwächt worden war. Seit 1964 haben sich die bürgerlichen Führer der Massen durch ihre kaum verhüllte Kollaboration mit der Diktatur oder ihre Flucht ins Ausland vollends an den Rand des politischen Geschehens manövriert. Diese politische Entwicklung ereignete sich im wirtschaftlichen Rahmen einer kapitalistischen Entwicklung, die bereits vollständig in den Bereich der internationalen Monopole integriert war. Diese ökonomische Abhängigkeit des Landes brachte unter anderem auch Momente, die von der Diktatur ausgenutzt den konnten: Erleichterungen für die Großbourgeoisie, Verstärkung des Staatskapitalismus, Eröffnung von Perspektiven für die verschiedenen Sektoren der herrschenden Klassen.

Diese wirtschaftliche Situation wurde von der Diktatur ausgenützt, um ihre politische und soziale Basis zu erweitern. Dabei konnte sie sich

auf die solidarische Aktion der gesamten Bourgeoisie verlassen. Die Inflation wurde blockiert, die Wirtschaft verzeichnete gute Wachstumsraten, das Bruttosozialprodukt steigerte sich. Dadurch konnten auch die bestsituierten Teile der Mittelschichten in den Städten gewonnen werden – die Wirtschaftswissenschaftler, die Techniker, die Angestellten der großen Planungsstäbe. Sie alle arbeiteten im Rahmen der staatlichen Initiativen, der Unternehmungen der Monopole, des tertiären Sektors und der internationalen Konzerne. Zu diesen Gruppen müssen wir auch einen Teil der Streitkräfte zählen, deren obere Ränge ebenfalls beträchtliche Einkommen kassieren.

Diese soziale Basis diente der Regierung zur Verstärkung ihrer Propaganda. Sie unterstützt auch den systematisierten Terror sowie die Zensur der Presse, des Theaters und des Kinos. Über die internationale Solidarität der Monopole wird es der Diktatur sogar ermöglicht, Druck auf ausländische Regierungen auszuüben, Information über die Verbrechen der brasilianischen Militärs an unseren Genossen zu unterbinden.

Brasiliens Abhängigkeit hat in letzter Zeit ganz neue Dimensionen gewonnen: die Kolonisierung des riesigen Amazonasgebiets ist unmittelbar mit den Interessen mächtiger Konzerne verbunden. „United States Steel" und „Bethlehem State Steel" bekamen die Eisenerzkonzessionen, „Westinghouse" führt alle elektronischen Projekte durch, die „King's Ranch" aus Texas besorgt die Viehzucht. „Royal Dutch" kriegt das Zinn und „Esso" sucht Amazonien nach Erdölvorkommen ab.

Aber die abhängige Entwicklung nützt nur einer kleinen Minderheit, nicht der großen Masse der Bevölkerung. Deren Lage wird eher verschlechtert. Alle chronischen Probleme unseres Landes bleiben ohne Lösung: das Großgrundbesitzerunwesen, die ungleichzeitige Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen, die massive und zunehmende Unterbeschäftigung, das Analphabetentum, die Machtlosigkeit des Volkes bei allen politischen Entscheidungen. Ihren deutlichsten Ausdruck findet die Misere im Nordosten, der durch ständige Trockenheit und massenhafte Abwanderung der Bevölkerung gekennzeichnet ist. Aus Furcht vor den daraus erwachsenden sozialen Spannungen will die Diktatur einen wesentlichen Teil der Menschen in dieser kritischen Zone in das unerschlossene Amazonasgebiet umsiedeln lassen.

Auf der anderen Seite entstehen natürlich auch neue Gruppen innerhalb des Proletariats, die in dynamischen Industriezweigen arbeiten, etwa der Automobilproduktion, der Chemie, dem Maschinenbau oder der Elektroindustrie. Dort finden wir eine gewisse Steigerung der Löhne und damit der Kaufkraft der Arbeiter. Aber auch das ist sehr relativ. Im Gebiet von Sao Paulo, wo die fortgeschrittensten Industrien angesiedelt sind, können beispielsweise nur 25 Prozent der Arbeiter diese Privilegien nutzen. 1968 bekamen 40 Prozent der Arbeiter in der Automobilindustrie weniger als 52 Dollar, zwei Drittel weniger als 62 Dollar. Zur gleichen Zeit erhielten von insgesamt 1.130.000 Arbeitern der ganzen Region 700.000 nicht einmal 50 Dollar. Und das im modernen Sao Paulo. In den Gebieten mit traditionellen Industrien stellt sich das Problem in wesentlich schärferer Form.

Die Produktionsverhältnisse in Brasilien sind im wesentlichen kapitalistisch, aber sie verbinden sich auch noch mit vorkapitalistischen Formen. Denn die kapitalistische Entwicklung in unserem Land hat den Großgrundbesitzer nicht abgeschafft, sie hat nur eine gewisse „Rationalität" eingeführt – durch Kapitalinvestitionen, moderne Techniken und Lohnarbeit. Und durch ihre Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Agrargebiete entwickelt die Bourgeoisie auch den agrarischen Zweig des brasilianischen Proletariats.

links: Welche Rolle spielen die verschiedenen Klassen der brasilianischen Gesellschaft in der revolutionären Bewegung?

Apolonio de Carvalho: Die brasilianische Bourgeoisie hat zu einer Zeit die Herrschaft übernommen, als das Proletariat bereits versuchte, sich als Klasse zu organisieren und eine unabhängige Rolle zu übernehmen. Deshalb hat sich die Bourgeoisie mit der vorher herrschenden Klasse, den Großgrundbesitzern, verbündet. Beide zusammen kontrollieren jetzt die Macht im Staate und sind unmittelbar vom Imperialismus abhängig. Daraus ergibt sich, daß die brasilianische Bourgeoisie nie die revolutionäre Rolle gespielt hat und niemals spielen wird, die diese Klasse zur Zeit der bürgerlichen Revolutionen in anderen Ländern übernommen hat.

Der Kampf gegen die Macht der ausländischen Monopole, der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer zielt daher auf die Errichtung einer Regierung des Volkes, die auf eine sozialistische Gesellschaft abzielt.

Diese konsequente Entwicklung des revolutionären Prozesses ist nur unter Führung der Arbeiterklasse möglich, denn ihr Kampf entspricht auch den Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Die Organisierung und die Einheit der Arbeiterklasse sind die erste Voraussetzung für die Erfüllung ihrer historischen Rolle. Daher ergibt sich für die revolutionären Organisationen die unumgängliche Notwendigkeit, die Klassenkämpfe der Arbeiter vonanzutreiben und jeden reformistischen Kompromiß zu bekämpfen. Die kapitalistische Entwicklung selbst bewirkt objektiv die Intensivierung und Ausdehnung der Klassenkämpfe. Beispielsweise bedeutet die Einbeziehung des bäuerlichen Bereichs in das kapitalistische System nicht nur die Entwicklung eines ländlichen Proletariats – durch die Anwendung moderner Techniken vergrößert sie den Überschuß an Arbeitskraft. So entsteht eine permanent vorhandene Reservearmee, die keineswegs eine Randgruppe bildet, sondern direkt auf die vorherrschende Produktionsweise einwirkt und die Löhne niedrig hält.

Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern ist daher eine wesentliche Voraussetzung für die Führung des Proletariats im revolutionären Prozeß. Die Mobilisierung der arbeitenden Massen auf dem Lande muß sich vor allem auf die radikalsten und kämpferischsten Klassen stützen, auf die armen Bauern und vor allem die Lohnarbeiter in der Landwirtschaft.

Die mittleren Schichten in den Städten zeigen kein einheitliches Verhalten gegenüber dem revolutionären Prozeß. Die wohlhabenderen Kreise sympathisieren mit den reaktionären Positionen der Großbourgeoisie und des Imperialismus. Die unteren Schichten des Kleinbürgertums sind ständig von der Proletarisierung bedroht und neigen häufig zu revolutionärem Engagement. Das gilt vor allem für Intelektuelle und Studenten.

links: In welchem Umfang sind die arbeitenden Massen bereits am bewaffneten Kampf beteiligt?

Apolonio de Carvalho: Alle Gewerkschaften sowie die Organisationen von Bauern und Studenten wurden von der Militärdiktatur zerschlagen oder unter die Kontrolle der Regierung gestellt. Gleichzeitig werden heute die bekannten Führer der Massenbewegungen verfolgt, gefoltert, zum Teil ermordet. Damit sind alle friedlichen und legalen Kampfformen unmöglich geworden. Unter diesen Bedingungen ist die organisierte Gewalt der Massen die einzig mögliche Antwort auf die Gewalt der herrschenden Klassen. Der bewaffnete Kampf ist jetzt die einzige Kampfform, die zum Sturz der Diktatur und zur Eroberung der Macht durch das Volk führen kann.

Aber der bewaffnete Kampf ist kein selbständiger Prozeß. Er ist der fortgeschrittenste Ausdruck der Klassenkämpfe in unserem Land, der entscheidende Bestandteil des revolutionären Krieges der gesamten Bevölkerung.

Im übrigen wurde der bewaffnete Kampf noch nicht von wesentlichen Teilen des Volkes aufgenommen. Die politisch-militärischen Aktionen entfalten sich seit 1968, aber sie werden bisher ausschließlich von einigen Organisationen der Avantgarde getragen. In den Städten werden sie mit abwartendem Wohlwollen verfolgt, aber auf dem Land bleiben sie so gut wie unbemerkt. Und dort lebt immerhin die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung.

links: In Europa hat die Begeisterung für den klassischen Guerillakrieg auf dem Land bei einem Teil der Linken der Identifikation mit den spektakulären Aktionen der Stadtguerilla Platz gemacht. Wie sieht die PCBR das Verhältnis zwischen dem bewaffneten Kampf auf dem Land und in der Stadt?

Apolonio de Carvalho: Die Stadtguerilla entsteht unmittelbar im Zentrum des politischen und militärischen Machtapparats der herrschenden Klassen. Sie arbeitet unter den Bedingungen der strengsten Geheimhaltung. Sie muß ihre Taktik auf Überraschung und Beweglichkeit ausrichten. Dabei muß sie sich auf sehr flexible und sehr kleine Einheiten stützen. Darin liegt ihre Stärke und gleichzeitig ihre Schwäche. Denn die Stadtguerilla kann sich nicht so weit entwickeln, um den Regierungstruppen entscheidende Schläge zu versetzen. Der Klassenfeind und seine Armee können nur in direkter Konfrontation von einer revolutionären Armee besiegt werden. Und die Er-

Brasilien-Report

Seit dem Militärputsch vom 1. April 1964 ist Brasilien ein riesiges Konzentrationslager. Die gesamte Opposition wurde systematisch zerschlagen, zehntausend Brasilianer wurden seitdem verhaftet. Viele starben unter der Folter. Todesurteile in politischen Prozessen stehen auf der Tagesordnung.

Brasilien ist der bevorzugte Partner der imperialistischen Mächte in Lateinamerika. Seine Stellung als größtes und bevölkerungsreichstes Land des Kontinents macht es zum bevorzugten Investitionsgebiet nordamerikanischer und westeuropäischer Konzerne, die rund zwei Drittel der brasilianischen Industrie kontrollieren. Dafür erweist sich Brasilien auch politisch als dankbarer Partner des Imperialismus: brasilianische Truppen unterstützten 1965 die US-Invasion der Dominikanischen Republik, 1971 war Brasilien maßgeblich an dem Putsch rechtsradikaler Militärs in Bolivien beteiligt. Wenn die Interessen der USA irgendwo in Lateinamerika bedroht sind, holt Brasilien für die imperialistische Führungsmacht die Kohlen aus dem Feuer.

Seit dem Putsch gibt es für die brasilianische Linke nur noch eine Möglichkeit politischer Aktivität: den bewaffneten Kampf, der mit der organisatorischen Arbeit unter den Massen der Bauern und Arbeiter verbunden wird.

Die Broschüre „Brasilien-Report" gibt einen Überblick über die historischen Ursachen des Staatsstreichs, über die Repression, über die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus, über die Rolle der Bundesrepublik und über die Einschätzung der bisherigen Kampferfahrungen durch brasilianische Revolutionäre.

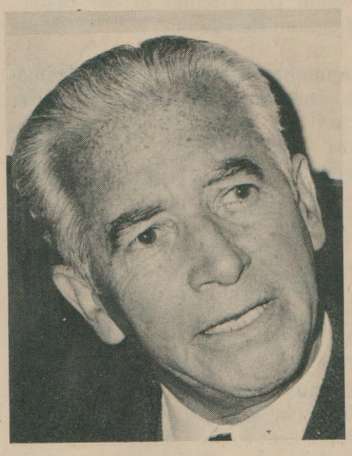
Kollektiv für Lateinamerika im Sozialistischen Büro: Brasilien-Report (in der Reihe Internationale Solidarität), 55 Seiten, DM 2,50.
Bezug über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591

fahrungen in allen Kontinenten zeigen, daß diese siegreiche Volksarmee auch in Brasilien und in ganz Lateinamerika nur auf dem Lande geschaffen werden kann. Die Landguerilla ist unbedingt der entscheidende Aspekt des revolutionären Krieges. Sie wird die breite Mobilisierung der Volksmassen ermöglichen, denn die Hälfte, die am stärksten ausgebeutete Hälfte der brasilianischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Außerdem sind ihre Einheiten größer und ständig beweglich, sie kann immer größere, stärkere bevölkerte und ökonomisch wichtigere Gebiete in ihr Aktionsfeld einbeziehen, und sie kann ihre Reihen andauernd erweitern. Schließlich kann nur die Guerilla auf dem Lande sich zu regulären Einheiten, zu einer revolutionären Volksarmee entwickeln.

All dies ändert nichts an der Tatsache, daß der Stadtguerilla unter den Bedingungen in Brasilien beträchtliche Bedeutung zukommt, zunächst vor allem als Ausgangspunkt des gesamten bewaffneten Kampfes. Diese Initialfunktion der großen Städte ist nicht das Resultat einer Laune der brasilianischen Revolutionäre. Sie ergibt sich aus den historisch bedingten Umständen. Erstens finden wir hier die stärkste Konzentration der ausgebeuteten Massen und ihre politisch bewußtesten Teile. Zweitens befinden sich hier alle wesentlichen wirtschaftlichen Einrichtungen. Drittens ist hier das Zentrum des politischen und militärischen Machtapparats. Viertens müssen die brasilianischen Revolutionäre ihren harten Kampf in Form eines langwierigen Volkskrieges ohne relevante Unterstützung von außen führen. In einem Land von der Größe eines Kontinents ist ein Volkskrieg nicht möglich, wenn man nicht über Waffen, Geld, Transportmittel, also die gesamte materielle Basis der Infrastruktur für die Entfaltung des Kampfes verfügt.

Politisch muß die Stadtguerilla den Massen der Bevölkerung die Vorstellung von einer neuen politischen Macht vermitteln. Gewiß: die Grundlage einer Doppelmacht ist wegen des provisorischen Charakters und des Mangels an Kontinuität der bisherigen bewaffneten Aktionen noch nicht offen zutage getreten. Aber in den Augen der Bevölkerung bieten sie doch schon einen ersten Ansatz, die Macht der herrschenden Klassen in Frage zu stellen, Und sie zeigen die Perspektive einer anderen Macht, der Macht, die vom Volke ausgeht.

Die Vorstellung einer Alternative auf der Grundlage der revolutionären Macht ist also eines der Ziele der Stadtguerilla. Daneben geht es auch darum, die aktuellen Kämpfe der unterdrückten Klassen zu unterstützen. Dabei sprechen wir ganz allgemein von bewaffneter Propaganda. Konkret bedeutet das: bewaffnete Einheiten tauchen plötzlich in Fabriken, Schulen oder Universitäten auf, um ganz konkret den bewaffneten Widerstand gegen die Diktatur zu propagieren, und um die Mobilisierung der Bevölkerung kurzfristig voranzutreiben. Mehrere Male besetzten bewaffnete Kommandos große Supermärkte und forderten die Bewohner des Stadtviertels auf, die Waren mitzunehmen. In anderen Fällen wurden Kaufhäuser überfallen, und die Einheit verlud die enteigneten Gegenstände auf Lastwagen und brachte sie in eine der armseligen Vorstädte, damit die Menschen dort sich bedienen konnten.



Apolonio de Carvalho dpa

Die bewaffnete Propaganda ist keine Methode, um die Bevölkerung zu organisieren. Sie ist nur ein kurzfristiges, örtlich begrenztes Mittel, um Klassenkämpfe zu unterstützen und den bewaffneten Kampf zu propagieren. Aber die eigentliche Dynamik der Massenbewegung wird von den eigenen Organisationen und Kämpfen der Massen selbst bestimmt. Das ist die unumgängliche Voraussetzung für ihre bewußte Teilnahme am revolutionären Prozeß. Ohne die kontinuierliche Arbeit an der Basis wäre die bewaffnete Propaganda politisch bedeutungslos.

Eine andere Aufgabe der bewaffneten Propaganda ist die konkrete Unterstützung von Massenbewegungen, von Streiks, von Demonstrationen. In solchen Fällen hält die Einheit der Stadtguerilla die Regierungstruppen auf oder lenkt sie vom Vorgehen gegen die Bevölkerung ab.

Dann sind noch die für die Stadtguerilla typischen Operationen zu erwähnen, die Störaktionen gegen den politischen und militärischen Machtapparat: Überfälle auf Kasernen, Waffenlager und Offizierskasinos; Besetzungen von Polizeistationen; Vollstreckung der Volksgerichtsbarkeit gegen die Feinde des Volkes, die Verantwortlichen für Folter und Morde an den Vertretern der Massenbewegung; Sabotageakte gegen Zentren von Industrie und Transportwesen.

Propagierung der revolutionären Macht, Unterstützung von Massenkämpfen und Störaktionen gegen die Einrichtungen des Klassenfeindes sind also die wesentlichen Aufgaben der Stadtguerilla. In Brasilien kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu. Wenn wir die Aktionen in den Städten als Ausgangsbasis für einen Guerillakrieg im ganzen Land sehen, und wenn wir mit keiner wirkungsvollen Unterstützung von außen rechnen können, dann müssen die Kader in den Städten ausgebildet werden, dann müssen wir in den Städten die notwendigen materiellen Mittel beschaffen. Die revolutionären Organisationen müssen sich Waffen besorgen, sie müssen ihren Mitgliedern konkrete Kampferfahrungen vermitteln, sie müssen den Feinden des Volkes das Geld des Volkes wieder abnehmen. Deshalb spielt die Enteignung von Banken durch revolutionäre Kommandos in Brasilien eine so bedeutende Rolle. Aber in ihrer Propaganda betonen die revolutionären Gruppen immer wieder, daß das Geld der Kleinsparer von diesen Überfällen überhaupt nicht berührt wird. Das enteignete Geld wird immer von den großen Versicherungsgesellschaften zurückgezahlt, und die gehören ausschließlich zu internationalen Monopolen.

links: Die brasilianische Regierung hat Dich im Austausch gegen den westdeutschen Botschafter von Holleben freilassen müssen. Welchen strategischen Stellenwert haben die Entführungen von ausländischen Diplomaten in den Aktionen der Stadtguerilla?

Apolonio de Carvalho: In Europa und Nordamerika ist die revolutionäre Bewegung unseres Landes zunächst durch diese Operationen bekannt geworden. Am Anfang war die Öffentlichkeit darüber einigermaßen schockiert, weil sie nicht Bescheid wußte, in welchem Umfang die brasilianische Militärregierung vom Ausland abhängig ist. Vor kurzem hat die Zentralbank in ihrem Bericht offiziell bekanntgegeben, daß die Beteiligung der ausländischen Monopole in der Industrie 70 Prozent beträgt, im Handel 60,3 Prozent, in der Werbung 90 Prozent und im Pressewesen ebenfalls 70 Prozent – auch die Desinformation der Bevölkerung ist also wesentlich in imperialistischen Händen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik von außen bestimmt werden, vor allem von den USA. Das zeigt sich auch in der personellen Zusammensetzung der Militärregierung.

Antikolonialistischer Westen

Deutsche und amerikanische Söldner wie auch Truppen und Militärpiloten aus Südafrika sollen angeblich in den südlichen und nordöstlichen Teilen des portugiesischen Gebietes Angola gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen eingesetzt sein. Wie Filibert Floribert, ein führendes Mitglied der „Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA), in Kampala bekanntgab, verwenden die Portugiesen in letzter Zeit Düsenbomber der italienischen Fiatwerke sowie US-Ausbildungsmaschinen vom Typ Harvard Trainer und auch deutsche Kleintransportflugzeuge vom Typ Dornier gegen die Befreiungskämpfer.

Enge Verbindungen bestehen aber ebenfalls zwischen gewissen westdeutschen Monopolen und gewissen offiziellen Vertretern der brasilianischen Politik. Zwei Beispiele. Otávio Gouveia de Bulhoés war Brasiliens Finanzminister, heute ist er einer der Präsidenten von Mercedes Benz. Botschafter Pio Corrêa, eine der wichtigsten Figuren im Außenministerium, gehört zur Leitung von Siemens. Überhaupt nehmen die Firmen aus der Bundesrepublik unter den ausländischen Investitionen in unserem Land den zweiten Platz ein, vor allem in den dynamischen Sektoren unserer Wirtschaft.

Die Abhängigkeit der brasilianischen Militärdiktatur von ausländischen Großkonzernen steht außerhalb jedes Zweifels. Und da die Botschafter gewisser Staaten die Interessen der Wirtschaftsgruppen ihrer Heimatländer vertreten, machen sie sich automatisch zu Komplizen der Unternehmungen dieser Monopole und zu einflußreichen Komplizen der Generäle und Marschälle, die heute in Brasilien die Regierung stellen. Das haben die brasilianischen Revolutionäre und das brasilianische Volk begriffen. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, daß solche Botschafter von revolutionären Kommandos gefangengenommen werden. Denn sie sind eine Ware mit hohem Tauschwert. Die Diktatur ist von ihnen abhängig, und deshalb ist sie gezwungen, im Austausch gegen das Leben ihrer ausländischen Herren politische Gefangene freizugeben. Nur so kann das Leben von vielen brasilianischen Patrioten und Revolutionären gerettet werden.

links: Legen die brasilianischen Revolutionäre den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ganz auf die bewaffneten Aktionen? Wie sieht ihre organisatorische Aktivität in der Bevölkerung aus?

Apolonio de Carvalho: Der bewaffnete Kampf kann seine Aufgabe als Bestandteil eines Volkskrieges nicht erfüllen, wenn die arbeitenden Massen nicht in großem Umfang in den revolutionären Prozeß einbezogen werden und ihn letzten Endes bestimmen. Deshalb können sich die revolutionären Organisationen natürlich nicht auf bewaffnete Aktionen mit notwendig beschränkter Teilnehmerzahl beschränken. Sie müssen permanent an den verschiedenen Arbeitsplätzen in Fabriken, Plantagen oder Schulen gegenwärtig sein, sie müssen die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Massen unterstützen, und sie müssen diese Forderungen mit dem revolutionären Ziel und der Propaganda für den bewaffneten Kampf verbinden. Diese Aktivität benötigt unter brasilianischen Bedingungen von Anfang an ein Minimum an bewaffneter Unterstützung, und langfristig muß sie sich auch mit konkreten politisch-militärischen Aktionen verbinden.

Selbstverständlich hat die Mobilisierung der arbeitenden Klassen noch keinen sehr großen Umfang

erreicht, denn die von der Diktatur zerschlagene Massenbewegung läßt sich nicht von einem Tag auf den anderen neu aufbauen. Außerdem ist die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung wesentlich erschwert, wenn sie unter den Bedingungen der schärfsten Illegalität geschehen muß. Das ist der Fall bei den „Unabhängigen Massenorganisationen" (OIM). Ihre Form ist neu. Da die Arbeiter über keine unabhängige Interessenvertretung mehr verfügen, sind sie gleichzeitig der Ansatz zu einer Gewerkschaft in einer Fabrik oder auf einer Plantage, ein Element der Einheitsfront der verschiedenen unterdrückten Klassen und ein Kern der organisierten Avantgarde.
Die „Unabhängigen Massenorganisationen" sind also unter anderem eine neue, den Geheimhaltungsbedingungen angepaßte Form der alten Gewerkschaften. Entsprechend haben sich auch neue Kampfformen herausgebildet, die zum Teil über die traditionellen Streiks hinausgehen. Ein Beispiel sind die Brände auf den großen Zuckerplantagen, vor allem im Nordosten des Landes. Diese von den Arbeitern und ihren Organisationen gelegten Brände sind politisch-militärische Aktionen, denn sie benötigen immer ein Minimum an bewaffneter Unterstützung, da der Großgrundbesitzer neben der staatlichen Polizei ja auch noch über seine private Polizei verfügt. Diese Aktionen stellen eine hohe Ebene des Klassenkampfes dar, es sind entwickelte Formen der kollektiven Sabotage gegen das Eigentum des Chefs.
Die besondere Bedeutung dieser Initiativen ergibt sich jedoch unmittelbar aus der Sozialstruktur unseres Landes. Denn auf dem Land leben anderthalb Millionen Landarbeiter, die dauernd beschäftigt sind, vier Millionen Saisonarbeiter, die nur während einer Hälfte des Jahres Arbeit bekommen, und die große Masse der Kleinbauern ist zum Teil von Lohnarbeit abhängig, da sie von den Erträgen ihrer winzigen Ländereien nicht leben können.

links: Brasilien ist ohne Zweifel das entscheidende Land in Lateinamerika, für den Imperialismus ebenso wie für die revolutionäre Bewegung. Sehen die PCBR und die anderen revolutionären Organisationen ihre Aktivität im Zusammenhang mit den Ereignissen in anderen Ländern des Subkontinents?

Apolonio de Carvalho: Der gemeinsame Feind aller lateinamerikanischen Völker, der nordamerikanische Imperialismus, verfolgt eine Strategie im kontinentalen Rahmen. Daraus ergeben sich für alle revolutionären Bewegungen des Kontinents gemeinsame Ziele und die Basis für gemeinsame Aktionen.
Wir Brasilianer müssen allerdings zugeben, daß die Wucht des Kampfes in unserem Land uns lange Zeit von engeren Kontakten mit den anderen lateinamerikanischen Organisationen abgehalten hat. Wir konnten uns nicht einmal mit den Genossen koordinieren, die in unserer unmittelbarer Nachbarschaft agieren: den Tupamaros in Uruguay, die eine besonders entwickelte Strategie der Stadtguerilla in eine sehr erfolgreiche Praxis umsetzen, obwohl die Bewegung ursprünglich auf dem Lande entstanden war; den Argentiniern, die in einer Reihe von marxistisch-leninistischen oder auch peronistischen Organisationen versuchen, den bewaffneten Kampf in enger Verbindung mit der in Argentinien sehr weit fortgeschrittenen Massenbewegung zu entfalten, wie zum Beispiel 1967 und 1968 in der Industriestadt Córdoba.
Die revolutionäre Bewegung in Brasilien ist die jüngste unter den zahlreichen Bewegungen des Kontinents. Schon deshalb ist es für uns von zentraler Bedeutung, die Erfahrungen der letzten zehn bis zwölf Jahre in Guatemala, Venezuela, Peru und Kolumbien im direkten Kontakt mit unseren dortigen Genossen kennenzulernen, ihre positiven Aspekte ebenso wie ihre Niederlagen. Heute versuchen wir, unsere bisherige Isolierung zu überwinden.
Wir stellen immer engere Beziehungen zu den anderen revolutionären Bewegungen des Kontinents her. Dabei gibt es mehrere Etappen. Zuerst die Information, dann als nächsten Schritt den Austausch von Erfahrungen, und schließlich die Koordination der Aktionen. Auf diese Art kann die OLAS, die Solidaritätsorganisation der lateinamerikanischen Völker, einen neuen, konkreten und tiefergreifenden Inhalt bekommen. Wenn sie sich auf den Klassenkampf der Arbeiter und Bauern gegen die imperialistischen Monopole, die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer stützt, dann kann am Endpunkt der neuen Kontakte und der neuen Koordination die gemeinsame Aktion des lateinamerikanischen Kontinents stehen.

Moskaus Subversionschef in Bonn

Geheimbericht unseres Sonderkorrespondenten V.S.J. aus der sowjetischen Hauptstadt

Aus zuverlässiger Quelle haben wir – unter dem Siegel höchster Verschwiegenheit und Geheimnisstufe – erfahren, daß der Moskauer Chef des Unterwanderungssystems FRGO (freiheitlich-rechtsstaatliche Grundordnung) persönlich in Bonn residiert und mit dem größten Erfolg seine Operationen ausführt, so daß er höchstes Wohlwollen im Kreml genießt. Da wir uns jedoch der freiheitlichen Öffentlichkeit mehr als sowjetischen Geheimnisträgern verbunden wissen, wollen wir Tätigkeit und Namen dieses sowjetischen Meistersubversanten nicht – wie ein bekanntes deutsches Nachrichtenmagazin – länger verschweigen. Moskaus Mann in Bonn ist ein perfekter Künstler der Tarnung. Er geht nach dem neuesten wissenschaftlich-technologischen Erkenntnisstand der Subversion vor, indem er sich in der Öffentlichkeit frei betätigt und als besonders glaubwürdiger und entschlossener Feind jeder Form des Radikalismus, insbesondere natürlich der kommunistischen Weltherrschaftsbestrebungen auftritt. Die Moskauer Unterwanderungsexperten sind – hier kann die freie Welt viel von ihnen lernen – zu der operational überprüften Strategie gelangt, daß die beste Form der Unterwanderung die eherne Verteidigung des zu unterwandernden Objekts ist, weil gerade sie das Objekt untergräbt. Diese höchst gefährliche bolschewistische Dialektik folgt dem sogenannten umgekehrten kybernetischen Maulwurfsprinzip (SCCPI), wie es die Sowjets in ihrer bildhaften Sprache nennen. Während der gewöhnliche Maulwurf unter der Gefahr des Informationsüberhangs und damit zugleich des Informations- und Leistungsverlustes operiert, bildlich ausgedrückt: wenn er bei seinem langen Marsch durch den Boden, auf dem wir alle stehen, in seinem biologischen Reglersystem der Schädlingsvertilgung, in fehlgeleiteter Rückkoppelung des Subsystems OI, Informationsüberhänge an der Oberfläche, das heißt Haufen hinterläßt, die gut sichtbar sind und deshalb vom Informationsträger des Gegensystems aufgespürt werden können, haben dagegen die Moskauer Subversionszentralen herausgefunden, daß dieses Maulwurfprinzip, unter modernen technologischen und informationellen Bedingungen der Nachrichtenübermittlung sowie auf Grund der sozialkybernetischen Regeln psychologischer Verteidigung, strategisch-operational umgekehrt werden kann. Je größer der Haufen (natürlich bildlich gesprochen), den der Unterwanderer an der Oberfläche hinterläßt, desto geringer die Gefahr der Enttarnung, wie die Wahrscheinlichkeitslogik eindeutig angibt. Der sogenannte Alpha-Maulwurf, das Chefsystem der Subversion, hat deshalb die Funktion, sich besonders in den Schlüsselbereichen der Informationsübertragung zu bewähren, und zwar so, daß die Informationsabgabe derart tückisch erfolgt, jeden Schatten des Verdachts auf die Informationsquelle als absurd erscheinen zu lassen.
Die Moskauer Chefplaner suchten lange nach einem geeigneten Alpha-System FDGO/BRD. Nach zahllosen empirischen Prognosetests und überprüften Hypothesenbildungen haben sie den Mann in Bonn, den Subversionschef XY/Alpha CC/FDZ (Bonn) gefunden. Es mußte, wie erwähnt, ein über jeden Verdacht erhabenes Systemglied sein. Der Mann des Kremls mußte unauffällig wirken, bieder, ein wenig raffiniert und doch eher dümmlich, ein Kämpfer gegen den Radikalismus jeglicher Spielart, schlichtes Bildzeitungsdeutsch sprechen und kaum einen Satz grammatikalisch richtig formulieren können. Er mußte stets etwas erregt und hysterisch auftreten, aber doch die Gelassenheit dessen ausstrahlen, der sich beständig am Krawattenknoten zupft, um sich am Portepee des menschlichen Anstands zu fassen. Er sollte Mitbegründer der Freien Universität Berlin, durfte kein alter Faschist, wohl aber ein Mann der „radikalen Mitte" sein, sollte sich möglichst in antikommunistischen Kampfstätten, wie RIAS- oder Sender Freies Berlin, bewährt haben, mußte gute Kontakte zu Kreisen des Abendlandes, wie der CSU, halten und möglichst immer wie ein sexuell unausgelasteter Normalbürger, kurz wie ein sauertöpfischer Biedermann wirken, hinter dem keiner den Brandstifter vermuten würde.
Diese höchste Raffinesse fand ihren größten Triumph bei XY/Alpha CC/FDZ (Bonn). Wir wissen, welches ungeheuere Risiko darin liegt, Moskaus Meisterunterwanderer zu enttarnen! Wer weiß, welches Terroristenkommando schon unterwegs ist, um die Lücke im Informationssystem der Subversionszentrale des Kremls mit krimineller Gewalt zu schließen? Trotzdem und gerade deswegen sehen wir uns, aus dem Gefühl tiefster Verantwortlichkeit für unseren Staat heraus, als verpflichtet an, den Namen des tückischsten aller Radikalen, die zum langen Marsch durch unsere Institutionen angetreten sind, offen zu nennen: Es ist Herr Gerhard Löwenthal, Moskaus wichtigster Mann in Bonn, ja, der bekannte und beliebte Leiter des ZDF-Magazins. Niemand hätte ihm das zugetraut, auch wir nicht. Aber wenn wir bedenken, daß uns Herr Löwenthal immer wie 1000 sowjetische Divisionen anblickt! Selbst rotchinesische Experten sind dabei, dieses Juwel zu entdecken. Sie meinen allerdings, daß das Moskauer umgekehrte kybernetische Maulwurfprinzip nicht vonnöten sei, um die Zwecke der Subversion zu erfüllen. In ihrer typischen technologischen Rückständigkeit, ohne das know-how der industriellen Leistungsgesellschaft, gehen sie davon aus, daß e i n Löwenthal das ZDF-Magazin, ein Dutzend Löwenthals eine Demonstration, ein paar Hundert Löwenthals eine Revolution machten, weil die einförmig naiven blauen Ameisen darauf vertrauen, daß diese Steigerung so tödlich sei, daß ihre asiatischen Horden gar nicht mehr an den Rhein brauchten, denn die Löwenthals würden dort ohnedies das System stürzen, indem sie es stützen. Wir allerdings meinen, daß die chinesische Mao-Utopie dialektischer Vernunft doch nicht ausreicht, um dem Maulwurf für immer die Schellen umzubinden, damit er weiter Woche für Woche das System – erschütternd – verteidigen kann. Herr Löwenthal erbost: „Der Normalbürger fragt sich nun wirklich: was ist da eigentlich los?"

Japans Vormarsch in Südostasien

Rainer Werning

Durch seine innere Krise und die großen Rückschläge in seinem Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas fällt es dem US-Imperialismus immer schwerer, seine kolonialen und halbkolonialen Einflußsphären im asiatischen Raum unter Kontrolle zu halten. Gleichzeitig ist er jedoch gezwungen, die Ausbeutung dieser Gebiete zwecks Absicherung von Maximalprofiten voranzutreiben.

Aufgrund der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder in der Epoche des Imperialismus verschärften sich die Differenzen zwischen den Monopolgruppen der verschiedenen kapitalistischen Staaten zusehends. Ihren zuletzt deutlichsten Ausdruck fand diese Entwicklung im Washingtoner Währungsabkommen im Dezember letzten Jahres. Der Dollarimperialismus wurde zum Eingeständnis seiner Schwäche gezwungen, die Zeit seiner unbeschränkten Vorherrschaft ging zu Ende. Die nach dem II. Weltkrieg am Boden zerschmetterten Länder Japan und (West-)Deutschland erwiesen sich als erbitterter Konkurrent des amerikanischen Monopolkapitals.

Was für Europa – insbesondere für die ehemaligen deutschen Westzonen – der Marshallplan war, war für Japan das sog. Dogde-Programm von 1949. Beide Pläne waren ein ökonomischer Hebel zur politischen Fesselung dieser Gebiete an das vom US-Imperialismus beherrschte kapitalistische System. In ihnen fand die Kolonisierung Japans und Westeuropas durch das amerikanische Finanzkapital seinen klarsten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ausdruck (1).

Die Rolle der USA als „Weltpolizist" und abenteuerlicher Aggressor gegen die Völker der abhängigen und kolonialen Gebiete, seine Politik der Einkreisung der Volksrepublik China überstrapazierten Amerika dermaßen, daß im Zuge dieser Entwicklung die Stärkung der ehemaligen Verliermächte des II. Weltkrieges eine zwangsläufige Folge war (2).

Nixon mußte dieser objektiven Entwicklung bereits Rechnung tragen und hat die verstärkte Kollaboration mit Japan – obgleich allgemein formuliert – selber ausgesprochen. In seinem Bericht an den US-Kongreß am 18. Februar 1970 „United States Foreign Policy for the 1970's – A New Strategy for Peace" kam er indirekt auf die schwindende Vormachtstellung der USA als eine Weltmacht zu sprechen. Er wies auf das Erstarken der wirtschaftlichen Macht Japans und Westdeutschlands und ihre wachsende Herausforderung an die US-Rolle als führende imperialistische Macht hin. In Asien, so betonte Nixon, werde Japan „eine einzigartige und notwendige Rolle zu spielen" haben, und die „Partnerschaft mit Japan" werde „der Schlüssel zum Erfolg der Nixon-Doktrin in Asien" sein (3).

Obgleich die japanische Verfassung ausdrücklich die Wiederbewaffnung verbietet, sind schon große Anstrengungen zum Ausbau der Rüstungsindustrie Japans unternommen worden (4). Daß dieser Schritt uneingeschränkte Billigung seitens des Pentagon genießt, gab selbst Eugene Black, ehemaliger Präsident der Weltbank, zu, als er 1969 schrieb: „... Ich halte es für sicher, daß Japan in nicht allzu ferner Zukunft ein großer Waffenproduzent wird. Dieses Vorhaben wird in Japan sicherlich als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ausgegeben werden. Ich schließe nicht aus, daß eine derartige Entwicklung den amerikanischen Interessen keineswegs zuwiderläuft." (5)

Edwin Reischauer, früherer amerikanischer Botschafter in Tokio und als einer der einflußreichsten Asienexperten im US-State Department angesehen, hat als aktiver Befürworter der verstärkten japanisch-amerikanischen Allianz eine simple Erklärung parat – gemeinsamer Interessenausgleich (6).

Dieser Interessenausgleich hat bereits sehr konkrete Züge angenommen. Im I. japanischen „Weißbuch für nationale Verteidigung" aus dem Jahre 1970 sind denn auch die in ihm zum Ausdruck gebrachten „drei Grundpfeiler" der japanischen „Verteidigungs"politik wie folgt zusammengefaßt: 1. Marine und Luftwaffe sollen die Vorherrschaft in der Umgebung" – wobei das Wort Umgebung nicht eingrenzbar ist – „als Lebensnerv Japans" sichern. Hier werden ohne Umschweife die Aggressionsabsichten gegen die VR China angesprochen; nicht zuletzt wurden diese Intentionen bei der Einverleibung der chinesischen Insel Diaoyü im Rahmen der „Rückgabe" der Ryukyu-Inseln an Japan bekräftigt. Hinzu kommt, daß die Straße von Malakka als Lebensnerv bezeichnet wird! 2. Im Weißbuch heißt es ferner: „Die Aggression soll im Anfang ausgeschaltet werden." Nicht nur bleibt hier die Frage offen, wann sich eine Aggression „im Anfang" befindet; die Erklärung ist in Bezug auf den Vietnamkrieg die Grundlage der Rechtfertigung eventueller japanischer Agressionen. 3. Als weiterer wichtiger Punkt wird im Weißbuch vom „Entgegentreten der indirekten Aggression" gesprochen. Dieser „Grundpfeiler" (so das Weißbuch) ergänzt im wesentlichen die unter Nr. 2 ausgeführte Erklärung. Überdies kommt hier der Unterschied zwischen dem modernen japanischen Militarismus und dem „alten" Militarismus vor und während des II. Weltkrieges zum Ausdruck; ersterer konnte sich nur unter der Knute der US-Schutzherrschaft entwickeln. Der Ansatz der Remilitarisierung Japans war schon zur Zeit der Einschaltung seiner Industrie in die Rüstungsproduktion für den Koreakrieg gegeben. Im Zuge der Ausweitung der amerikanischen Aggression in Indochina wurde die offene Remilitarisierung notwendig und vollzog sich in Übereinstimmung mit der Strategie der amerikanischen Asienpolitik, deren Bankrott immer offenkundiger wird. Nach dem Vorbild der Laos-Invasion vom Februar 1971 sollen die asiatischen Truppen (die japanischen vorweg) langfristig zur zuverlässigen Kolonne des US-Imperialismus werden. Die Nixon-Doktrin ("to make Asians fight Asians") ist letztendlich nichts anderes als das Einspannen Tokios in die finsteren Machenschaften der Wallstreet-Strategen zum Zweck der Niederhaltung der revolutionären Befreiungsbewegungen in Asien (7).

So beläuft sich gegenwärtig der Anteil der Rüstungsproduktion am japanischen Maschinenbau auf 12 Prozent, wobei die Rüstungsindustrie auf 20 Unternehmen beschränkt ist, von denen wiederum der Mitsubishikonzern die Hälfte der Produktion der 5 größten Rüstungsfabrikanten stellt. Das Anwachsen der Rüstungsproduktion geht eng einher mit der Steigerung der direkten japanischen Kapitalinvestitionen in Südostasien, eine Entwicklung, die zudem von den Washingtoner Währungsbeschlüssen wesentlich begünstigt wurde – zwar wirkte sich der gegenüber dem US-Dollar hohe Aufwertungssatz des Yen für den Konsum- und Investitionsgüterexport nachteilig aus, doch gleichzeitig stieg der Wert des im Ausland investierten japanischen Kapitals. Für das japanische Monopolkapital ist dies von großer Bedeutung. Es sichert sich nicht nur neue Absatzmärkte und Rohstoffbasen; vielmehr ist die Errichtung von japanischen Zweigstellen im Ausland ein Mittel, das Lohnniveau in Japan zu drücken. Die Zeit der relativen Stabilisierung und der besonders hohen Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes ist vorbei (8).

Die territoriale Besonderheit Japans machte und macht das Land von Südostasien rohstoffabhängig. Annähernd 70 % seines Imports aus asiatischen Ländern besteht aus Rohmaterialien. 50 % des Holzes, 40 % des Eisenerzes und fast 100 % seines Gummibedarfs kommen aus Südostasien. Es verwundert nicht, daß 42,8 % der japanischen Direktinvestitionen zwischen 1951 und 1967 Rohstoffabbauprojekte betrafen (9).

Unmittelbar hinter Washington nimmt Japan heute die zweite Position bei den ausländischen Investitionen in den Philippinen ein und kontrolliert gemeinsam mit den Amerikanern den Großteil des philippinischen Außenhandels. Durch einen Erlaß Präsident Ferdinand E. Marcos' sind Tokio bereits weitreichende Konzessionen gemacht worden. Die Passagen der „Investment Incentives Act", der „Export Incentives Act" sowie die Einrichtung der Freihandelszone in Mariveles öffnen dem Auslandskapital Tür und Tor.

Führte Japan 1949 nur 4,6 % seines Exportvolumens nach den Philippinen aus, so erhöhten sich diese Ausfuhren bis 1969 drastisch auf 39,4 % bei einem gleichzei-

Was in den letzten Wochen in Bonn offenbar wurde, wird in diesem Buch systematisch entwickelt:

Friedenspolitik ist Gesellschaftspolitik

Der Stil: nicht akademisch, sondern bedacht auf breite politische Bewußtseinsbildung

Die Schwerpunkte: Analyse des Militarismus und Antikommunismus als Herrschaftsinstrumente ● Die Produktivität der Systemkonkurrenz ● Neues Verhältnis BRD–DDR ● Alternative zur NATO-Atomstrategie, Umstellung der Bundeswehr ● Linke Formierung in Westeuropa ■ Strategie der Wirtschaftsdemokratie als Friedenssicherung ■ Nichtimperialistische Entwicklungspolitik

Walter Möller
Fritz Vilmar

Sozialistische Friedenspolitik für Europa

Rowohlt-aktuell Bd. 1551, 297 S., DM 4,80

tigen Absinken amerikanischer Exporte von 80 % im Jahre 1949 auf ganze 29,3 % im Jahre 1969. Der bilaterale Handel zwischen den Philippinen und Japan macht immerhin 809 Millionen US-Dollar aus, d. h. die Philippinen stehen im Japanhandel nach den USA und Kanada an dritter Stelle. In einer Fernsehansprache im Mai 1970 forderte Marcos die rasche Ratifizierung des ausstehenden philippinisch-japanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsabkommen. Die Nationalbourgeoisie reagierte empört und schimpfte Marcos einen Befürworter einer Neuauflage der „Größeren ostasiatischen Wohlstandsgemeinschaft", das seinerzeit als ideologisches Fundament des japanischen Faschismus diente.

Marcos' Fernsehauftritt blieb in Tokio nicht ungehört. Ein Konsortium aus 15 japanischen Banken (darunter die Fuji Bank, Sumitomo, Mitsubishi etc.), die die größten Kapitalien in die 18 auf den Philippinen Handel treibenden japanischen Firmen investiert haben, sicherten dem Marcos-Regime einen sofortigen 50 Mio. Dollarstützungskredit gleichsam als Sesam-öffne-dich-Anleihe zur Rettung der schwer angeschlagenen philippinischen Wirtschaft zu, deren Auslandsschulden fast 2 Mrd. Doller ausmachen.

Für den bankrotten philippinischen Staat, dessen Inlandsschulden aufgrund bombastischer (unproduktiver) Wahlspenden im Jahre 1969 auf 6 Mrd. Peso (ca. 900 Mio. US-Dollar) anschnellten, stellte dieser japanische Kredit eine zeitweilige „Lösung" seiner wirtschaftlichen Krise dar (10). Zentralbankgouverneur Licaros tauchte mehrmals in den USA auf, um mit dem Internationalen Währungsfond Maßnahmen in Bezug auf das „Stabilisierungsprogramm" für die philippinische Wirtschaft zu besprechen. Gleichzeitig verhandelten er und Finanzminister Cesar Virata mit einem Konsortium amerikanischer Banken für die Umstrukturierung von ca. 190 Mio. Dollar fälliger, kurzfristiger Kredite in mittel- und langfristige Anleihen, wie dies schon im Falle Indonesiens geschah.

Wie sich herausstellte, war es auch der Internationale Währungsfonds, der das endgültige Startzeichen für die Billigung japanischer Kredite an das Marcos-Regime gab. Damit wurden besonders die japanischen Kapitalinvestitionen in Bergwerkgesellschaften auf den Philippinen verstärkt, die sich nach Schätzungen einiger Teile der Nationalbourgeoisie auf 100 Mio. Dollar belaufen (11).

Die konterrevolutionäre Strategie Tokios wird insbesondere im Rahmen seiner Beziehungen zur chinesischen Provinz Taiwan und Südkorea verständlich. Beide Gebiete bildeten für den US-Imperialismus Speerspitzen gegen die Volksrepublik China. Nachdem die USA unter dem Druck ihrer strukturell gewachsenen politischen, ökonomischen und ideologischen Krise gezwungen wurden, ihre militärischen Engagements zurückzuschrauben, hat sich Japan – durchaus in Einverständnis mit Amerika – verstärkt als Nachfolger dieser imperialistischen Politik in Szene gesetzt. So hat Japans Stärke im „militärischen Dreierallianzsystem" (Japan, USA und Südkorea), das sowohl auf den bilateralen, aus dem Jahre 1961 stammenden „Japan-US-Sicherheitsvertrag" wie auf den „ROK-US-Vertrag über gegenseitige Verteidigung" (ROK = Republic of Korea) basiert, entscheidend zugenommen. Yasuhiro Nakasone, Generaldirektor des „Verteidigungsamtes", kommentierte diese gegen die Völker Ostasiens gerichtete Expansionspolitik mit den Worten: „Die Militärausgaben Japans werden weitere 10-15 Jahre ansteigen" (12).

An den vom Allianzsystem um und auf Taiwan und Korea organisierten militärischen Operationen beteiligen sich immer mehr Truppen der japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräfte". Noch im März 1971 hatte der damalige japanische Außenminister Kiichi Aichi im Parlament frech erklärt: „Taiwan hat seit langem zu Japan gehört. Die Frage des Eigentumsrechts an Taiwan ist noch lange nicht entschieden worden" (13). Doch das Schanghaier Kommuniqué vom Februar dieses Jahres hat der japanischen Regierung und der noch immer von ihr – offen oder versteckt – vertretenen Politik des „ein China, ein Taiwan" einen gewaltigen Schlag versetzt.

Bedeutet dies, daß Washington und Tokio ihre expansionistische Asienpolitik aufgegeben haben und „friedlicher" geworden sind? Keineswegs. Nicht nur die jüngste Entwicklung in Indochina, sondern auch die „Rückgabe" der Ryukyu-Inseln an Japan sowie die Verhältnisse in Südkorea (wo Park Chung-hee seit Ende '71 mit Notstandsdekreten regiert) zeigen, daß sich die Formen der konterrevolutionären Strategie, nicht aber deren Inhalt geändert haben.

Die Mitte Mai dieses Jahres erfolgte „Rückgabe" Okinawas an Japan stellt eine – gemäß dem Rückgabeabkommen vom 17. 6. 71 – administrative Übernahme und Verantwortung Tokios über die Inseln dar – ist folglich nichts anderes als eine Entlastung des US-Imperialismus von seinen „internationalen Pflichten" im Sinne der Nixon-Doktrin. Mithin fällt Japan im Fernen Osten diejenige Aufgabe zu, die Westdeutschland für Europa im Zuge der Schwächung Washingtons übernahm, als sich die SPD-Regierung bereit erklärte, bis 1976 6,75 Mrd. DM in Form von Instandsetzungsgeldern für Kasernen, Ankauf von modernem Waffenmaterial etc. an die USA zu zahlen. 1. Auch nach dem formalen „Rückgabe"rummel in Tokio bleibt Okinawa der größte US-Stützpunkt außerhalb Amerikas. 2. Die US-Imperialisten behalten 88 ihrer 134 militärischen Anlagen (Wert: über 2 Mrd. Dollar) auf der Insel. Die anderen US-Basen wie z. B. auf Ishigaki (zwischen Okinawa und Taiwan) bleiben weiterhin in amerikanischem Besitz. 3. Ohne Kontrolle der japanischen Regierung dürfen die USA auch weiterhin ihre auf Okinawa stationierten Aggressionstruppen (50 000 Soldaten) trainieren. 4. Die von hier aus inszenierten Spionageakte (man nennt das ja wohl „Aufklärungsflüge") werden nicht eingestellt. 5. Der antikommunistische Hetzsender „Voice of America" wird auch zukünftig seinen demagogischen Spülicht über die VR China, Nordvietnam und Nordkorea ausschütten. 6. Ferner enthält der „Rückgabevertrag" keine Klausel, die den Amerikanern den Abtransport der auf Okinawa lagernden Atomwaffen (sowie B- und C-Waffen) zur Auflage macht. 7. Okinawa bleibt – wie jüngst wiederum bewiesen – Sprungbrett und Nachschublager für den Genozid in Indochina. 8. Trotz des Untersuchungsberichts des japanischen Nationalrats vom 23. 6. 71 und der Recherchen des sozialistischen Abgeordneten Kosuke Uehara im Oktober letzten Jahres, aus denen hervorging, daß über 1000 Atomwaffen auf Okinawa lagern, hielt und hält die Sato-Regierung es nicht für notwendig, die Amerikaner durch das Parlament zum Abzug der Waffen aufzufordern. 9. Die exterritorialen Rechte der US-Imperialisten – sie kontrollieren auch weiterhin ca. 13 % der Gesamtfläche Okinawas – bleiben unangetastet. Und schließlich werden im verstärkten Maße die „Selbstverteidigungsstreitkräfte" nach Okinawa abkommandiert. Schon bis Ende dieses Jahres werden sich dort 2900 Soldaten befinden. Ihre Zahl wird kontinuierlich erhöht.

Alle diese Tatsachen beweisen überdeutlich: „Den Hintergrund des Okinawa-Abkommens bildet der ‚Sicherheitsvertrag' aus dem Jahre 1961 und die japanisch-amerikanische ‚gemeinsame Erklärung' von 1969. Der Übergabevertrag bindet Japan fest an die USA, verwandelt er doch den alten Sicherheitsvertrag in ein Militärbündnis, was wieder in Einklang mit der japanischen Stoßtruppenfunktion im Rahmen der US-Strategie steht" (14).

Noch im letzten Jahr posaunte der damalige Außenminister Aichi: „Alles was im eigentlichen Japan existiert, kann auch weiterhin in Okinawa existieren" (15). Im Klartext: Japan soll „okinawaisiert" werden. Aichis Äußerung muß vor dem Hintergrund des „US-Japan-Geheimpaktes" vom 25. 4. 71, der die „Lagerung von Nuklearwaffen und Landung nuklearer US-Patrouillenboote in Japan (zeitweilig) erlaubt", gesehen werden. Vor Vertragsabschluß wurde bereits ein Teil der auf Okinawa befindlichen Atomwaffen nach Japan gebracht, die nunmehr auf Okinawa

Aufbruchbereit

dpa

ebenso wie im eigentlichen Japan gelagert werden dürfen, da Tokio ja den Bedingungen des Sicherheitsvertrages unterliegt. In diesem unterstützen die USA den japanischen Verzicht auf Atomwaffen. Der Okinawa-Vertrag erlaubt Washington zwar nur, Atomwaffen auf Okinawa zu lagern, wenn die japanische Regierung dies gestattet. Zur Genehmigung ist die japanische Regierung indes durch den Sicherheitsvertrag verpflichtet, wenn die „Sicherheit" Taiwans oder Südkoreas bedroht ist! Inspizieren darf sie die amerikanischen Atomwaffen ohnehin nicht. Obwohl von Tokio 70 Mio. der 320 Mio. Dollar, die Japan für die Übernahme von 46 militärischen Anlagen zahlt, für den Abtransport der Atomwaffen bestimmt sind, erklärte US-Verteidigungsminister Laird dreist, daß die Japaner, wenn sie schon den atomaren Schutz der USA wollten, keine Fragen über deren Lagerung in Japan stellen sollten (16). Täuschung des japanischen und amerikanischen Volkes über den offen konterrevolutionären Charakter dieses gegen die Völker Ostasiens gerichteten Komplotts – das ist es, was die Vertreter des amerikanischen und japanischen Monopolkapitals im Auge haben!

Noch vor der offiziellen „Rückgabe" Okinawas an Japan startete Tokio seine Kapitaloffensive in Südkorea, um auch dort seine Position im Rahmen des „Dreierallianzsystems" zu stärken. 7 Jahre nach Abschluß des südkoreanisch-japanischen Vertrages, der die Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisierte, kontrolliert das japanische Monopolkapital den Löwenanteil der südkoreanischen Wirtschaft. Allein der Außenhandel wird zu 37 % von Japan beherrscht.

Als die Weltbank die Finanzierung des ihr als unrentabel erscheinenden Stahlwerkprojekts Pohang ablehnte, stiegen die Japaner mit einem 140 Mio. Dollar-Kredit unverzüglich ins Geschäft ein. Obgleich die anfänglich geplante Jahresproduktion relativ niedrig ist (1,3 Mio. Tonnen Rohstahl), versucht Tokio die in den Kinderschuhen steckende Stahlindustrie Südkoreas unter seine Kontrolle zu bringen. Die Beherrschung der lokalen Rüstungsindustrie ist das langfristige Ziel (17). Von 230 Industrie- und Handelsgesellschaften, die in Südkorea ganz oder partiell von Ausländern kontrolliert werden, steckt in 152 japanisches Kapital, während die USA nur in 91 vertreten sind. Es entspricht der Logik der japanischen Imperialisten, wenn deren oberster Geschäftsführer Eisaku Sato unverblümt von Japan und Südkorea sagt, sie seien als eine „einzige ökonomische Einheit" zu betrachten, die es laut Weißbuch ebenso zu schützen gilt wie beispielsweise die Straße von Malakka.

Forcierter Kapitalexport, Plünderung der Rohstoffressourcen, Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, zunehmende Militarisierung der japanischen Wirtschaft und Täuschung der japanischen Volksmassen über den wahren Charakter des Okinawa-Komplotts sind zwei Seiten ein und derselben Medaille – Zerschlagung der revolutionären Brandherde in Asien. Hierin sind sich Tokio und Washington einig.

Anmerkungen:

(1) Mendelsohn / Claude / Ulbricht, „Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus. Analysen zur internationalen Lage in der Zeit nach dem 2.Weltkrieg", Verlag Kommunistische Texte, Münster/Westf., Juni 1972.
(2) So war der Koreakrieg für die kapitalistische Restauration Westdeutschlands von großer Bedeutung. Durch die Umstellung großer Teile der Industrie auf Kriegsproduktion wurden Marktlücken geschaffen, die andere Länder durch gesteigerte Exporte am Kriegsboom teilnehmen ließ. Innerhalb eines Jahres (von 1950–51) stiegen die US-Militärausgaben von 14,1 auf 33,6 Mrd. Dollar an; das entsprach einer am Volumen des Bruttosozialprodukts gemessenen prozentualen Steigerung von 5 auf 10,2 %. (Siehe D. Horowitz, „Big Business und Kalter Krieg", März Verlag, Ffm, 1971).
(3) Aus „Progressive Review", 12, Manila, Juli 1970. Zitiert nach „Südostasienkorrespondenz", Bonn, Oktober 1971, S. 31.
(4) Vgl. „links" Nr. 28, Dezember 1971, S. 15, 16. Artikel 9 der japanischen Verfassung lautet in vollem Wortlaut: „Das japanische Volk wünscht aufrichtig einen internationalen Frieden, bei dem Gerechtigkeit und Ordnung die Grundlagen bilden und verzichtet auf ewig auf Verwendung von Waffengewalt als Mittel zur Beilegung von internationalen Auseinandersetzungen. Um den Zweck des obigen Abschnittes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstiges Kriegsmaterial unterhalten. Das Recht auf Kriegsführung durch den Staat wird nicht anerkannt."
(5) Zitiert nach „The Business Viewpoint", University of the Philippines College of Business Administration, Diliman, Quezon City (Philippines), 1970, S. 29.
(6) Ebenda.
(7) Den Vorsitz des „Komitees der Verteidigungsproduktion", das die 80 größten Rüstungsfabriken umfaßt, hat der Vorsitzende der mächtigen Keidanren (Vereinigung der Wirtschaftsorganisationen)! Hinter der Maske der verstärkten wissenschaftlichen Forschungstätigkeit setzt sie sich für die Interessen des Monopolkapitals ein. Das gegenwärtige Aufrüstungsprogramm hat denn auch die direkten Militärausgaben auf 5,8 Billionen Yen veranschlag. Dieser Betrag liegt gar bei weitem über den seit Ende der fünfziger Jahre festgesetzten Programmen! Laut Angaben aus dem „Weißbuch für nationale Verteidigung" stiegen die direkten Militärausgaben allein von 1961–71 – also seit der Ausweitung des Vietnamkrieges – um ganze 362 %!
(8) 1969 fiel die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 13,8 % auf 12,1 %, im Jahre 1970 sogar auf 9,9 %. Die gegenwärtige Tendenz ist weiterhin fallend.
(9) Vgl. „Handelsblatt" vom 28. 9. 1970.
(10) Nach der Dezemberabwertung des US-Dollar sind die knappen philippinischen Devisenreserven weiter geschrumpft. Hinzu kommt die Ankündigung des Internationalen Währungsfond, das philippinische Währungssystem noch mehr zu kontrollieren, d. h. daß ein systematischer Abbau aller Arten von Kontrollen über den philippinischen Devisenverkehr und Außenhandel eingeleitet werden soll.
(11) Diese Zahl wird auch im offiziellen Jahresbericht des Philippinischen Wirtschaftsrates (NEC) für 1970 genannt.
(12) „Peking Rundschau" Nr. 9/71.
(13) „Peking Rundschau" vom 27. 4. 71, S. 20.
(14) „Südostasienkorrespondenz", Bonn, Okt. '71, S. 7.
(15) „Peking Rundschau" Nr. 19/71.
(16) „Der Spiegel" Nr. 48/71, S. 126.
(17) „Der Spiegel", Nr. 46/71, S. 156, 158.

organisationen

Zur Entwicklung des Verbandes des linken Buchhandels (VLB)

Die linken Buchläden, Vertriebe und Verlage sind ein Produkt der Studentenbewegung. Sie hatten anfangs den Anspruch, Gegenöffentlichkeit zu schaffen; indem sie relevante Texte vervielfältigten und verbreiteten, verstanden sich als Kommunikationsplätze und führten mittels Raubdruckerei „den Kampf gegen das bürgerliche Copyright". Sehr rasch entstand ein linker Markt mit anarchischen Konkurrenzverhältnissen und Linksgewinnlertum. Der 1970 entstandene VLB sollte die Arbeit der einzelnen Projekte koordinieren, die Kooperation zwischen ihnen vorantreiben und nicht zuletzt die Mitglieder kontrollieren, um dem Linksgewinnlertum ein Ende zu bereiten.

Die mit dem Zerfall der Studentenbewegung einsetzende Fraktionierung innerhalb der Linken spiegelte sich auch im VLB wieder. Es bildeten sich zwei Gruppen von Projekten heraus, eine Gruppe der Parteibuchhandlungen und Verlage, die sich einer ML-Organisation unterordneten, was sich dann in Sortimentsaufbau und Verlagsprogramm niederschlug, und eine andere Gruppe, deren Mitglieder aus ihrem kollektiven Arbeitszusammenhang heraus die politische Bestimmung ihrer Projekte zu entwickeln suchten, was allerdings die Diskussion und Zusammenarbeit mit politischen Gruppen keineswegs ausschloß.

Auf der Mitgliederversammlung im Herbst 1971 ergab sich eine ML-Mehrheit, und es konnten sich die ML-Gruppe im Verband durchsetzen. Es gelang ihnen zwar, den Verband in VkB (Verband des kommunistischen Buchhandels) umzubenennen, praktisch aber scheiterten sie mit ihrer Verbandspolitik im nächsten halben Jahr kläglich, was auch von ihnen selbst zugegeben wurde. Die starke Fraktionierung innerhalb des ML-Lagers trug viel dazu bei.

So stellte sich die Notwendigkeit eines Neuanfangs. In Berlin hatte sich aufgrund der Erfahrungen der Herbsttagung ein regionaler Zusammenhang zwischen den dortigen Projekten gebildet, was dazu führte, daß die Berliner Gruppe zu der nächsten Mitgliederversammlung im Mai mit einem inhaltlich ausgearbeiteten Konzept erschien (das auch vom Sozialistischen Büro unterstützt wurde).

Die Berliner gingen davon aus, daß die politische Linie der Projekte nur aus ihrer Arbeit und Arbeitsform selbst entspringen kann, also nicht fremdbestimmt sein darf. Projekte im VLB sollten von kollektiven Arbeitsformen getragen sein; für ihre juristische Absicherung scheint aus zwei Gründen der GmbH-Vertrag des bürgerlichen Rechts der geeignetste Rahmen: einmal um zu vermeiden, daß sich privatrechtliche Besitzende eines guten Tages mit dem kollektiv Erarbeiteten aus dem Staube machen, sei's unter vorgeschobenen politischen Gründen oder ohne diese; zum anderen um zu garantieren, daß als Ausgangsbasis für jedes Projekt materiell gleiches Recht für alle herrscht, d. h. daß allen, die an dem Projekt mitarbeiten, die gleichen Entscheidungsbefugnisse und damit die gleichen Chancen gegeben sind, zu lernen und an seinem Gestaltungsprozeß mitzuwirken.

Ein politischer Buchladen, der Literatur zur Theoriengeschichte der Arbeiterbewegung genauso wie die Kritik bürgerlicher Soziologie usw. in seinem Sortiment führen muß, bedarf der Qualifikation der Genossen, die in ihm arbeiten. Zur Einlösung dieses Anspruchs ist notwendig einerseits eine den Erfordernissen des Sortiments entsprechende theoretische Arbeit, zum anderen die Herausbildung einer politischen Qualifikation zur aktuellen Gestaltung, Änderung, Erweiterung des Sortiments und möglicher Verkaufsformen.

Insgesamt ist zu fordern, daß in die politischen Entscheidungsstrukturen in VLB-Projekten alle in ihnen Arbeitenden einbezogen sind. Die Arbeit im Kollektiv sollte die Aufhebung der Arbeitsteilung beinhalten und die damit verbundene Hierarchisierung der Entscheidungsstrukturen auflösen. Erst dadurch sind die Bedingungen geschaffen, daß die politische Bestimmung des Kollektivs nach außen hin von allen getragen wird.

Die Diskussion um die Kooperation innerhalb des Verbandes soll intensiviert werden, Verlage und Buchläden könnten zusammenarbeiten, gleichgerichtete Projekte (z. B. Kinderbuchverlage) könnten kooperieren, die politischen Entscheidungen sollten – wie in Berlin schon praktiziert – auf regionaler Ebene diskutiert werden.

Interessant für Nichtbuchhändler ist der Punkt, daß die Kunden eines politischen Buchladens als politische Subjekte anzusehen sind, die besonders auf die inhaltliche Sortimentsgestaltung Einfluß haben sollten: Zu einer aktiven Be-

stimmung des politischen Buchhandels gehört, daß er den regionalen Umkreis kennt, aus dem er seine „Kunden", Genossen die Bücher kaufen, „bezieht". Das darf nicht nur eine technische Funktion im Sinne der Erstellung bürgerlicher schichtenspezifischer Bestsellerlisten sein. Denn ebenso, wie es wichtig ist, zu wissen, wieviel Leute welche Literatur kaufen, muß zugleich gewusst werden, woher diese Wieviel kommen und warum sie kaufen. Um dies zu erfahren, reicht es nicht, daß man sie befragt; dies ist bei der gegenwärtigen Struktur der Läden auch schlecht möglich. Es ist daher wichtig, daß jedes Buchladenkollektiv die im regionalen Umkreis ansässigen Organisationen, spontanen Aktionsgruppen, politischen Arbeitskreise etc. kennt, ebenso deren aktuelle Fragestellung, und damit deren Frage nach Literatur viel besser beantworten kann als ohne diese Kenntnis.

Es wäre darüber hinaus eine wichtige Aufgabe für den Verband, eine Öffentlichkeit über den internationalen Charakter der Konterrevolution herzustellen (Valpreda; Feltrinelli, Davis, Overnay, von Rauch, IRA, etc.). Es muß gewährleistet sein, daß an zentraler Stelle Material der politischen Gruppen im Ausland gesammelt und vervielfältigt den Buchhandlungen zur Verfügung gestellt wird.

Der linke Buchhandel, der entstand, um der Unterdrückung linker Literatur (durch Copyright-Anachronismen und verfälschendes Sortiment) ein Ende zu bereiten, ist seit einiger Zeit im Zuge allgemeiner Verfolgungskampagnen der Linken zunehmenden Repressalien des Staatsapparates ausgesetzt. Diese Repression ist eine politische gegen die Linke als ganze gerichtete Welle, die unsere Differenzierungen von RAF bis Jusos nicht mitmacht, sondern uns kurzerhand allesamt als „Baader-Meinhof-Bande" verfolgt. Diese Repression zwingt uns einerseits zu ganz konkreten Abwehrmaßnahmen, andererseits aber vor allem zu einem politischen Konsensus, der uns erst einheitliches Vorgehen ermöglicht. Konkret muß der Verband seinen einzelnen Mitgliedern Rechtshilfe leisten können, sowie bei Übergriffen der Staatsgewalt dafür Sorge tragen, daß eine möglichst breite Öffentlichkeit hergestellt wird.

Das eben kurz referierte Berliner Konzept konnte jedoch während der VLB-Mitgliederversammlung Ende Mai '72 in Frankfurt nicht von allen Mitgliedern diskutiert werden, da von der ML-Fraktion, die auf formalen Satzungsfragen beharrte, eine Spaltung herbeigeführt wurde. Der überwiegende Teil der anwesenden „Projekte" diskutierte dann dieses Programm ohne die ML und beschloß in Resolutionen, auf der Grundlage dieses Konzeptes die Arbeit neu aufzunehmen.

Auf dieser Mai-MV bewiesen die dogmatischen ML-Gruppen einmal mehr ihre Wirklichkeitsferne, indem sie Buchhandel und Verlagswesen einer „Partei"- und „Machtpolitik" zu subsumieren suchten, ohne den Bedürfnissen und Interessen, die aus den Arbeitszusammenhängen selbst entstehen, Rechnung zu tragen. Wieder einmal mehr (und wieder einmal mehr erfolglos!) wurde der hinlänglich bekannte ML-Anspruch erhoben, „Partei der Arbeiterklasse" zu sein, ohne diesen Anspruch tatsächlich je in konkreten Klassenkämpfen begründet zu haben. Sie glauben, daß sie die „ganze Erfahrung der Arbeiterbewegung" in sich vereinigt haben, sind aber tatsächlich nicht bereit, sich auf die Erfahrung der Klassenkämpfe wirklich einzulassen.

Die Organisation, die einen solchen Anspruch erheben könnte, muß erst geschaffen werden, im Rahmen der kämpferischen Bewegung in den Betrieben, Stadtteilen, Schulen und Universitäten sich erst entwickeln und bewähren, und erst diese Kämpfe werden ihre historisch adäquate Organisationsform und ihre Strategie erweisen. Als Initiations- und Ausdrucksmittel wird sozialistische und marxistische Literatur ein Moment dieser Bewegung selber sein. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe, das linke Buchhandels- und Verlagswesen in Kooperation mit den arbeitenden sozialistischen Gruppen konsequent auszubauen und weiter zu entwickeln.

Das kommissarische Sekretariat des neuen VLB hat der VLB-Landesverband Westberlin, c/o Basis Verlag, 1 Berlin 15, Postfach 645, übernommen.

VLB-LANDESVERBAND BERLIN

Gegen die Zerschlagung des Georg-von-Rauch-Hauses

Vorbemerkung

Sozialarbeit/Heimerziehung hat sich bisher nicht aus dem staatlichen Disziplinierungs- und Unterdrükkungsapparat herauslösen können. Ihre Forderungen nach individueller Emanzipation verhallten angesichts der kapitalistischen Produktionsweise, die Bedingungen setzt, durch die insbesondere Kinder und Jugendliche zum Klientel der Sozialarbeit werden. Vollzieht sich der Integrationsprozeß der zukünftigen Arbeitskraft nicht reibungslos, stehen eine Reihe verschiedener Jugendhilfemaßnahmen bereit. Ist der Sozialisationsprozeß so stark gestört, werden Kinder und Jugendliche in Fürsorgeerziehungsheime abgeschoben, in denen der größte Teil von ihnen immer weiter in den Teufelskreis von Verwahrlosung und Kriminalität gerät (s. „links" Juni 1970: Heimerziehung, Deklassierung, Disziplinierung). Angesichts der Erfolglosigkeit von Fürsorgeerziehung und der ungeheueren Diskrepanz zwischen Alltagspraxis erzieherischer Wirklichkeit und erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen, versucht die Sozialbürokratie das lädierte Ansehen durch Reformmodelle auszubessern.

Überschreiten jedoch die Betroffenen den ihnen zugewiesenen Spielraum, schreiten sie zu politischer Aktion, geraten sie zwischen die Mühlsteine reaktionärer Bürokraten, denen schon Reformen, Modelle und Experimente ein Dorn im Auge sind und Reformpolitiker und -pädagogen, die über den Rahmen des sozialpädagogischen Erziehungsinteresses des bürgerlichen Staates nicht hinausblicken können.

In welcher Weise die „Law and Order"-Parolen, das sozialpädagogische Erziehungsinteresse mit dem Klasseninteresse der Arbeiterjugendlichen kollidierte, zeigt die Auseinandersetzung um das Georg von Rauch-Haus in der folgenden Dokumentation, die vom Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Ffm. aus den Unterlagen des Georg von Rauch-Hauses und der Dokumentation des Senates für Familie, Jugend und Sport in Soziale Arbeit 6/72 und Neuer Rundbrief 3/72 erstellt wurde.

Dokumentation

Am 8. 12. 1971 wurde das ehemalige Martha-Maria-Haus auf dem Gelände des Bethanien-Krankenhauses von einigen hundert Jugendlichen besetzt. Später wurde zwischen dem Eigentümer der Gebäude, dem Bezirksamt Kreuzberg, und dem Projekt (Träger ist das Jugendzentrum Kreuzberg e.V.) ein Nutzungsvertrag, der die legale Fortsetzung des Projekts ermöglichen sollte, für eine befristete Zeit abgeschlossen. Seit dieser Zeit wird das Gebäude von etwa 60 Jugendlichen und 15 älteren Personen (Arbeiter, Studenten, Sozialarbeiter, Lehrer etc.) bewohnt und in eigener Regie verwaltet.

Bei den Jugendlichen handelt es sich zum überwiegenden Teil um ehemalige Heiminsassen oder Jugendliche, die von zu Hause entwichen sind und um eine stabile Gruppe von Lehrlingen und Jungarbeitern.

Der größte Teil der Jugendlichen wuchs unter schwierigen Lebens- und Erziehungsbedingungen auf und verbrachte die meisten Jahre in Fürsorgeerziehungsheimen. Nach ihrer Flucht aus dem Heim oder dem Zuhause führten sie als Trebegänger ein illegales Dasein, was meistens mit dem totalen Absinken in die Kriminalität verbunden ist.

Durch die Besetzung des leerstehenden Hauses erkämpften sie sich die Gelegenheit, ihre Lebenssituation kollektiv selbst zu gestalten und den Teufelskreis von Verwahrlosung und Kriminalität zu durchbrechen. Die pädagogische und politische Konzeption geht aus von der Selbstorganisation der Betroffenen:

„Die Selbstorganisation der jugendlichen Wohngemeinschaften ist der Ansatz zur Selbstorganisation der eignen Lebenspraxis. Die in den Kollektiven am ehesten mögliche gemeinsame Arbeit der je individuelle Erfahrungen vergrößert die Chance, daß die Jugendlichen motiviert werden, über ihre individuelle Motzerei hinaus zur Gesellschaftsänderung beizutragen. Die Jugendlichen haben das Bedürfnis nach einer neuen Lebensform, die die Möglichkeiten einer Persönlichkeitskollektive sollen den Jugendlichen helfen, ihr eigenes Schicksal als überwindbares Klassenschicksal zu begreifen.

Indem Emanzipation keine individualistische ist, sondern sich orientiert an den Möglichkeiten kollektiver bzw. solidarischer Verhaltensweisen, bestimmt sie sich als politische Perspektive, wird Emanzipation bestimmt als Befreiung von Unterdrückung. Wir gehen von der Annahme aus, daß die Jugendlichen aus Heimen ‚psychisch' geschädigt sind. Allerdings nicht nur sie, sondern mit graduellen Unterschieden alle in dieser entfremdeten Gesellschaft lebenden Personen. Insofern lehnen wir die von der Pädagogik postulierte Grenze zwischen ‚geschädigten Jugendlichen' und ‚normalen Erziehern' strikt ab. Auch der Erzieher muß erzogen werden, er muß einen Lernprozeß mitmachen.

Die Pädagogik ist ein Teil und eine Funktion der Gesellschaft und kann vom politischen Geschehen nicht getrennt werden."

In der kollektiven Selbstorganisation und der sozialen Zusammensetzung waren günstige Voraussetzungen gegeben:

a) die Jugendlichen in ihrem Selbstbewußtsein soweit zu stärken, daß sie ihre passive Fürsorgeempfängerhaltung überwinden und ihre Interessen selbst vertreten konnten,

b) den Jugendlichen solche Erfahrungen zu vermitteln, daß sie bei entsprechendem kollektiven Engagement ihre Lage verändern können und ein Ableiten in die Subkultur der Kriminalität verhindert wird.

Diese positive Einschätzung wurde

Selbstorganisation vorantreiben

Wie läuft die Organisation hier im Haus?

M: Also wir haben einen Küchendienst eingerichtet, allerdings nicht wie in Heimen; da haben sich die Leute freiwillig gemeldet, da ist kein Zwang, da greift jeder mal zu, damit die Küche sauber ist. Jeder hat auch mal Dienst im Informationsbüro, Nacht- oder Tagesdienst, damit hier nicht — wie in der ersten Zeit — Leute rumstöbern, die hier nichts verloren haben, die was machen, zum Beispiel für die Gruppen, die wir hier angefangen haben. Wir haben z. B. eine Mädchengruppe.

E: Neben den Gruppen gibt es die Ausschüsse (Presseausschuß, Wirtschaftsausschuß usw.) und als wichtigste Einrichtung haben wir das Plenum, das zweimal wöchentlich zusammentrifft, da berichten die Ausschüsse oder tragen ihre Probleme vor.

Auszug aus b:e 3/72

auch von den Vertretern des Senats für Familie, Jugend und Sport geteilt:
„Die positiven Ansätze sehen wir vor allem in
– der zunehmenden Selbstorganisation der eigenen Lebenspraxis von einer zunächst chaotischen Ausgangslage;
– der Methode der Selbstorganisation, die vornehmlich darauf gerichtet ist, individuelle Probleme solidarisch im Kollektiv aufzuarbeiten.
Durch diese kollektive Handlungsform wird dem einzelnen ein hohes Maß an Aktivität abgefordert;
– den Folgen der Selbstorganisation, die durch die vorausgesetzte, unmittelbare Beteiligung gewissermaßen im Zeitraffertempo Bewußtseinsprozesse und Änderungen von Verhaltensweisen bewirkt hat. Man kann geradezu von einem dynamischen Sog sprechen, der einzelne Jugendliche – auch nach kurzer Zeit der Mitwirkung im Kollektiv – von zunächst passiv-perspektivlosen zu kritisch-aktiven Teilnehmern am gesellschaftlichen Leben werden ließ;
– der konkreten Einlösung des Selbstorganisationsanspruchs, indem auf eine laufende Förderung des Projekts verzichtet wurde und sich die Jugendlichen damit zugleich auferlegten, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten."
Dieser sozialpädagogische Ansatz, der in der Einschätzung des Senats zum Ausdruck kommt, wurde durch die Jugendlichen überwunden.
Die Aufhebung der Trennung von „normalen" und „sozialauffälligen" Jugendlichen, die neue Rollenzuweisung für Pädagogen und erwachsene Berater, die Öffnung nach Außen wird als ein politischer Ansatz verfolgt, der zwar für alle einen langwierigen Lernprozeß bedeutet, aber die Jugendlichen aus der unmündigen Rollenzuweisung hebt und sie in die Lage versetzt, als politisch handelnde Subjekte ihre Lebenssituation durch gemeinsames Handeln zu verbessern, denn erst die Wahrnehmung ihrer Rechte als politische Staatsbürger bietet die Gewähr dafür, daß der Teufelskreis der Kriminalität durchbrochen werden kann.
So zeigen die bisherigen Erfahrungen im Georg von Rauch-Haus, daß die kollektive Selbsterziehung zur Persönlichkeitsstabilisierung, zur Ausbildung sozialer Fähigkeiten und zur Aufhebung von sozialer Isolierung geführt haben (wie die Pädagogen Wolfgang Müller, Manfred Liebel, Helmut Kentler etc. in ihrem Gutachten festgestellt haben) und die Jugendlichen trotz äußerer und innerer Schwierigkeiten ihren Aufenthalt legalisiert haben, sich kollektiv oder einzeln Arbeits- und Schulplätze besorgt haben und in der Lage waren, ihre Interessen gegenüber der Behörde wahrzunehmen. Dies dokumentiert u. a. diese Auszüge aus den Protokollen der Verhandlungen mit dem Senat:
„Wir drehten die Sache einfach um. Wir sahen, daß die Senatsverwaltung aufgrund ihrer Reformträchtigkeit und einmal gegebenen Unterstützungsbereitschaft unter Druck zu setzen war. Die Typen mußten zu uns kommen, ihre Namen vorher nennen und sich in unseren Räumen einer genaueren Ausweiskontrolle unterziehen. Wir wollten sicherstellen, daß nicht bereits zu diesem Zeitpunkt Bullen der Politischen Polizei auf diesem Wege sich in das Georg von Rauch-Haus einschleichen konnten. Wir wiesen die 15 Kommissionsmitglieder in einen Raum, machten Erinnerungsfotos und zeigten genug Phantasie, um ihnen ihre gewohnte arrogante Selbstsicherheit zu nehmen. Die Machtverhältnisse schienen für Momente auf den Kopf gestellt.
Im Plenumsraum konfrontierten wir die 15 Vertreter von CDU, SPD, Senat und Landesjugendausschuß mit uns ca. 60 Jugendlichen und erwachsenen Genossen, die uns bei der Arbeit unterstützen. Unsere vorbereitete Antwort lautete:
Geld für Erzieher und Sozialarbeiter?
Nein – wenn wir unseren Tag selbst organisieren wollen, brauchen wir keine Erzieher. Höchstens Geld für Mitarbeiter, die in den Arbeitsgruppen konkrete Funktionen übernehmen, medizinische und psychotherapeutische Hilfe, Rechtsberatung usw. leisten, sowie für Sozialarbeiter solange, bis die Legalisierung abgeschlossen ist.
Geld für den Lebensunterhalt?
Nein – wir können selbst arbeiten. Schüler fordern ihr Geld über das Ausbildungsförderungsgesetz.
Geld für Haushaltsgeräte und andere Grundanschaffungen?
Ja – große Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrspülmaschinen usw. sowie Renovierungskosten des Hauses erfordern Geld, das wir nicht haben.
Geld für Arbeitsgruppen?
Ja – wir brauchen Materialien wie Tonbandgeräte, Druckmaschinen usw., um z. B. unsere Arbeit zu dokumentieren, Lernmaterialien zu erstellen usw. Unser selbstverdientes Geld reicht dafür nicht aus.
Einigen unserer Verhandlungsgegner hatten war damit die letzte Illusion zerstört, uns Daumenschrauben anlegen zu können. Sie rechneten immer noch mit unserem Antrag auf laufende Unterstützung für Lebensunterhalt. Damit war jetzt endgültig Schluß."
Auch innerhalb der Bevölkerung wird der Versuch der politischen Wahrnehmung von Rechten unterstützt, was die zahlreichen materiellen und ideellen Unterstützungen zeigen.
Während der „linke Flügel" der Berliner SPD das Jugendprojekt als potentielles Aushängeschild sozialpädagogischer Reformpolitik „fördert" (und mit der Förderung eine politisch-pädagogische Kontrolle des Kollektivs durchzusetzen sucht), sind CDU und „SPD-Rechte" entschlossen, die Jugendlichen aus ihrer „Neuen Heimat" zu vertreiben.
Konnte die Besetzung des Hauses wegen des Widerstandes der Jugendlichen und dem Einspruch des Kreuzberger Stadtrates Beck nicht mit Knüppeleinsatz rückgängig gemacht werden, so bot sich am 19. 4. 1972 neue Gelegenheit zu polizeilicher Gewaltdemonstration. Mehrere hundert Polizisten umzingelten und stürmten das Haus und kehrten in den rund 90 Zimmern das unterste zu oberst, beschlagnahmten ohne Quittung übliche Haushaltsgegenstände wie Isolierband, Batterien, Wecker und Unkraut-Ex, nahmen mehrere Jugendliche vorübergehend fest, so daß

einige in der Folgezeit ihre Arbeitsplätze verloren. Anlaß für diese Großjagd auf kriminalistisches Beweismaterial bot ein Bombenanschlag auf den Britischen Jachtclub.
War der Polizeieinsatz auch nicht erfolgreich, so paßte er doch gut in das Konzept derjenigen, die das Projekt mit dem Mittel der Kriminalisierung zu zerschlagen versuchten. Wiederholt wurden in der Presse Falsch- und Tendenzmeldungen veröffentlicht, um das Georg-Rauch-Haus als „Hort von Kriminellen" und als „Terrorzentrum" zu diffamieren (so in der Springerpresse und in einer CDU-Presseerklärung vom 19. 4. 72). In das Konzept paßten auch die Überfälle von Schlägern einiger Zuhälterringe, die sich nicht damit abfinden wollten, daß „ihre Mädchen" sich nicht mehr „auf dem Strich" ausbeuten ließen. Ferner der zynische Versuch, „zum Schutz der Jugendlichen" 5 m hinter dem Haus einen Stacheldrahtzaun zu errichten und damit das Haus in ein Getto zu verwandeln und die Jugendlichen von ihrer Nachbarschaft zu isolieren.
Gegen das Jugendkollektiv und die an sozialpädagogischen Reformmodellen orientierte Politik des Bezirksamtes Kreuzberg zugleich richtete sich die als Folge des Polizeieinsatzes dem Bezirksamt abgezwungene Aussagegenehmigung für die im Georg-von-Rauch-Haus arbeitenden Sozialarbeiter. Indem diese als Informanten für den Polizeiapparat mißbraucht werden sollten, bestand die Chance, das mühsam in Ansätzen aufgebaute Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen zu zerschlagen und einen Konflikt zwischen den Sozialarbeitern und dem Bezirksamt zu schüren.
Immerhin hatte das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Jugend und Sport das Jugendkollektiv mit einer auf 6 Wochen befristeten Hilfe zum Lebensunterhalt (9,- DM/Tag und Jugendlichen) finanziell „unterstützt". Unter Ausnutzung der finanziellen Notsituation der Jugendlichen war versucht worden, diese mit Hilfe des Zuschusses an die pädagogische Kette zu legen, eine politisch-pädagogische Kontrolle über die Entwicklungen im Georg-von-Rauch-Haus zu gewinnen. Die Hilfe wurde deshalb gegen die Intentionen des BSHG in Form von Einkaufsscheinen „gewährt". Darin und in der tendenziellen Anwendung der Heimaufsicht entschleiert sich die „Gratwanderung" als ein Weg, auf dem sich das Bezirksamt Kreuzberg fest auf dem Boden emanzipationsfeindlicher Normen des Jugendwohlfahrtsgesetzes bewegt.
Gestärkt durch den Kampf gegen Diffamierung, Fürsorgelei und Polizei haben die Jugendlichen des Kollektivs ihre Probleme selbst in die Hand genommen, sich kollektiv und einzeln Arbeits- und Lehrstellen und Lernplätze in Schulen gesucht, gemeinsam mit erwachsenen Beratern die „Legalisierung" der Trebegänger vorangetrieben. Die von der CDU aufgestellte These, das Jugendzentrum habe sich zu einem „kriminellen Terrorzentrum" entwickeln können, war daher nicht zu beweisen. Die für den 2. Juni vorgesehene Hinrichtung des Projekts wurde daher verschoben und den Jugendlichen eine voraussichtlich 3-monatige Galgenfrist eingeräumt. Dann allerdings werden sich der Ausschuß für Sicherheit und Ordnung, der Hauptausschuß und der Jugendausschuß mit dem Georg-Rauch-Haus befassen. Ein weiterer Grund für die Senatsverwaltung, den Druck zur Anpassung an die Normen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auf die Jugendlichen zu verstärken: an ihnen läge es nunmehr, das weitere Schicksal des Jugendzentrums zu entscheiden.

Appell

Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Lehrer und alle an der Sozialarbeit Interessierten sollten sich darüber klar sein, daß der Kampf für die Erhaltung des Georg-Rauch-Hauses ein Kampf gegen die reaktionären Kräfte in unserem Land ist, die nicht nur in Berlin, sondern überall jeden Versuch der Emanzipation von kapitalistischen Arbeits- und Lebensformen zu zerschlagen suchen. Solidarisiert Euch deshalb mit den Jugendlichen des Georg-von-Rauch-Hauses:
– Schickt Solidaritätsadressen an das Solidaritätskomitee Georg-von-Rauch-Haus, 1 Berlin 36, Mariannenplatz 1–3 und an den Senator für Familie, Jugend und Sport, 1 Berlin 30, Am Karlsbad 8–10.
– Fordert die umfangreiche Dokumentation beim Solidaritätskomitee an.
– Spendet Geld für die weitere Entwicklung des Projekts. Konto: Berliner Bank 500/07/262/53 für Jugendzentrum e.V.
– Bildet neue Kollektive.

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, c/o Club Voltaire, 6 Frankfurt, Kleine Hochstraße 5

G. PABST K. SPRENGER

linker digest

Tribune Socialiste, Organ der PSU, Paris, Januar '72

Jean-Marie Vincent: Demagogie oder revolutionäres Engagement?

Mit dem Näherkommen der Wahlen 1973 in Frankreich rücken die Auseinandersetzungen über die Programme der Parteien an die erste Stelle der Aktualität. Kommunisten und Sozialisten halten es für erforderlich, ihrer möglichen Wählerschaft deutlicher zu machen, was in Aussicht steht. Ein radikales Infragestellen des gegenwärtigen Systems ist dabei unwahrscheinlich, weil beide Parteien sich bei der Ausarbeitung ihrer Programme eine sehr klare Grenze gezogen haben. Es handelt sich für diese Parteien allein um ein Regierungsprogramm.

Sie wollen eindeutig im Rahmen der bestehenden Einrichtungen an die Regierung kommen. Es handelt sich dabei für sie nicht um eine Revision der Verfassung von 1958 oder um eine Änderung der Wahlgesetze – in dieser Sicht spielt die Massenaktion nur eine untergeordnete Rolle (Streiks, Demonstrationen, Bildung von Komitees, demokratische Kontrolle der Kämpfe) – es handelt sich für sie auch nicht um einen Kampf zum Sturz der Regierung Pompidou durch Herausstellen aller ihrer Schwächen, die sie gegenwärtig zeigt, ferner nicht darum, den Arbeitern zu sagen, sie müßten sich angesichts der Verschlechterung der Wirtschaftskonjunktur (Inflation, internationale Spekulation, wachsende Arbeitslosigkeit) schnellstens von Regierenden befreien, die nur daran denken, und nur daran denken werden, den Arbeitern mehr auf den Rücken zu laden. Nein, im Vordergrund steht die Aussicht auf das Wahljahr 1973, der die Kämpfe in Lothringen und anderswo geopfert werden, es ist die Jagd nach Wählerstimmen mit schonender Behandlung der Vorurteile und Befürchtungen der einen wie der anderen, es ist die Suche nach einer illusorischen Erneuerung des Parlamentarismus.

Es ist in der Tat sehr instruktiv, die in den Programmen gegebene Analyse der kapitalistischen Gegensätze festzustellen. Folgende Hinweise dazu gibt Georges Marchais in der Einleitung zu seinem kleinen Buch „Kurswechsel – Programm für eine demokratische Regierung der Volksunion" (Marchais ist Generalsekretär der KPF):

„Was also ist die grundlegende Ursache für die schwere Krise in unserem Land? Das ist der schreiende Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der Nation auf der einen Seite und der Politik des Großkapitals auf der anderen Seite, das in einem einheitlichen Mechanismus der Macht eng verbunden ist, die das Land beherrscht, unterdrückt, regiert."

Also werden uns die Vorgänge so dargestellt, als ob nicht die Bourgeoisie mit ihren vielfachen Verzweigungen in der Gesellschaft der Klassenfeind ist, sondern die Politik der Großmonopole im Gegensatz zu einer Nation, die insgesamt als verhältnismäßig homogen angesehen wird. Es ist nicht mehr das Proletariat, das sich gegen die Bourgeoisie auflehnt, es ist die Koalition der Kleinen und der Opfer, die sich gegen die 200 Familien auflehnt. Der scheinbare Radikalismus in der Formulierung vom einheitlichen Mechanismus, welcher das Großkapital mit der Macht verbindet, darf keine falsche Vorstellung erwecken. Wenn man begreift, daß es sich nur um eine kleine isolierte Handvoll handelt, dann ist es klar, daß man keinen langen harten Kampf zur Isolierung dieser Gesellschaftsschicht zu führen hat. Es genügt, den Stimmzettel und den Staat richtig zu benutzen, um an seine Spitze eine andere Politik zu setzen. Den i-Punkt macht Georges Marchais, wenn er schreibt:

„Man kann vom gegenwärtigen Regime nichts erwarten, wo eine kleine Minderheit der Großkapitalisten ihr Gesetz aufstellt, das Gesetz des monopolistischen Profits. Um eine soziale, eine volkstümliche Politik möglich zu machen, ist in unserem Land daher eine wahrhaftige Demokratie einzurichten ... Eine wahrhaftige Demokratie, das heißt auch ein Regime, bei dem das arbeitende Volk endlich tatsächlich an der Lenkung der öffentlichen Angelegenheiten und an der Ausrichtung der nationalen Politik teilnehmen kann. Für die gegenwärtige Regierung ist die Teilnahme die Torte mit der Crème der öffentlichen Reden. Für uns dagegen ist die Teilnahme eine ernste Sache ... Aber die Demokratie, das ist nicht und kann nicht allein die Demokratisierung der Einrichtungen sein. Das ist nicht allein die Erweiterung der Freiheiten, unerläßlich dafür, daß die Arbeiter sich Gehör verschaffen und ihr gutes Recht triumphieren lassen können. Eine wahrhaftige Demokratie in unserer Zeit setzt außerdem voraus, daß die Haupthebel der Wirtschaft, deren Betätigung bestimmend ist für die Angelegenheiten des Landes und infolgedessen für das Schicksal unseres Volkes, einer kleinen Handvoll von großen Finanzleuten aus der Hand genommen und der Nation selbst zurückgegeben werden."

Ein fremdes Vokabularium aus der Feder eines Mannes, der sich selbst Kommunist nennt. Man spricht uns von Demokratie, von Teilnahme, ohne der Klassennatur dieser Demokratie Referenz zu erweisen, von dieser Teilnahme, ohne zu zeigen, daß die Massen, um auf dem politischen Gebiet unabhängig zu werden, die staatlichen Mechanismen zerbrechen und die Fesseln sprengen müssen, die man ihnen bei ihrer täglichen Aktivität auferlegt. Man spricht uns von Wirtschaftshebeln, die einer Handvoll Kapitalisten wegzunehmen sind, so, als ob die Wirtschaftsinstrumente des Staates neutral, unabhängig vom allgemeinen Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kapitalismus wären. Es gibt keinen kapitalistischen Profit mehr. Es gibt kein Zerbrechen der Beziehungen zwischen den Klassen mehr, es ist allein erforderlich, zu einigen Angleichungen in den Superstrukturen der Gesellschaft fortzuschreiten.

Die Sozialistische Partei, das ahnt man, widersetzt sich nicht grundsätzlich dieser Abschwächung der marxistischen Analyse. Sie selbst verteidigt auch die Kleinen gegen die Großen, das Durchschnitts-Frankreich gegen die Finanzgewaltigen. Sie muß sich aber ein offeneres Gesicht geben, um Sympathien wiederzufinden, die ihr wiederholt gefehlt haben. Kurz, sie hat sich vom Mai/Juni 1968 gemerkt, daß ein großer Teil ihrer Wählerschaft den autoritären Kapitalismus in den Betrieben und im täglichen Leben immer schlechter verträgt. Nun, mit einigen Auslassungen beginnt sie von Selbstverwaltung dort zu sprechen, wo die KPF bei der guten alten Teilnahme bleibt. Die CFDT, ist sie nicht ein wichtiger und leider ein wenig mißtrauischer Partner? Zum Teufel, man muß sich entscheiden, mit seiner Zeit gehen!

Jedenfalls ist der Boden glitschig, und die Vorsichtsmaßnahmen müssen vermehrt werden. Man läßt deshalb im Dunkeln, was man genau von der Selbstverwaltung erwartet, in welchem Rahmen sie liegen und wie sie sich erweitern soll. Es kann darauf gewettet werden, daß mit dem Fortschreiten der Debatten in der sozialistischen Partei sie der Mitbestimmung sich immer mehr nähern wird. Trotzdem werden sich Gaston Deferre, Pierre Mauroy und François Mitterand nicht als Anhänger der Arbeiterräte erklären. Tatsächlich ist zu beachten, mit welcher Sorge die „Antiautoritären" der Sozialistischen Partei es vermeiden, auf die eigentliche Frage zu sprechen zu kommen: die Arbeiterkontrolle. Sie fassen keinen einzigen Augenblick ins Auge, die Arbeiter dazu aufzurufen, sich zu mobilisieren, um auf Betriebsebene die Arbeitgeber- und Regierungsautorität in Frage zu stellen, um den Profitmechanismus aufzulösen, um das gesamte Gesellschaftssystem in eine Krise zu stürzen und das Problem eines neuen Staates und eines neuen Gesellschaftstyps zu stellen. Nein, für sie müssen die Dinge anders werden, ohne jemandem wehe zu tun und besonders ohne an den enormen bürokratischen Apparat zu rühren, welcher von der Staatsspitze her die Arbeiter tausendfältig aussaugt, ausbeutet, unterdrückt. Man soll sich nicht etwas vormachen lassen von dem, der den sozialistischen Kampf aufhellen soll.

Wenn man sich den Konzeptionen zuwendet, die für die Wirtschaftsführung im Gespräch sind, stehen die Dinge auch nicht besser. René Andrieu hat in der „L'Humanité" das Zögern der PS bei den häufigen Fragen nach Verstaatlichungen unterstrichen. Aber deshalb kann die KPF in diesem Punkt nicht freigesprochen werden. Gewiß, sie fordert die Verstaatlichung der nationalen und multinationalen Monopole und denkt, von der Verstaatlichung her eine wesentliche Grundlage für einen „demokratischen" Plan zu schaffen. Jedenfalls skizziert sie eine grundlegende Frage, wer verstaatlicht und wie. Genauer, sie legt den Prozeß der Verstaatlichung in die Hand

Irland-Reader

Anläßlich eines Teach-in „Solidarität mit dem Kampf des irischen Volkes!" wurde von den veranstaltenden Frankfurter Gruppen SHB/SF, RK, MAO, RKJ und GIM ein Irland-Reader erstellt, der einen Überblick über die Geschichte der ökonomischen und politischen Hintergründe des Kampfes gibt. Dargestellt werden die Unterdrükkungsmethoden des englischen Imperialismus in Nord-Irland und die ökonomische Ausbeutung Nord- und Süd-Irlands durch das internationale Kapital, insbesondere auch durch deutsche Firmen. Der Reader informiert über die einzelnen Fraktionen der IRA. Im Anhang ist eine Dokumentation über Folterungen in englischen Internierungslagern. Der Erlös aus dem Reader fließt der IRA zu. Der Reader ist erhältlich für DM 1,50 über SHB/Sozialistische Fraktion, c/o Heinz Funke, 6 Frankfurt, Ginnheimer Landstr. 40

ROTE ROBE

Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte und Kommentare zu politischen Prozessen.
Erscheinungsweise zweimonatlich - Umfang ca.40-50 Seiten, Auflage 5.000
Einzelheft DM 1.50, Abonnement DM 8.-plus Porto

ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg
Werrgasse 7

der parlamentarischen Organe und sieht nicht vor, diesem Prozeß den Charakter eines revolutionären Aktes von der Arbeiterklasse her zu geben. Daher sind die Verstaatlichungen als schwunglos anzusehen, die sich in einer Regelung vollziehen, die den Kapitalisten jede Freiheit zur Vorbereitung ihrer politischen Gegenoffensive und zur Umstellung auf ihre Art läßt.

Peter Brückner
Alfred Krovoza
Staatsfeinde

Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD. Rotbuch 40. 112 S. DM 4.50 (Abo.: DM 3.50).

Die Autoren – selbst zu den »Staatsfeinden« gezählt – versuchen die Momentaufnahme einer Bundesrepublik, in der die Unverhältnismäßigkeit der Mittel den Verhältnissen entspricht. Das Psychogramm einer kranken Gesellschaft, die Ruhe und Ordnung im Sinn hat, und das einer kriminellen Wirtschaftsstruktur, die zur Verschleierung ihrer täglichen und immer sichtbareren Gewaltausübung neue Feindbilder braucht.

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abo. 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: **Verlag Klaus Wagenbach**, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns bitte, wir nennen Ihnen gern eine andere Buchhandlung.

Rotbücher

Auf dieser Ebene hütet sich die KP sehr wohl, es zu sagen, ob sie den Profitmechanismus angreifen möchte oder nicht. Sie will in ihrer Sicht nur den monopolistischen Profit haben. Alles soll wie durch ein Wunder funktionieren: die Kreditkontrolle durch die verstaatlichten Banken soll die Kapitalbewegungen lahmlegen, die kleinen und mittleren Betriebe werden ohne Murren mit dem verstaatlichten Sektor zusammenarbeiten und so weiter. – Hören wir noch einmal Georges Marchais:

„Durch die Erweiterung des Inlandsmarktes wird die Steigerung der Kaufkraft zu einem Faktor wirtschaftlicher Ausdehnung. Die Beherrschung der Schlüsselbereiche der Industrie durch die Nation, die tatsächliche und in ihrer Entwicklung ausgeglichene Planung, die Entfaltung der durch eine demokratische Handhabung ermöglichten Initiative der Arbeiter werden auch mächtige Faktoren eines bisher unbekannten wirtschaftlichen Aufschwungs sein. Dieser wird außerdem für die Beschleunigung des Tempos der wissenschaftlichen und technischen Revolution sein, die befreit ist von den Fesseln einer Betrachtung allein aus der Sicht des monopolistischen Profits. Dafür wird es dieser wirtschaftliche und technische Aufschwung gestatten, neue Entwicklungsstufen zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen zu erreichen.

Wie ist dieser Staatskapitalismus – nach Abzug des Klassenkampfes – idyllisch!

links

Diese wenigen Betrachtungen zeigen, daß die Methode von Grund auf verdorben ist. Vom revolutionären Standpunkt aus muß die Programmfrage vollständig anders angegriffen werden. Zunächst muß das strategische Ziel anders definiert werden. Es handelt sich nicht um die Suche nach einer Regierungskoalition, einer Regierung der in den Einrichtungen des Systems gefangenen Linken, sondern um die Suche nach einem Zerbrechen des Gleichgewichts des politischen und gesellschaftlichen Systems durch Gebrauch und allmähliches Ansichbringen seiner Mechanismen. Das setzt eine schrittweise Zusammenfassung aller Teilkämpfe, radikal durch ihre Ausrichtung auf die kapitalistische Lebens- und Arbeitsweise, gegen den bürgerlichen Staat voraus.

Um dahin zu gelangen, handelt es sich nicht darum, sofort abstrakt nach der Revolution zu rufen, sondern darum, nach und nach zu verstehen, die organisierte Macht der Arbeiter und Unterdrückten gegen die kapitalistische Organisation auf allen Gebieten einzusetzen. Jeder Kurs, jede Maßnahme der Staatsmacht muß auf die Ablehnung und den Widerstand der unterdrückten Klassen stoßen, die sich auf die Erklärungen und Anweisungen der revolutionären Bewegung stützen. Mitten in der Ausweitung dieser Maßnahmen wird sich dann die Frage nach der Staatsmacht stellen lassen können. Einige werden sicherlich bemerken, daß alles dies nicht realistisch und es im Augenblick erforderlich ist, sich damit zu begnügen, daß uns ein möglicher Sieg der Einheit der Linken in

Aussicht gestellt werden kann. In Wirklichkeit ist diese Haltung am wenigsten realistisch, weil sie auf Warten abgestellt ist. Keinen Augenblick handelt es sich darum, zu sagen, daß man Pompidou Mitterand (mit oder ohne Marchais) vorzieht. Vielmehr muß man sich mehr bewußt sein, da die von den Thesen der Revolutionäre inspirierten Kämpfe der Massen hart, weniger, daß die Manöver der Reformanhänger (mit den „Reformatoren" an das Erfordernis gewöhnt) leicht sein werden. Dieser Wunsch bedeutet, den Kampf der Arbeiter so weit wie möglich zu treiben, zu einer entschlossenen Kritik ohne der „Einheit der Linken" und ihren verschiedenen Strategien gefällig zu sein, und keinem wer weiß wie ranzigen Sektierertum. Die Frage des revolutionären Programms steht auf der Tagesordnung.

Die Ausarbeitung dieses Programmes muß selbstverständlich in tagtäglicher Aktion geschehen. Aber das bedeutet Verzicht auf die schlimmen Illusionen der Spontaneität, den Glauben, es entstünden von ganz allein ohne eine geduldige Arbeit die Formulierungen der Forderungen und der Themen von Interventionen, welche die Bestrebungen der Massen zusammenfassen und gleichzeitig die schwachen Punkte des Gegners aufzeigen. Deshalb ist es unerläßlich, daß die Revolutionäre, besonders die PSU, aufgrund der seit Mai–Juni 1968 gesammelten Erfahrungen eine Aktionsplattform schaffen, die unmittelbar anwendbar ist auf eine beständige Mobilisierung der Arbeiter (Arbeiterkontrolle, den Lebensrahmen betreffende Aktionen usw.). Sie müssen dabei gleichzeitig die Wirksamkeit testen und korrigieren, wenn es nötig ist. Das ist das beste Mittel, um die Energien zu sammeln, die Einheit im Kampf vorzubereiten und dem Angriff zu begegnen.

Am Schluß der Rechnung klingt es doch wie Hohn, wenn man sich mit einer oberflächlichen Aussöhnung mit der alten bürgerlichen Herrschaft begnügen will. Es geht zugleich um eine Arbeit der Avantgarde und eine Arbeit der Masse.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro (presserechtlich verantwortlich), Gert Schäfer, Klaus Vack ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 610 41; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei der Prospekt „Probleme des Klassenkampfs" und der Prospekt „Helft ihnen!" sowie zwei Zahlkarten der Hilfsaktion Vietnam e.V.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung

(Bezugspreis für das restliche Jahr 1972 DM 8,50 zuzüglich DM 1,50 Versandkosten, wobei alle Nummern aus 1972, soweit noch vorrätig, nachgeliefert werden. Einzahlungen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt – erstmals zum 31. 12. 1972 – werden.)

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift